

221.

Altpreußische Monatsschrift

Begründet von Rudolf Reicke und Ernst Wichert.

Unter Mitwirkung von

Erich Joachim, Gottlieb Krause, Max Perlbach, Franz Rühl u. A.

Herausgegeben

von

August Seraphim.

Band 50 (der Provinzial-Blätter Band 116).

3. Heft.

KÖNIGSBERG I. PR.
VERLAG VON THOMAS & OPPERMANN
(FERD. BEYER'S BUCHHANDLUNG).

1913.

Inhalt.

I. Abhandlungen:

Seite

- Zur Vorgeschichte der Befreiungskriege, Kriegsberichte von 1812. (Fortsetzung.) Herausgegeben von Freiherr A. v. Schoenaich, Major, zugeteilt dem Großen Generalstabe 357—397
- Preußens Finanzpolitik im Lichte der Tresorscheine. Von v. Schimmelfennig 398—452
- Wirtschaftliche Entwicklung Elbings im neunzehnten Jahrhundert. Von Dr. Edward Carstenn 453—483
- Von masurischen Gütersitzen, in besonderer Beziehung auf das 16. bis 18. Jahrhundert. II.: Billstein, Lakellen und Niedzwetzken. (Fortsetzung.) Von Dr. Gustav Sommerfeldt in Königsberg i. Pr. 484—501

- II. Sitzungsberichte des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen (E. V.) für 1912—1913. Vom Schriftführer des Vereins Professor Dr. E. Loch 502—514

III. Kritiken und Referate:

- Immanuel Kants Werke. In Gemeinschaft mit Hermann Cohen, Artur Buchenau, Otto Buek, Albert Görland B. Kellermann herausgegeben von Ernst Cassirer. Von A. W. 515
- E. T. A. Hoffmann, Sämtliche Werke. Historisch-kritische Ausgabe mit Einleitungen, Anmerkungen und Lesarten von C. G. v. Maaßen. Von Privatdozent Dr. Otto Braun 516

Zur Vorgeschichte der Befreiungskriege, Kriegsberichte von 1812.

Herausgegeben von **Frh. A. v. Schoenaich**, Major,
zugeteilt dem Grossen Generalstabe.

(4. Fortsetzung.)

Schön an Hardenberg.

Gumbinnen, den 9. Dezember 1812.

„Die Nachrichten von dem grossen Siege bei Borissow, welche der Obrist Montesquiou auf allen Stationen schriftlich zurückgelassen hat, werden Euer Excellenz von mehreren Behörden erhalten haben. Unrichtig ist hier schon, dass der Kaiser Napoleon mit den von Smolensk kommenden Truppen am 4. in Wilna gewesen sei. Reisende, die am 6. Wilna verlassen hatten, wissen nichts davon. Der Kaiser war nicht da, es waren nur einzelne Gardisten angekommen. Ferner, den 7. Abends kamen hier zwei Kouriere an, welche für den Oberstallmeister Caulaincourt hier Pferde bestellten. Sie waren den 5. d. Mts. angeblich in Swenzjany (zwischen Wilna und der Düna) expedirt. Gestern wurden die Pferde wieder abbestellt, weil der Oberstallmeister, der garnicht Wilna passirt ist, von Kowno über Mariampol, Kalwarija, Augustow nach Warschau gegangen sein soll. Er hatte 30 Pferde auf jeder Station bestellt, und die Reise sollte über Berlin nach Paris gehen. Gestern erhielt aber sein Kourier die Nachricht, dass der Oberstallmeister von Warschau auf Glogau nach Paris gehen würde. Merkwürdig ist bei diesem allem:

1. die Expedition der Kouriere nach Swenzjany, da die Affäre am 28. bei Borissow gewesen sein soll.

2. dass vor 2 Wagen vor jeden 10 Pferde bestellt wurden.

3. dass man am 6. in Memel von einer Affaire am 28. schon etwas wusste, der dortige Konsul den Erfolg aber nicht bekannt machen liess.

Auch der französische Postdirektor Boudin, der beständig den Kaiser begleitet, liess sogleich für sich hier Pferde bestellen. Nach der Erzählung eines französischen Kouriers soll der Kaiser Napoleon sich durch 20000 Russen mit grossem Verlust durchgeschlagen haben, nachdem von Morgens früh bis Abends mehrere vergebliche Angriffe auf dies Korps gemacht waren.

Bei den Franzosen hier ist fortwährend mehr Besorgnis, als Hoffnung, und die Reisenden fahren fort, die Lage der Dinge sehr übel zu schildern. Jetzt ist wieder ein Transport 420 gefangener Russen von Wilna angekommen. Sie sind aber schon vor mehreren Monaten auf dem Zuge von der Memel nach dem Dniepr gemacht, und nur bis jetzt, grösstenteils krank, in Wilna aufbewahrt. — — — —. Von den Militärstrassen ist jetzt, wo Jeder krank oder verwundet ist, nur sucht nach Hause zu kommen, wenig mehr die Rede. Die Soldaten ziehen insbesondere südlich von Gumbinnen stark zurück, viele auf Warschau, viele aber auch zwischen Warschau und Königsberg. Es ist mir die Anzeige gemacht, dass die Landleute von den Zurückziehenden Waffen zu erhalten suchen. Dies zu verhindern, ist unmöglich, theils weil keine Militärstrasse mehr gehalten wird, teils aber auch weil man sehr wenig Menschen hier finden würde, die nicht selbst suchen würden, sich Mittel zu Abwendung von Gewalttätigkeiten zu besorgen. — — — —. Wie weit der Mangel in den Französischen Kassen gekommen sein muss, geht daraus hervor, dass man den Soldaten des in Insterburg stehenden Kavalleriedepôts unlängst statt Stiefel oder Lederschuhe, Holzschuhe, wie sie hier die ärmste Klasse der Landleute nur trägt, hat austheilen müssen. Und so steht in Insterburg ein grossmächtiger Kürassier, hinten und vorne beblecht, mit einem grossen Helm und Ross Schweif und einem ebenso grimmigen Schwerte, in Holzschuhen Schildwache. Als die Holzschuhe auf dem Markte ausgeteilt wurden, haben einzelne Soldaten sie mit dem Ausruf: vive l'Empereur in die Luft geworfen.

Das bei Tilsit eingefrorene Belagerungsgeschütz soll nun auf das schleunigste nach Danzig transportirt werden.

Am 7. und 8. d. Mts. hatten wir hier die für diese Zeit seltene Kälte von 18 — 19 — 20 Grad Reaumur. Es war ein Jammer, die zurückkommenden, total abgerissenen und verhungerten Soldaten zu sehen. Von 28 Soldaten, die von Wilna nach Stallupönen abgeschickt wurden, kamen nur 4 an, alle anderen waren gestorben.

Major v. Kall*) zeigt an, dass jetzt von keiner Ablösung an der Grenze weiter die Rede sei. Alle Pferde sind verloren, die das Militair erhält. Die Sache ist wieder sehr dringend in Wilna und bei dem General Wedell

*) Major Friedrich v. Kall vom 2. Leibhusaren-Regiment war während des Krieges von 1812 Oberkommandant und Kriegskommissar in Tilsit. Er fiel als Kommandeur des Regiments am 5. Mai 1813 bei Colditz.

vorgestellt, aber der Major v. Kall selbst erwartet davon wenig Erfolg und hält es für das einzige Mittel, dass alle Preussischen Pferde auf der Grenze abgespannt werden. Die Pohlen werden dann genötigt sein, Pferde gestellen zu müssen. — — — —.“

Zum Schluß seines Schreibens kommt Schön auf den wiederholt geäußerten Antrag zurück, an der Grenze eine starke Gensd'armerie aufzustellen und legt folgende Nachschrift bei:

„Nachdem ich den Bericht geschlossen hatte, passirte ein Reisender den 7. von Wilna und sagt, der Kaiser Napoleon wäre Sonnabend den 5. Abends in aller Stille in Wilna angekommen, und Sonntag, den 6. von da wieder abgereist, und unter dem Namen des Oberstallmeisters Caulaincourt über Kowno und Mariampol nach Warschau gegangen. In Wilna habe die grösste Verwirrung bei seiner Abreise stattgefunden; der Herzog von Bassano sei nicht mehr dort gewesen, man habe von ihm gesagt, er sei der Armee entgegengereist. Man habe in Wilna erzählt, die Armee sei zerstreut. Den in Wilna versammelten Personen sei Königsberg zum Rendez vous bestimmt. Es habe durchaus an Pferden zum Fortkommen gefehlt. So grell diese Nachricht war, so bestimmt sie erzählt wurde, so wollte ich doch noch nähere Bestätigung abwarten. Diese erhielt ich aber so eben dadurch:

1. dass die hiesige französische Post, die vor wenigen Stunden einen Kourier von Kowno bekommen hat, einen an das französische Hauptquartier gerichteten Kourier nicht mehr weiter wollte passiren lassen, sondern ihm versicherte, er würde weder den Kaiser, noch den Herzog von Bassano in Kowno oder Wilna finden; der Kaiser wäre schon auf Warschau gegangen.

2. dass schon 8 Employés vom Daruschen Bureau in diesem Augenblick hier angekommen sind, die den Staatssekretair hier erwarten.

Ich schicke daher um so mehr den Bericht per Estafette ab, da von dem General v. Krusemark noch nichts hier durchgegangen ist.“

Schön an Hardenberg.

Gumbinnen, den 13. Dezember 1812.

„Ein Offizier der nach Wilna gehen sollte, aber nur bis Kowno kam, brachte mir gestern Abend folgende Nachricht: Kein Offizier macht mehr ein Geheimnis daraus, dass die Armee aufgelöset ist. Man hält alles für verloren. Der Rest der Garde ist am 10. zwischen Wilna und Kowno

gewesen, von den übrigen Truppen wusste Niemand etwas. Nach der Aussage eines Kouriers, der am 10. in Kowno angekommen ist, sollen die Russen am 9. Wilna besetzt haben. Von den Zersprengten — grösstentheils ohne Gewehre — geht der grösste Teil von Kowno auf Kalwarija-Augustow und Warschau. Ein Teil zieht auf Gumbinnen, ein Teil zieht auf Tilsit. Hiernach ist es zu vermuten, dass die Garden auch von Kowno auf Kalwarija und Augustow gehen werden.

Seit meinem letzten Berichte ist die lebhafteste Retirade auch hier sehr bemerkbar. Vorgestern passirte der Baron Mounier, gestern der Herzog von Bassano und Marschall Oudinot Gumbinnen. Der Vice König von Italien wurde gestern angemeldet, scheint aber wohl gerade auf Warschau gegangen zu sein. Mehrere Equipagen gehen mit eigenen Pferden durch, und mehrere gehen dermassen incognito, dass sie nicht einmahl in der Stadt anhalten. Viele Generale, Offiziere und Employés gehen nach Königsberg.

Über den Zustand der Armee, wie er am 7. und 8. war, lege ich Abschrift eines Berichts des Landrates v. Czarnowski bei, den ich vorsätzlich an die Grenze gesetzt habe, weil er gut französisch spricht, und mit einer besonderen Vorliebe gern mit Franzosen lebt. Seinen ungünstigen Nachrichten kann man daher vollen Glauben beimessen. Was er sagt, bestätigt seit 8 Tagen hier jeder Reisende; ich habe mehrere Rapporte desselben Inhalts, aber ich lege vorsätzlich den eines Mannes bei, der ungern übele Nachrichten niederschreibt.

Ein unterrichteter Offizier, der am 8. von Wilna abreisete, gab die Anzahl aller Kanonen, die der König von Neapel noch bei sich habe, auf 40—50 an. An Truppen, regelmässig unter den Waffen, rechnete er etwa 20000 Mann. Am 9. haben der König von Neapel mit dem Prinzen von Neufchatel (der nicht bei dem Kaiser sein soll) den Vice König von Italien und den Generals einen grossen Kriegsrat halten wollen. Am 9. früh soll aber schon eine Affaire nahe bei Wilna gewesen sein. Am 8. hatte der König von Neapel sein Hauptquartier drei Meilen von Wilna, und Admiral Tschitschagoff das seinige sieben Meilen davon. Der oben erwähnte Offizier versichert, die Auflösung sei komplet.

An belegenden Thatsachen bemerke ich noch:

1. Bedeutende Männer mit den gesticktesten Rücken kommen auf elenden Bauernschlitten hier durch.

2. Wir hatten vorgestern 20, gestern 22 Grad Réaumur Kälte. Die Strassen sollen voll erfrorener Menschen liegen.

3. Der Kaiser Napoleon passirte den 8. um 3 Uhr Morgens Kalwarija unter dem Namen seines Oberstallmeisters. Er war von den Marschällen Bessièrès und Duroc begleitet. Den 9. Vormittags passirte der Kaiser Grajewo, wo er seinen Wagen liess und auf Schlitten weiterfuhr. Es fehlten Pferde und der Kaiser musste warten.

Die Pohlen sollen schleunigst 40 000 Mann stellen. Die Konskribirten laufen aber alle davon. Man hat Todesstrafe auf das Entlaufen gesetzt, aber die Meinung, dass Alles verloren sei, ist so allgemein, dass z. B. vor der Stadt Wollkowischky von 45 in einer Nacht 30 davon gelaufen sind.

Gestern Abend behauptet ein Offizier des Bassanoschen Bureaus, Wilna wäre am 9. noch nicht von den Russen besetzt, im Gegentheile hätte am 10. Marschall Ney die Russen zurückgedrängt. Ob dies bloss zur Beruhigung dienen soll, oder Fundament hat, steht dahin.

Den General von York unterrichtete ich heute von der Lage der Sache.

Auf ein Memeler Schiff, das Königliches Eigentum, nämlich Salz, geladen hatte, hat der Französische Kapitän in Memel Feuer geben lassen. Es lief aber doch ein, und wurde ausgeladen. Heute zeigt mir aber der Polizey Direktor Flesche an, dass der Obrist v. Maltzahn den vaterländischen Salz-offizianten den Verkauf dieses Salzes untersagt habe. Dass von einem Preussischen Offizier das Gut und Eigentum seines Landesherrn für möglicherweise konfiskable erklärt und deshalb die Preussischen Staatsdiener in der Verrichtung ihrer Amtsgeschäfte hindern will, ist etwas so Unerhörtes, dass ich gehorsamst anheimstellen muss, diesem Verfahren des Obristen v. Maltzahn die schleunigsten Grenzen zu setzen*).

Nachschrift:

Ein französischer Post-Inspektor bringt eben die Nachricht, dass schon französische Truppen diesseits Kowno sind, und theils auf Gumbinnen, theils auf Tilsit ziehen, und dass Wilna von den Russen besetzt sei. Die französische Post sucht in diesem Augenblick schon ihre Wagen zum Abzuge zusammen. Man sagt, der König von Neapel gehe mit den regulirten Truppen (etwa 11 000 Mann) auf Warschau, und Marschall Ney gehe auf Königsberg. Marschall Ney sucht die Zerstreuten zu sammeln. Stündlich kommen hier Retirirende an, die Stadt ist stark belegt, aber nur von Offizieren von Rang — — — —.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

*) Aus den Akten geht nicht hervor, welche Erledigung diese Klage fand. Wegen der später erfolgten Übergabe Memels an die Russen wurden der Obrist v. Maltzahn und der Major v. Grabenfeldt kriegsgerichtlich freigesprochen.

Landrat v. Czarnowski an Schön.

Stallupönen, den 13. Dezember 1812.

„Gestern gegen Abend ist der Duc de Reggio, welcher in der letzten Affaire bei Borissow eine schwere Blessur durch den Unterleib bekommen, in Wirballen angekommen und da verblieben. Er wird, wenn es seine Umstände erlauben, heute weiter über Gumbinnen gehen.

Alles flieht, was noch fliehen kann. Die Kosaken schwärmen schon bei Wilna herum und verbreiten Schrecken. Zwischen Wilna und der ersten diesseitigen Station soll sich ein steiler Berg befinden, welcher ganz beiseit und daher so glatt ist, dass ihn Pferde, die nicht scharf beschlagen sind, nicht hinaussteigen und ziehen können. Man bezahlt daselbst um seinen Wagen zu retten, 6 Napoleons d'or für 4—6 scharf beschlagene Pferde, die nichts thun, als die Wagen den Berg hinaufziehen. Da nicht Alle dieser wenigen Pferde, die der Unternehmungsggeist einiger kühner Einwohner von Wilna hingestellt hat, theilhaft werden können, so verbrennt man die schönen Strassburger Wagen am Fusse des Berges, um sie nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen, weil man sie doch schon so weit gerettet hatte. Dies ist durchaus kein Märchen, die Sache ist faktisch und zuverlässig. Das Drängen der Reisenden, über diesen unglücklichen Berg zu kommen, hat einen schrecklichen Grund. Die Ordnung in der Armee ist aufgelöst. Kein Korps, kein Regiment ist mehr zusammen. Nur die kaiserliche Garde kann sich dessen noch rühmen, jedoch hat sie auch schon $\frac{1}{3}$ durch Krankheit und Frost verlohren. Wilna ist mit Menschen überfüllt. Alles strömt ohne Ordnung hinein, vom Tambour an bis zum General zu Fuss. Die Pferde sind in den 42 Tagen, in welchen diese Moskau'sche Armee eingeschlossen war, verhungert oder geschlachtet und gegessen. Als die Verzweiflung bei Borissow den Weg bahnte und durchbrach, blieben viele Tausende in dem Strome. Die Brücke wurde in Grund geschossen, und über Leichen durchwatete man den Fluss. Die Armee verhungerte (mir ist hierüber eine sehr lebhaft Beschreibung durch einen Augenzeugen gemacht), hatte nicht mehr den Mut, sich zu wehren, sie eilte nur, aus dem feindlichen Feuer zu kommen. Keine Schilderung erreicht den greulichen Zustand, in welchem die Armee eilte, um nur nach Wilna zu kommen, ewig verfolgt durch die unbarmherzigen Kosacken, deren 10 ungestraft gleich 200 Franzosen jagen konnten. Es soll ein grauenhafter Anblick sein, wenn man die abgemagerten, erfrorenen Menschen, ungewaschen, unrasirt, in Wilna einziehen sieht. In Wilna selbst hat

Alles den Kopf verloren. Der Gouverneur steht Niemandem Rede. Die Post hat keine Pferde. Man kauft Pferde für ungeheure Preise, um nur fortzukommen, und verkauft die schönsten Wagen gegen kleine Schlitten — Kibitken.

Wir sehen noch nicht den Effekt dieser eingetretenen Ordnung der Dinge, aber in wenigen Tagen werden wir mehr wissen. Viele Reisende ergreifen auch einen andern Weg und suchen in Warschau ihr Heil. Alle Fliehenden stutzen über das unverzeihliche Versehen des betrogenen Kaisers, der sich in Moskau durch vorgespiegelte Friedensunterhandlungen hinhalten liess, und nun seine Armee aufgeopfert sieht, nicht durch die Tapferkeit des Feindes, sondern durch dessen fürchterliche Bundesgenossen Hunger und Kälte, deren Ankunft er abwartete. Ich höre darüber Äusserungen, die mich in Erstaunen setzen. Meine Nachrichten habe ich von sicheren Leuten. Sollten sie für Euer Excellenz noch neu sein, so kann ich dieselben versichern, dass sie solche für gegründet halten können.

Die offenerzigen Reisenden, welche nicht fähig, oder nicht geneigt sind, die wahre Lage der Sache zu verhehlen, schildern sie schrecklich. Ich habe Leute gesehen und gesprochen, welche während vieler Tage nichts als Pferdefleisch gegessen, und Hände und Füße unter Hunger und Elend erfroren haben. Diese Leute versichern mich, dass sich die noch zurück seiende Armee nicht halten könne, dass sie bald hier oder in Warschau eintreffen würde, dass bis auf die Equipage des Kaisers Alles in Russland verloren sei, dass die Russen Kassen und 12 Millionen Franken weggenommen haben, dass der Kaiser nur mit Not für seine Person entkommen sei u. s. w.

Andere verfeinerte Franzosen versichern mich dagegen, dass es so schlimm nicht um die Armee stehe, als ich glaube. Der Kaiserliche Palast-Präpekt Comte de Bosset, mit dem ich gestern Abend bis 10 Uhr mich unterhalten habe, will mir mit Gewissheit sagen, dass der Marschall Ney noch am 9. die der Stadt Wilna sich nähernden Truppen angegriffen und zurückgeworfen habe. Er will mich versichern, dass durchaus nur die Zeit dieser Kampagne, aber nicht die Sache Napoleons verloren sei, dass man die künftige Kampagne im März anfangen und im August schon Friedensbedingungen in Petersburg vorschreiben würde pp.

Ich muss dabei anführen, dass dieser p. Bosset ein Mann ist, der allen seinen Äusserungen, als ein höchst gescheuter und liebenswürdiger

Mensch sehr vielen Eingang zu verschaffen versteht, und dass ich, nachdem ich mit ihm Stunden lang gesprochen, nicht mehr wusste, was ich glauben sollte. Dürfte ich mich jetzt von meinem Dienstorte entfernen, und könnte ich mündlich vortragen, was mir Alles erzählt wird, und was ich sehe und höre, so würden sich Euer Excellenz selbst das Resultat davon abziehen können. Da sich aber Alles dies nicht zum Schreiben eignet, so muss ich dies selbst thun, und da bin ich dann der Meinung, dass zwar noch nicht Wilna von den Russen besetzt ist, dass aber die französischen Truppen sich kaum noch 12 Tage daselbst halten werden. Der Palast-Präpekt und der Duc de Bassano gingen nach Warschau. Ob von da weiter, weiss ich nicht. Ersterer hatte alle seine Equipage, so wie der Kaiser selbst, verloren, 27 schöne Pferde, kostbare Wagen u. s. w.; dies sagte er mir selbst.

Wenn man sich den persischen Luxus denkt, mit welchem diese Armee nach Russland ging, und wie sie nun nackt und kahl zurückkommt, so wird man geneigt zu glauben, dass so viel Realitäten importirt und zurückgeblieben sind, als die Russen verbrannt haben mögen.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Auerswald an Hardenberg.

Königsberg, den 15. Dezember 1812.

„Alle Nachrichten, die durch die von der Hauptarmee in grosser Menge zurückkehrenden Generale, Offiziere und in Wilna gewesenen diplomatischen und anderen Personen eingehen, stimmen darin überein, dass der schlechte Zustand des Restes der französischen Armee allen Glauben übersteigt und selbige als fast ganz aufgelöset anzusehen ist.

Der Kaiser ist unter dem Namen Caulaincourt nach Warschau und Glogau vor mehreren Tagen gereiset. Wo die Trümmer der Hauptarmee sich jetzt befinden, ist hier unbekannt.

Unter den vielen rückkehrenden Generalen ist der Prinz Adam von Württemberg gestern, und der General Rapp heute hier angekommen

Der Rücktransport des Belagerungsgeschützes und der Munition nach Danzig wird mit dem grössten Eifer betrieben. Mehrere Transporte von Militair-Effekten und zur Armee bestimmten Munition, die nach

früheren Befehlen von Danzig hierher haben gehen sollen. sind auf einen Antrag von dem Bureau des hiesigen Gouvernements durch entgegen-geschickte Befehle bis auf weitere Ordre angehalten worden.

Für das Korps des Herzogs von Tarent ist erst vorgestern der Befehl zum Rückzuge durch Tilsit ergangen. Es hat nach Briefen vom 10. d. Mts. damals noch ganz ruhig bei Mitau gestanden, und selbst die fran-zösischen Generale befrachten, dass der Rückzug desselben nunmehr sehr schwierig sein wird.

Der Major v. Trabenfeld, Kommandant von Memel, schickt die preussischen Munitionsvorräte hierher, und der Generalmajor v. Bülow hat Befehl gegeben, dass die Infanteriedepôts von Memel hierher marschiren sollen. Da es sehr wahrscheinlich ist, dass die französischen Truppen sich auch von hier ganz zurückziehen werden, und in diesem Falle vielleicht die Magazine werden verbrennen wollen, so habe ich mit dem General v. Bülow Massregeln verabredet, um dieses zu verhindern, denn es ist unvermeidlich, dass, da die Magazinvorräte in 60—70 Kaufmanns-speichern zum Theil mitten in der Stadt vertheilt sind, durch das An-zünden derselben der grösste Theil der Stadt mit abbrennen muss, und ich habe den General v. Bülow dahin disponirt, mit den preussischen Truppen zuletzt abzumarschiren. In der Provinz wird freilich das Ver-brennen der Magazine schwerlich verhütet werden können, wenn die französischen Truppen es unternehmen sollten, weil sie überall die Über-macht haben.

Wenn Euer Excellenz für den Fall, dass die Russen die französischen und alliirten Truppen bis in und durch die hiesige Provinz verfolgen sollten, mich mit einigen Instruktionen zu versehen geruhen wollen, so bitte ich ganz gehorsamst um die möglichste Beschleunigung, denn ich muss nach der gegenwärtigen Lage der Dinge vermuten, dass der erwälute Fall im Plane der Russen liegt und nicht lange ausbleiben dürfte.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

(Ohne Unterschrift, wahrscheinlich von Major v. Kall.)

Tilsit, den 15. Dezember 1812.

„So eben trifft bei mir der Obrist Bourmont, Chef des Generalstabes des 4. Armeekorps ein, um den Vice-König von Italien, welcher morgen, den 16. früh in Tilsit ankommen soll, hier zu erwarten. Der Obrist

Bourmont ist am 13. von Kowno zu, der Zeit abgereiset, wie der Vice-König und der König von Neapel diesen Ort verliessen.

Mehrere dem Obristen Bourmont hier bewiesene Gefälligkeiten haben denselben vermöget, mir den Zustand der grossen Armee zu vertrauen, und er saget darüber folgendes:

Eine Beschreibung von demjenigen zu machen, so die Armee auf ihrem Rückmarsch gelitten hat, ist unmöglich, und ebenso würde eine jede Schilderung ihres übeln Zustandes nur ein schwaches Bild von der Situation geben, in welcher sie sich befindet. Die Armee ist mit Ausnahme weniger Geschütze, welche noch bei dem 9. Armeekorps sich befinden, ohne alle Artillerie, und das Wenige Existirende muss mit Bauernpferden zurückgebracht werden. Die Bagage ohne alle Ausnahme und die Trains, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, sind verloren und grösstentheils gerne dem Feinde preisgegeben worden, um ihn aufzuhalten. Die ganze Armee hatte schon jenseits Wilna ein dreimonatliches Traktament ausbezahlt erhalten, und es befanden sich sehr bedeutende Tresors bei allen Armeekorps, indessen mangelte es an Zeit, den Regimentern die Gelder zu geben, und um die Tresors nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen, werden selbige den französischen Truppen zur Plünderung Preis gegeben. Nur das 4. Armeekorps soll seinen Tresor zum Teil erhalten haben. Die ganze Kavallerie der grossen Armee ist durchaus als nicht existirend zu betrachten. Die Regimenter sind 10—30 Pferde stark, und auch diese Reste in der traurigsten Verfassung. Mehrwöchentlicher Mangel an Allem hat die gesammte Kavallerie vernichtet. Von der Infanterie sind auch mehrere Regimenter, welche nicht stärker als 40—50 Mann sind. Der Rest ist theils erfroren, theils vom Feinde genommen. Es hat schon lange Niemand mehr auf die Russen schiessen wollen; jeder zog vor, sich zu ergeben, und mit Verlust dessen, so er besass, nur nach Brot suchen zu können. Die Russen haben sich schon garnicht damit abgegeben, Gefangene zu machen, auch die sich ergeben, nicht getödtet, sondern selbigen nur das bei sich habende Geld abgenommen.

Schon jenseit Wilna hat der Kaiser, weil keine Kavallerie mehr existirte, eine garde d'honneur von circa 600 Offizieren des Generalstabes und anderen formirt, weil er glaubte, mit diesen, da sie besser beritten sind, mehr effektuiren zu können. Nach 4 Tagen des Dienstes ist dieses Korps indessen auch wieder aufgelöset worden. Der grösste Theil der Armee soll sich wochenlang nur mit Pferdefleisch das Leben gefristet haben, und Tausende hat der Hunger und Frost hinweggerafft.

Das 2. Armee-Korps soll aus höchstens 3000 Mann bestehen, wovon aber auch ein grosser Theil mit erfrorenen Gliedmassen, und unfähig sich befindet, Dienst zu leisten. Das 9. Armee-Korps soll etwas stärker sein, und die Kaiserlichen Garden am wenigsten gelitten haben.

Von den übrigen Korps sagt der Obrist Bourmont, sie wären gänzlich ruiniert. Die gesammte force aller Armeekorps (mit Ausnahme des 10.) versichert er, könne nicht mehr 20000 Mann gleich sein, und auch diese Überreste wären in einem Zustande, der nicht zu beschreiben ist.

Das 2. und 9. Armeekorps und die Garden sollen nach dem Befehl des Kaisers auf Warschau dirigirt und in die festen Plätze geworfen werden.

Der Obrist Bourmont sagt, in Zeit von 3 Monaten wäre nicht an Schlagen zu denken.

Während dem Niederschreiben dieser Notizen wurde ich durch den von Kowno angekommenen General Loison abgerufen. Derselbe ist ein Paar Stunden bei mir gewesen und hat mir ebenfalls die traurigsten Schilderungen von der Armee gemacht. Den letzten Rest seiner (der 34.) Division hat er bei Kowno gelassen, woselbst die Russen am 13. mit 2 Kosacken-Pulks, 2 Husaren-Regimentern und 1 Dragoner-Regiment angekommen sind. Der grösste Theil von Kowno ist abgebrannt. Mehrere Tausend Franzosen, welche über die ihnen preisgegebenen Rum-Fässer gefallen waren, sind erstarrt liegen geblieben, auch ihrer viele in den Flammen umgekommen. In der künftigen Nacht (vom 15. auf den 16.) treffen der König von Neapel und der Vice-König von Italien mit einigen gesammelten Truppen ein. Der General Loison will für's erste hierbleiben und das Ankommende sammeln.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Es wurde nun das große Ereignis bekannt, das wohl alle noch bestehenden Zweifel mit einem Schlage lösen mußte. Etwa im Laufe des 15. Dezember kam der Bericht des Postmeisters aus Glogau nach Berlin, daß Kaiser Napoleon allein aus Rußland zurückgekehrt sei und am 13. auf dem Wege nach Paris Glogau passiert habe. Zwei Tage darauf las man in der Spenerschen Zeitung, daß Napoleon bereits in der Nacht zum 14. Dresden passiert habe.

Über den Zustand der Armee wurde auch jetzt noch eine Täuschung versucht, die aber nicht mehr gelingen konnte: die Armee kehre nach Wilna zurück, wo sie sich von den erduldeten Strapazen erholen werde.

Schneller, als es für damalige Verhältnisse begreiflich erscheint, durchflog die überraschende Kunde Preußen und Deutschland, und in unzähligen von Memoirenwerken, geschichtlichen Bildern und Skizzen ist der gewaltige Eindruck festgehalten, den diese Flucht des Imperators — denn als eine solche wurde „die Reise“ von allem Anfang an erkannt — auf die in fieberhafter Spannung verharrenden unterdrückten Völker ausübte.

Generalmajor Graf Lottum*) an Hardenberg.

Berlin, den 15. Dezember 1812.

„Über die Reise Seiner Majestät des französischen Kaisers sind uns soeben aus Posen und Glogau mittelst Estafetten diejenigen Nachrichten zugekommen, welche Euer Excellenz wir in den abschriftlichen Anlagen wegen ihres wichtigen Inhalts ganz ergebenst vorzulegen uns beehren, und die wir gleichzeitig auch Seiner Königlichen Majestät überreichen zu müssen geglaubt haben.

Posen, den 12. Dezember 1812.

Der K. K. französische Divisionsgeneral und Oberstallmeister Graf Caulaincourt, Herzog von Vicenza, ist heute früh um 4 Uhr in einem mit 8 Extrapost-Pferden bespannten, auf einen Schlitten gestellten Wagen und mit drei anderen vierspännigen Schlitten, auf denen sich zwei französische, nach ihrem Namen nicht bekannt gewordene Generale, zwei Offiziers von der Polnischen Garde, ein Mameluck und 10 Kouriere befanden, unter der Begleitung von 6 Gensd'armen hier angekommen, in dem Hôtel de Dresde abgetreten und, nachdem die Wagen eiligst reparirt worden, um 10 Uhr über Glogau weiter nach Dresden gereist. Der Herzog hatte einen kleinen dicken Mann in einem grünsamtnen Zobelpelz, und einer ebensolchen

*) Lottum war früher Chef des Militär-Ökonomie-Departements und stellvertretender Adjutant des Königs gewesen; seit 1802 Direktor des Militär-Waisenhauses, genoß er in allen Fragen der Verwaltung pp. das allgemeine Vertrauen.

Mütze bei sich, dem die ganze Begleitung ohne Ausnahme die höchste Ehrerbietung bezeugte, die so weit ging, dass ihm ein General bei seiner Abreise ein rotsaffianes Portefeuille zum Wagen nachtrug. In der Stadt laufen seitdem mancherlei und sonderbare Gerüchte.“

(Folgen einige schon bekannte Nachrichten vom Kriegsschauplatz, die Mitteilung, daß in Sierock und Piltusk große französische Magazine angezündet und neue gewaltige Lieferungen aus dem Herzogtum Warschau ausgeschrieben seien.)

„Hier wächst der Mismut mit jedem Tage und der Bericht des Senats an S. M. den König von Sachsen in der letzten Zeitung hat denselben womöglich verdoppelt. Zwar tröstet sich mancher mit dem Gedanken, dass Frankreichs Präpotenz ihrem Ende nahe sei, aber im Ganzen sind es doch nur Hoffnungen in weiter Ferne, und ich traue nicht einmal dem Gerücht, dass der Kaiser Napoleon dem Kaiser Alexander neue eigenhändige Friedensvorschläge gemacht und keine Antwort darauf erhalten habe. Ist es wirklich geschehen, so muss die wichtige Nachricht schon zur Kenntnis Euer Excellenz gelangt sein.

Aus Privatbriefen weiss man, dass der General-Intendant der französischen Armee, der Divisions-General Graf Damas, an einer Brust-Krankheit sehr gefährlich darnieder liegt. — — —

An den in den Warschauer Zeitungen angekündigten Marsch des Kaisers Napoleon nach Drissa glaubt bei der temporairen Unmöglichkeit Niemand. Die Besetzung der österreichischen Grenzen bestätigt sich dagegen von allen Seiten und Russland ist, wie weiland Rom, nach seinen erlittenen Unfällen furchtbarer als jemals geworden.

Seit einigen Tagen kommen wieder französische Konksribirte in kleinen Abteilungen an. Luft und Klima müssen auf den Patriotismus und auf den Körper in Polen anders als in Frankreich wirken. Ich habe einige 16 bis 18jährige Leute von diesen Konksribirten gesprochen, aber auch nicht eine Idee von dem Entusiasmus bei ihnen gefunden, mit welchem sie nach den öffentlichen Blättern ihr Vaterland verlassen haben, um die Grosstaten der Armee zu theilen. Sie sind gerade das Gegentheil der polnischen Bengel, die sich glücklich fühlen, wenn sie ein reines Hemde, eine Montirung und einen Mantel erhalten, und als Soldaten den Bürger und Bauer misshandeln dürfen. Man treibt sie aus allen Ecken

zusammen und schickt sie nach Warschau, ohne auf die sichtbar werdende Entvölkerung zu achten. Was kümmert aber die dortigen Machthaber auch das Elend des Landes, wenn sie nur ihrem Vormunde, wie sie selbst Napoleon nennen, gefällig sein können. — — — —

P. S.

Nach allem, was ich beim Mittagessen im Hôtel de Dresde erfahren habe, darf ich Euer Excellenz aus der nach Lesung meines Berichts gewiss schon gealinten Durchreise S. M. des Kaisers weiter kein Geheimnis machen. S. M. haben zwar das höchste Incognito beibehalten; die während ihrer Anwesenheit vorgekommenen Umstände lassen aber voraussetzen, dass kein anderer als sie der Mann im grünen Zobelpelz gewesen sind. S. M. haben von 5—8 Uhr geschlafen. Um 8 Uhr ist ihm ein déjeuner von 7 Schüsseln servirt, bei welchem wenig oder garnicht gesprochen worden ist. S. M. haben sehr wenig gegessen. Nach der aufgehobenen Tafel sind mehrere bis dahin unerbrochen gewesene Sachen von ihnen gelesen worden, und die in dem Zimmer zurückgebliebenen Kouverte alle mit der Adresse: „à Sa Majesté l'Empereur et Roi“ bezeichnet gefunden. Ich habe selbst eins von denselben mit dem Siegel der 1. Division der Polizei-Präfectur von Paris in Händen gehabt. Der Mameluck hat für 16 Groschen Mundbrot von der Wirthin pour Sa Majesté l'Empereur verlangt, und sich dazu eine reine Serviette geben lassen, die er in 4 Wochen wieder zurück zu senden versprochen. Die 6 Postillons, welche den Kaiser und seine Suite hierher gebracht haben, haben Jeder einen Napoleonsd'or erhalten. Die Rechnung im Wirtshause ist mit 15 bezahlt und für die Leute sind 5 gegeben.

In Warschau, von wo S. M. gekommen sind, sollen sie die Mitglieder des Senats gesprochen haben. Hier ist Niemand vorgelassen worden. In einem Augenblick nach dem Essen, wo Niemand im Zimmer war, ruhten S. M. sich ein Weilchen den Kopf in beiden Händen gestützt an dem Tische.“

Man spricht von einem Kongress in Wilna. Die Rekruten-Aushebungen sollen nach einer von Warschau an den Präfecten gelangten Estafette vor der Hand sistirt werden*).

*) Der Bericht ist von dem in Posen stationierten preußischen Commissarius, Regierungsrat Buchholz.

Glogau, den 13. Dezember 1812.

Euer Excellenz ermangele ich nicht, hiermit ganz gehorsamst anzuzeigen, dass der französische Kaiser gestern Abend halb 8 Uhr nur von zwei Generals und einem kleinen Gefolge begleitet, ganz unvermutet hier angekommen ist und seine Reise nach Paris über Dresden um 1 Uhr des Nachts zu Schlitten fortgesetzt hat. Ein Theil seines Gefolges wird heute erwartet.

Um eine Estafette, welche soeben der General Laplane nach Berlin schickt, zu benutzen, werde ich veranlasst, Euer pp. diese Anzeige ohne Verzug zu erstatten. Wie der Kastellan des Schlosses bemerkt haben will, soll der Kaiser sowohl als seine Begleiter sehr missvergnügt gewesen seien.

v. Krug. *)

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

(Von Regierungsrat Buchholz eingesandt.)

Posen, den 16. Dezember 1812.

„Von der Suite Sr. Majestät des Kaisers Napoleon sind seit dem Sonntage wenigstens 60 Personen in Wagen und auf Schlitten mit Postpferden, welche durch vorausgehende Kouriere bestellt wurden, hier durch und ebenfalls über Glogau nach Dresden gegangen. Die Wagen waren zum Theil kaiserlich, die Herren darin haben das grösste Incognito beobachtet und ihre Reise mit solcher Eile fortgesetzt, dass man glauben sollte, die Russen sässen ihnen auf den Fersen. Von dem Könige von Neapel, von dem Fürsten von Neuschatel und dem Marschall Duroc weiss ich bestimmt, dass sie dem Kaiser gefolgt sind. Das Klima von Russland scheint ihnen lästig geworden zu sein. Wir haben hier schon eine Kälte von 18 ° Réaumur, wie arg muss sie im nördlichen Litthauen gewesen sein. — — — — —

Kein Mensch glaubt an die in den letzten Zeitungen bekannt gemachten Resultate**). Vielmehr heisst es, die Blüte der aus Frankreich,

*) Wohl der Postmeister, der Name ist undeutlich geschrieben Über die Flucht Napoleons aus Rußland vgl. die Memoiren der Gräfin Potocki, Paris 1897, in deutscher Übersetzung Leipzig 1899, und „Histoire de l'ambassade dans le grand duché de Varsovie en 1812“, Paris 1815.

***) In französischem Sinne gefärbten. (Anmerkung des Herausgebers.)

Italien und Deutschland nach Russland zu dem grossen Trauerspiele geführten Jugend sei dahin, und die in Asche liegenden Städte und Dörfer wären ein neuer Triumph für England. In Littauen hat man Russischerseits die Bauern bewaffnet und an dem Aufstande in diesem Lande ist nach den von daher eingegangenen neuesten Briefen nicht zu zweifeln. Hier selbst macht man sich schon die sehr naive Frage, ob es nicht Zeit sei, an eine neue Revolution zu denken.

Der Unwille über die nun allgemein bekannte Abreise des Kaisers geht über alle Beschreibung. Sie wird auch gewiss wie in Egypten und Spanien für die Armee sehr nachtheilig sein, weil man nicht ohne Grund bezweifelt, dass die zurückgebliebenen Marschälle als Lieutenants Sr. Majestät im Stande sein werden, die Überreste zu retten. Wir werden in 14 Tagen die Versicherungen der Berliner Zeitungen, dass die Armee sich jetzt in einem besseren Zustande, als vor der Eröffnung der Kampagne befinde, schwerlich bestätigt finden und der Wahrheit näher gekommen sein. Die Stimmung für Preussen nimmt hier jeden Tag zu, und ich darf kühnlich behaupten, dass alle Einwohner des Herzogtums, wenn es künftig nur das Herzogtum Pohlen benannt wird, mit Freude unter den Zepher unseres Königs zurückkehren werden. Ihr König — ist mir noch gestern gesagt —, könne den Ausschlag geben, wenn er wolle. — —“

(Es folgen einige Übertreibungen aus der Lemberger Zeitung.)

„Wenn auch kleine Übertreibungen hier bei sind, so ist es doch nicht zu leugnen, dass die Erbitterung unter den Franzosen und Russen auf's höchste gestiegen, bei den ersten es aber auch wirklich dahin gekommen ist, dass ein *saave qui peut* zur Notwendigkeit wird, ich muss daher auch anheimgeben, ob es nicht ratsam sein dürfte, schon jetzt zur Verpflegung der bald zu erwartenden Flüchtlinge der französischen Armee, die ohne *feuille de route* und ohne Anweisung in die königlichen Staaten kommen werden, und wegen ihres weiteren Transportes nach den Ländern der Fürsten des Rheinbundes die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, und solchergestalt besonders den Landmann für Marodirungen zu schützen — — — —. Am Sonntag kamen hier ohngefähr 150 französische Kürassire, die Überbleibsel von 2 Regimentern aus der *Bataille von Smolensk*, zu Fuss an. Sie führten einige 60 Schlitten mit Sätteln, Gewehren und Riemenzeug mit sich und gingen gestern nach Glogau, um sich dort wieder zu remontiren. Grösstenteils hatten sie keine Stiefel

mehr auf den Füßen, und mehrere von ihnen haben, erfrorener Glieder wegen, gleich in's Lazarett gebracht werden müssen. Am Montag und gestern sind 2 aus Berlin kommende französische Bataillons aus lauter Deutschen bestehend, hier eingetroffen, die nach Warschau bestimmt sind.

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Schön an Hardenberg.

Gumbinnen, den 16. Dezember 1812.

In der vorigen Nacht kamen der Graf Hogendorp und der Graf Wedell zu mir. Sie waren am 15. d. Mts. von Wollkowischky abgereiset, weil es sehr leicht möglich wäre, dass an dem Tage Abends Wollkowischky von den Kosacken besetzt werde. Es ist aber in der Nacht vom 15. auf den 16. um 12 Uhr noch nicht besetzt gewesen. Der König von Neapel, der Vice König von Italien und die bei der Armee befindlichen Mannschaften waren in dieser Nacht in Wirballen. Heute sind General Sebastiani, der die neu Formirten dirigiren soll, und die Marschälle Ney, Mortier und Viktor hier angekommen, und binnen einer Stunde wird der Prinz Eckmühl erwartet. Die Stadt ist so voll, dass das Einquartierungsamt die Menschen, die Billete suchen, nicht fassen kann, und trotz der beispiellosesten Genügsamheit (Marschall Ney wohnt in einem kleinen Stübchen am Ende der Stadt in einem Gasthofs der geringen Klasse und ist zufrieden) doch nicht Zimmer genug da sind, um die Menschen aufzunehmen. Heute sind auch schon sehr viele gemeine Soldaten angekommen, aber durchaus einzeln ohne Gewehr. Sie ziehen nach eigener Willkür. Jeder Soldat ist, wie ein Franzose witzig sagte, sein eigener General. Von Subordination, Regel und Ordnung ist garnicht die Rede, und nur die sehr sichtbare Besorgnis, dass das Volk hier den, der Excesse begeht, tödten würde, hält Ordnung. Opposition gegen Generals, wie sie etwas fordern, ist häufig.

Über den Zustand der Armee, worüber ich mit mehreren gesprochen habe, und worüber ich jetzt sehr zuverlässige Nachricht zu haben glaube, weiss ich Folgendes: Schon in Wilna war die Auflösung ganz da. Man sammelte indessen aus den dort gestandenen Truppen einige 1000 Mann und machte damit eine glückliche Affaire gegen die Kosacken. Die Truppen mussten aber bivakiren, es waren 23^o Kälte, und dieses kleine Korps, das unter dem Befehl des Marschalls Ney und der Generale Loison und Wrede

stand und die Arrièregarde machen sollte, bestand bei dem gänzlichen Abmarsch von Wilna nur noch aus 600 Mann. Diese, da sie sahen, dass Alles nach Gefallen nach Hause ging, warfen auf dem Wege bis Kowno auch die Gewehre weg und seit Kowno soll keine Arrièregarde mehr sein. Die Soldaten gehen einzeln, und kein Marschall weiss, wo seine Generale, und kein General, wo seine Truppen sind. Der König von Neapel hat sie unterwegs zu sammeln gesucht, aber nach der Versicherung eines sehr soliden Mannes, der aus Wilna zuletzt mit ausgerückt war, und die ganze Strasse passirt hatte, hat er nur ein Bataillon zusammen. Auf dem Wege zwischen Wilna über Kowno nach Mariampol ist die letzte Artillerie und Bagage verloren gegangen. Graf Hogendorp hatte nur seine Staats Uniform, in der er bei mir war. Etwa 2000 Kosacken, die 6—10 Kanonen bei sich haben, folgen den Truppen und sollen diesseits der Memel sein. Sie machen täglich einige Tausend der zerstreut Gehenden gefangen, plündern sie aus und lassen sie laufen. Von Goldap bis Tilsit ziehen die einzelnen Soldaten auf allen Punkten durch diese Provinz ohne alle Leitung. Die Offiziere kommen grösstentheils auf Gumbinnen. Gestern waren hier zwischen 30 und 40 Generale und zwischen 900—1000 Offiziere einquartiert. Einzelne Excesse kommen zwar vor, aber die Besorgnis eines gewaltsamen Aufstandes hemmt die Anmassung in der Regel. Jeder französische Offizier erschöpft sich in Verwunderung über diesen Ausgang, dass von einer ungeheuren Armee so viel als Nichts übrig ist, und selbst von der Menge, die noch existirt, sich nicht so viele finden, die Lust haben, 2000 Kosacken die Spitze zu bieten. Die die französischen Truppen verfolgenden Russen gehören zum Korps des General Miloradowitsch. Admiral Tschitschagoff soll gerade auf Grodno gegangen sein, und General Wittgenstein, dessen Vorposten schon in Georgenburg an der Memel sein sollen, auf Ragnit und Tilsit. Die Abreise des Kaisers Napoleon von der Armee soll den Soldaten alle Lust zum weiteren Kämpfen genommen haben und seit der Zeit die Auflösung vollendet sein. Die Stimmung ist sehr arg.

An Meinungen, die man scheint verbreiten zu wollen, sind:

1. dass der Hunger und die Kälte die Armee vernichtet haben, sie aber die Russische Armee stets geschlagen habe. Mehrere bedeutende Offiziere sind mir mit dieser Äusserung entgegengekommen, und wenn ich nach einigen façons der Schlachten von Jaroslawetz, Krasnoi und Polozk erwähnte, so hörte in der Regel das Gespräch auf. Aber in der Regel spricht man mit viel Achtung von den Russen.

2. Dass Marschall Viktor, der Polozk nicht hätte sollen nehmen lassen, am Unglück Schuld sei. Ich begreife dies nicht ganz, da sein Korps zu schwach war, um etwas entscheiden zu können.

Ich muss wieder auf das Bild zurückkommen, dass die zurückziehenden Truppen hier liefern. Keine Maler dürfen hier idealisieren. Das Elend ist kaum glaublich. Die Bürger hier waren sehr erbittert, und empfanden die Anmassungen gegen unser Gouvernement sehr tief, aber dieser Anblick, wo man den Einzelnen in der traurigsten Lage sieht, in die ein Mensch kommen kann, durch Frost verstümmelt, ohne Bekleidung, verhungert, erschüttert selbst den grössten Feind dieses Volks, und man giebt dem Wehrlosen Obdach und Speisung. Eine so zurückkommende Armee wird selten eine Generation sehen. General Sebastiani, der sich hier als Kommandirender gerirt, ist voll von Aufmerksamkeit gegen mich und alle Autoritäten — — —.

Eben erfahre ich, dass heute um 2 Uhr nachmittags noch kein Russe in Willkowischken war. Sie sollen sich südlich ziehen, wohin ein Teil der Franzosen, aber auch einzeln, seine Richtung genommen hat. Die französischen Truppen zogen nur noch bis gegen Wirballen, von hier gerechnet. Morgen käme also der Rest der grossen Armee hier an. Von hier zieht bis jetzt Alles auf Königsberg. Kowno ist von den Franzosen in Brand gesteckt. Mehrere sagen, auf Befehl wären die gefangenen Russen, die man nicht verpflegen konnte, erschossen*.)“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Auerswald an Hardenberg.

Königsberg, den 18. Dezember 1812.

„In Verfolg meines letzten Berichts vom 15. d. Mts. zeige ich nachfolgendes ganz gehorsamt an:

Die Flucht der französischen Hauptarmee geht unaufhaltsam fort. Seit zwei Tagen sind hier, grösstenteils zu Fuss und auf Bauernschlitten, ausgeplündert mitunter ohne Hemden und Stiefel und sogar in weiblichen Kleidungsstücken und mit erfrorenen Gliedern angekommen: 84 Generale, 106 Obristen und 1171 Offiziere, worunter die Marschälle Oudinot und Viktor, Prinz Adam von Würtemberg, die Generale Rapp, Grouchy,

*) Ein kurzer Auszug aus dem Briefe ist gedruckt in „Knesebek und Schön“, S. 310.

v. Hogendorp, Baraguay d'Hilliers*) sich befinden. Alle Gemeinen, die in allen Richtungen die Provinz einzeln und truppweise durchziehen, sind grösstenteils unbewaffnet. Der König von Neapel, der Vice König von Italien und der Prinz von Neuchâtel werden heute hier erwartet. Der Herzog von Bassano und der Graf Lauriston sind den 14. durch Ortelsburg gegangen. Die Regierung steht mit dem Staatsminister Grafen Daru in Unterhandlung wegen Abgabe der Magazine, um das Anstecken derselben zu verhüten. Die Landlieferung habe ich sistirt, um die Magazine, die mit hinlänglichen Vorräthen vorläufig versehen sind, nicht noch zu vergrössern. Das Korps des Herzogs von Tarent hat den 14. d. Mts. von der Flucht der Hauptarmee noch nichts gewusst, und man befürchtet, dass es abgeschnitten ist, und sich entweder wird durchschlagen oder kapituliren müssen. Bis jetzt haben die verfolgenden Kosacken nach den bis heute eingegangenen Nachrichten unsere Grenze noch nicht betreten. Die vier Kolonnen, jede von 25 000 Mann und 5000 Pferden, für welche der Staatsminister Graf Daru die Verpflegung auf Thorn, Marienwerder, Marienburg und hier verlangt hat, bestehen in blossen Vorspiegelungen. Wahrscheinlich sind nicht 10 000 Mann überhaupt bewaffnet zusammen. Mehrere französische Generale haben mir eingestanden, dass die so schnelle Vernichtung einer so grossen Armee in der neueren Geschichte ohne Beispiel sei. Gestern kam die Nachricht hier an, dass der General Le Grange aus Danzig, veranlasst durch frühere Befehle, heute sicher als Gouverneur ankommen würde. Die Depositorien werde ich, sobald die Russen unsere Grenze betreten, vorläufig nach Marienwerder schicken.

Baares Geld ist so wenig in den Kassen, dass der Vorrath desselben nicht zureichen wird, um einmonatliche Gehälter und Pensionen und die dringendsten Ausgaben zu bestreiten. Mit allen Kräften werden die Militär Effekten und die — leider! — noch hier befindlichen Preussischen Pontons nach Graudenz geschaffet. Ich versuche alles Mögliche um das Vernichten der ungeheuren Quantitäten französischen Pulvers, die hier mehrenteils eingefroren auf den Strömen in Gefässen liegen, durch Feuer zu verhüten, und hoffe es durchzusetzen, dass man sie in's Wasser versenken werde, wenn sie nicht anders mehr zu retten sind**).“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

*) General Louis Baraguay d'Hilliers starb am 6. Januar 1813 in Berlin und wurde dort in der Gruft der katholischen Kirche beigesetzt. (Spencersche Zeitung vom 9. Januar 1813.)

**) Ein kurzer Auszug aus diesem Briefe ist gedruckt bei Droysen, York I, S. 306.

Der Geheime Staatsrat Küster übersendet d. d. Berlin d. 19. Dezember 1812 einen Bericht des preußischen Regierungskommissarius Justizrat Jensch aus Warschau (vom 14. Dezember).

„Am 6. d. Mts. wurde die Affaire bei Borissow hier mit allen Détails bekannt, indessen legte man ihr nur die einzige Wichtigkeit bei, dass es dem Kaiser gelungen war, sich durch die Moldau Armee des Generals Tschitschagoff durchzuschlagen. Man nannte und nennt auch noch als Opfer dieser Affäre den Herzog von Danzig und sein Korps, den Marschall Oudinot und den General Zajonczek, der früher schon bei der Bataille von Smolensk verwundet worden war. Man befand sich in den ängstlichsten Sorgen über die völlige Entblössung dieser Stadt gegen Sjedlec und Ljublin und nahm es als ausgemacht wahr an, dass es blos von dem Belieben des Feindes abhängt, sich der hiesigen Gegend zu bemächtigen, wenn er wolle. So blieb es bis zum 10. Gegen Abend erhielt der hier befindliche Teil der Neapolitanischen Garde Befehl, unter das Gewehr zu treten. Ein Teil versammelte sich auf dem sächsischen Platz und der andere begab sich vor dem Wolaer Schlage. Den 11. Vormittags war die Stadt voller Bewegung und Neuigkeiten, und diese konzentrirten sich endlich darauf, dass Napoleon in der Nacht vom 10. Juni 1811 in der Stille durchpassirt war. Dieses wurde in der Mittagszeit Gewissheit und der Gegenstand aller Unterhaltungen. Folgendes kann ich darüber aus zuverlässigen Quellen mitteilen: Napoleon war hier im strengsten Incognito den 10. Abends angekommen und im Hôtel d'Angleterre abgetreten. Bei ihm sollen sich bloss Duroc und ein General Coulaincourt befunden haben. Der Eigentümer des Gasthauses Namens Gaziorowski hat zuerst den nicht weit davon wohnenden Ambassadeur Erzbischof von Mecheln und weiterhin den Präses des Staatsrates, Grafen Stanislaus Potocki und den Schatzmeister Herrn v. Matusiewicz rufen müssen. Beide letzteren hat Napoleon zugleich gesprochen und zwar bei einer sehr heiteren Laune. Er hat unverhohlen zu erkennen gegeben, dass die Kampagne gänzlich verloren gegangen sei, dass er jedoch mit 300 000 Mann wiederkommen und die vorgefallenen Fehler verbessern würde. Er soll ferner geäußert haben, dass es ihm wohl möglich gewesen wäre, einen vorteilhaften Frieden zu schliessen, dass er es jedoch nicht gethan, weil Kaiser Alexander Pohlen nicht habe anerkennen wollen. Mit der Erklärung, dass er für sie sorgen, dass er Geld mitbringen werde, und dass die Pferde, die sie ihm zu liefern hätten, sogleich bezahlt werden sollten, hat er die Herren entlassen.

Der Eindruck, den diese Durchreise hier gemacht, war von der sonderbarsten Art. Noch den 11. d. Mittags wurden die grössten Wetten gemacht, dass sie nicht wahr gewesen, und derjenige, der sie glaubte, konnte sich in Acht nehmen. Nachmittags war aber auf dem Einquartierungsbureau ein französischer Offizier von der Armee angekommen und hatte sich erkundigt, wo Napoleon logire. Er ist sehr unwillig gewesen, als man ihm dieses nicht beantwortet, hat sich aber doch zum Platz Kommandanten hinweisen lassen und sich dann nicht mehr wiedersehen lassen. Denselben Tag und besonders den 12. Vormittags wurde die Stadt von Neuem durch die Nachricht, dass nicht nur das diplomatische Korps, sondern selbst das Hauptquartier der klein gewordenen grossen Armee hier eintreffen werde, allarmirt, und seitdem verbreiten sich über dieselbe die traurigsten Nachrichten, die nun allgemeinen Glauben erhalten. Dies ist auch sehr natürlich, da täglich Obristen eintreffen, die ihre Regimenter verloren haben. Der Fürst Joseph Poniatowski ist gestern eingetroffen und auch der Herr General v. Krusemark angekommen. Dieser liegt krank im Hotel de Wilna und eben deshalb habe ich ihn heute noch nicht sprechen können. Der Duc de Bassano ist noch hier und auch der Herr Geheime Staatsrat v. Beguelin wird erwartet. Alles befindet sich hier in Spannung und in der traurigsten Stimmung. Es übersteigt das Elend, was die Theilnehmer der Kampagne zu überstehen gehabt haben, Alles was man bis jetzt gehört hat, und ich habe selbst Jemanden versichern gehört, dass er weit lieber sich Nahrung durch Betteln erwerben, als noch eine Reise nach Moskau machen wolle. Was man hier ferner ziemlich allgemein behauptet ist dieses, dass der Grossfürst Konstantin eine neue Armee zusammenzieht, und ich habe einen Kaufmannsbrief aus Ljublin gelesen, nach welchem man dort alle Tage Russen erwartet.

Der König von Neapel hat das Kommando der grossen Armee übernommen, indessen glaubt man nicht, dass er Wilna oder die dortige Gegend vertheidigen werde.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Schön an Hardenberg.

Gumbinnen d. 19. Dezember 1812.

„Jetzt bin ich im Stande meine Schilderung des Zustandes der zurückkehrenden Truppen zu vollenden:

Gestern kamen die formirten Truppen, welche man von Willkowschky bis hier gesammelt hatte. Sie bestanden nach dem Urtheil mehrerer

vaterländischer Militairs aus 1500 Mann Garden und 2 dreipfündigen Kanonen, und aus etwa 800 Mann Kavallerie jeder Art. Von den Garden hatten mehrere Frostschäden, aber sie trugen alle Gewehre. Ihre Bekleidung war sehr traurig. Die Pferde der 800 Kavalleristen waren möglich gut, nur, da sie nicht scharf beschlagen sind, unfähig hier etwas zu leisten. Die Kavallerie, welche hier förmliche Feldwachen aussetzte, kommandirt der Marschall Bessières. — Gestern wurden hier 12 000 Portionen ausgetheilt. Wenn man hiervon die Summe der Employés abzieht, so würden etwa 8—9000 für Soldaten bleiben, die theils formirt, grösstentheils aber einzeln hier durchgegangen sind. Der traurige Zustand dieser Menschen übersteigt jede Vorstellung. Unter 100 sind nicht 10, die zum ferneren Dienst brauchbar sind. Generale kommen zerlumpt an, und der Marschall Mortier fuhr auf einem elenden Bauernschlitten von hier ab. Angesehene Offiziere kamen mit Stücken von Damen- und Judenmänteln hier an, und man sah selten einen, dem nicht ein Glied erfroren war. Eine so totale Auflösung hat vielleicht seit Xerxes Zeit keine so grosse Armee erfahren. Seit gestern Mittag gingen alle Marschälle nach Königsberg ab. Der König reiste vor einer Stunde von mir ab und will heute Abend in Königsberg sein. Das formirte Militär soll um 8 Uhr von hier nach Insterburg aufbrechen. Der König von Neapel verlangte gestern dazu 120 Schlitten, worauf die Gardisten gefahren werden sollen. Er versprach, die Schlitten Extrapostmässig zu bezahlen. Ich besorge, wie ich auch dem König sagte, die Schlitten nicht zusammen zu bekommen. Gestern war in Stallupönen kein französischer Offizier mehr, sondern nur etwa 6—800 einzelne Gemeine in dem allertraurigsten Zustande. Das französische Magazin hier wurde gestern der Stadt übergeben. Soldaten und Offiziere fragten hier in der Regel, ob man nicht wisse, wo der Kaiser Napoleon wäre. Sogar der Prinz Eckmühl hat es nicht gewusst. Die gemeinen Soldaten und geringeren Offiziere sprechen mit Wehmut und wohl auch Erbitterung von der Lage der Sache. Die dem Hofe nahe sind, fangen gleich damit an, dass im nächsten Frühling Russland gedehmütigt sei. Die Äusserung, dass die Russen jedesmal geschlagen wären, scheint als Glaubensartikel gegeben zu sein. Die Russen haben, wie hier ein Reisender sagte, seit dem 28. Oktober acht Siegesfeste gefeiert. Die alliirten Truppen sprechen nur mit hoher Erbitterung. Der Prinz von Hessen Darmstadt musste gestern noch hier dem Adjutanten des Königs von Neapel in der Wohnung weichen. Der Prinz Adam von Württemberg hat in Stallupönen sein französisches Kreuz vom Rock gerissen und es einer Judenfrau geschenkt, die es noch

gestern für 10 Taler ausbot. Der König von Neapel, der mir Alles im schönsten Zustande schilderte, und schon in Königsberg Alles repariren wollte, sagte doch am Ende: „Il faut faire la paix.“ — Fürst Schwarzenberg stand am 10. d. Mts. in Wolkowischky bei Slonin, und Grodno war von den Sachsen besetzt. Den 17. Mittags sind 200 Russen rother Husaren und 400 Kosacken in Wolkowischky eingerückt. Sie wollten gestern, den 18. sich mit 800 Mann Kavallerie in Wirballen verbünden und Stallupönen besetzen. Gestern Mittag um 2 Uhr waren sie aber noch nicht in Wirballen und gestern Abend nicht in Stallupönen. Sie scheinen nachkommende Truppen zu erwarten. In Wolkowischky haben sie 200 Rubel Brandschatzung gefordert, und der Russische Kapitain hat dabei geäußert, ob er in Preussen etwas würde fordern dürfen, darüber erwarte er noch Ordre. Die Russen hatten am 17. Wolkowischky, Mariampol und Kalwarija auf dieser Strasse besetzt. Heute Abend oder morgen können sie hier sein. In Wolkowischky sollen sich die Russen gut betragen. Von der Memel habe ich seit gestern früh keine bestimmte Nachricht. Die Kosacken müssen also nicht weiter vorgerückt sein. Ein Privatbrief sagt, dass die Russen in Nieder Gilgudischken*), dem v. Keudell gehörig, an der Memel zwischen Kowno und Jurborg wären.

Von unserem Korps ist keine Nachricht. Am 17. wusste man in Memel noch nicht, dass das Korps abmarschirt sei. Von der Lage der Dinge hier habe ich den General v. York durch einen gescheuten Offizier benachrichtigt. In diesem Augenblick bekomme ich per Estafette die Nachricht, dass ein Kommando Kosacken gestern Nachmittags in unsere Stadt Schirwindt eingerückt ist, von den zerstreut gehenden, dort befindlichen Franzosen einen Theil gefangen genommen und getötet haben und nachher wieder in das Polnische Städtchen**) zurückgegangen ist; gegen Abend aber der Bürgermeister von**) mit einigen Magistratsmitgliedern nach**)

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

*) Russisch: Gelgudschiki.

**) Der Name ist unleserlich, wahrscheinlich das gegenüber Schirwindt auf russischem Gebiet liegende Wladislawow. zu dem dortigen Kosacken Major gefordert sind. Diese haben ihm ein Stück feines Tuch und eine goldene Uhr geben müssen.“

Auszug aus einem Brief des Generals v. Bülow*)

d. d. Königsberg d. 19. Dezember (wahrscheinlich an Hardenberg).

Zunächst berichtet er über die gefährliche Lage des 10. Armeekorps (York, Macdonald), das durch die Russen so gut wie abgeschnitten sei. Auf alle Fälle will Bülow die nötigen Lebensmittel herbeischaffen, falls das Korps Memel erreichen und sich über die Nehrung würde zurückziehen können. Von der grossen Armee bekümmere sich niemand um das 10. Korps, alles flüchte nur so schnell als möglich hinter die Weichsel — — —.

„Mein möglichstes werde ich tun, um die französischen Generale zu bewegen, hier etwas Bedeutendes zu sammeln, um gegen Gumbinnen vorzugehen, damit man wenigstens Königsberg möglichst lange im Besitz behält, um den Rückzug über die Nehrung möglich zu machen. Die beiden Depôts der Westpreussischen Brigade treffen hier den 23. und zwei Garnisonkompagnien, die ich von Memel nachfolgen lasse, den 24. ein. Diese und ein Paar Hundert Pferde ist Alles was mir zu Gebote steht, indessen werde ich mit diesem Wenigen auch suchen, mit zu wirken, und habe ich bereits ein Kavallerie Detaschement nach Wehlau vorpoussirt, um wenigstens von Allen benachrichtigt zu werden. Der Major v. Kall steht noch mit 120 Pferden bei Tilsit und wenn es dem General Loison gelingen sollte, dort etwas zu sammeln, so könnte dieses sehr vorteilhaft mitwirken. Allein da ich erfahre, dass der General Loison heute hier ankommt, so scheint auch diese Hoffnung vergeblich zu sein. Der Obrist v. Maltzahn behält in Memel noch zwei Depôts der Ostpreussischen Brigade und das von mir formirte Marschbataillon. Memel ist zwar nicht haltbar, denn die Werke sind weder vollendet noch pallisadirt; aber gegen blosser Kavallerie wird sich der Oberst v. Maltzahn vertheidigen können. Mithin wird hoffentlich das 10. Armeekorps in Memel die Magazine vorfinden. Noch habe ich keine Meldung, dass der Feind auf irgend einem Punkte die hiesigen Grenzen überschritten, welches langsame Vorrücken ein grosser Gewinn ist. Der König von Neapel und Vice König von Italien sind seit

*) Friedrich Wilhelm v. Bülow, seit 1814 Graf Bülow von Dennewitz, 1755—1816. Während des Krieges von 1812 war er Gouverneur von Ost- und Westpreußen.

einigen Tagen erwartet, aber noch nicht angekommen. Ich glaube daher, dass sie einen anderen Weg genommen oder auch incognito hier durchgegangen sind.

Die Auflösung ist grenzenlos, und es bedürfte sehr wenig, um Alles zu vernichten, was noch an französischen Streitkräften existirt.

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Bericht des Staatsrats Ribbentrop

d. d. Königsberg, den 20. Dezember 1812 an das Kriegsdepartement.

Zunächst einige schon bekannte Nachrichten über das 10. Korps -- -- --.

„In Tilsit wird der Major v. Kall, dessen Eifer das höchste Lob verdient, sich so lange als möglich halten, aber er hat kaum 100 Pferde und ein kleines Infanterie-Kommando. Auf diese kann er zwar rechnen, allein die Flüchtlinge, die von der grossen Armee kommen, und die der General Loison organisiren wollte, halten nicht Stich. Man hat auch von ihnen kaum hundert Mann bewaffnet zur Vertheidigung zusammengebracht. Schlägt sich das 10. Korps nicht durch, so sind die Provinzen Litthauen und Ostpreussen vertheidigungslos, und der Feind kann von allen Seiten einrücken. Der Landmann unterliegt unter der Fuhrenlast. Er versagt den Flüchtlingen jedes Mitleiden, und ich fürchte schlimme Auftritte, wenn die Sache nicht bald eine andere Gestalt gewinnt. Einen Geldtransport von 40000 Talern in Münze, welchen mir der Geheime Rat von Stägemann in Tilsit zahlen liess, habe ich glücklicherweise nicht abgeschickt, sonst wäre er in Rossjena*) genommen. Die Montirungsstücke, die hier im Depôt liegen, lasse ich nach Graudenz schaffen. Überhaupt sucht man hier jetzt fortzuschaffen, was die Möglichkeit erlaubt, da sich feindliche Streif-Partheien auch in Schreitlauken und Russ, also schon auf unserem Boden gezeigt haben.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Schön an Hardenberg.

Gumbinnen, den 20. Dezember 1812.

„Von Wollkowischky aus rücken die Russischen Truppen nicht näher. Sie haben aber auch Wastyten besetzt. Die Kosacken sind gestern nach

*) Auch Rossjenny geschrieben.

Schirwindt gekommen und haben von der Stadt 200 Rubel Kontribution gefordert, und als man dies nicht gleich bewilligen und zahlen wollte, die Stadt in Brand zu stecken gedroht und einige Läden geplündert. Das letzte kann aber nicht von Bedeutung gewesen sein, denn der Magistrat giebt den ganzen Schaden auf 2000 Taler an. Bei Schmallingken ist auch ein Trupp Kosacken in diese Provinz gekommen. Dem Oberzoll-Inspektor dort haben sie Mehreres genommen, bei dem Oberförster in Trappönen sich sehr gut betragen, aber den Oberstleutnant v. Przychowski auf Kraupischkehmen*) rein ausgeplündert und gemisshandelt. Der v. Przychowski (ein Schwager unseres Generals v. Borstell) hat 2 Brüder bei der Polnischen Konföderation und hat sich auffallend als Feind der Preussen zeither gezeigt. Nach Nachrichten aus dem Herzogtum Warschau betragen sich die Russen dort gut. Aber der Major v. Kall in Tilsit kann uns manches Übel zufügen. Es haben sich einige unmontirte bloss mit einem alten Pallasch bewaffnete Pohlen nach Tilsit durchgeschlichen. Dies und die Behauptungen der französischen Machthaber, dass eine grosse Armee sich bei Königsberg sammle, haben den Major v. Kall veranlasst, die Kosacken auf der Grenze mit 70—80 Mann anzugreifen. Als ich die Nachricht davon heute früh bekam, habe ich sogleich Jemanden nach Tilsit abgeschickt, um den Major v. Kall von der Lage der Sache zu unterrichten. — Unser Korps stand am 16. Abends 10 Uhr noch bei Mietau, und unglücklicherweise ist mein erster Bote an General York dort nicht angekommen. Ich hoffe, dass der zweite ankommen wird und habe noch den dritten nachgeschickt.

Eben bekomme ich die Nachricht, dass in Willkowischken schon 2000 Mann Kavallerie zusammen sind und die Infanterie auf Warschau geht.“

Dem Brief ist folgende Nachschrift des Generals v. Bülow beigefügt:

„In Ansehung der Anzeige des Major v. Kall halte ich mich verpflichtet, Euer Excellenz ganz ergebenst anzuzeigen, dass nach einem Rapport des v. Kall, welcher gestern den 20. Nachmittags 6 Uhr in Tilsit geschrieben, er nichts von einem Angriffe, den er intentionirte, erwähnt; auch war dieses nicht möglich, da auf die Entfernung von 6 Meilen nichts vom Feinde zu sehen war. Im Übrigen habe ich dem Major v. Kall be-

*) Der Ortsname ist unleserlich geschrieben, ein Dorf dieses Namens liegt 16 km östlich Insterburg.

fohlen, Tilsit so lange wie möglich zu behaupten, sich aber durchaus in kein ernsthaftes Gefecht gegen eine überlegene Macht einzulassen, gegen den Feind nur kleine Patrouillen vorzuschicken, um Nachricht von demselben einzuziehen. — Der Vice König von Italien und der Prinz Eckmühl sind gestern durch Gerdaun gegangen, wahrscheinlich nach Marienwerder.

Königsberg, den 21. Dezember 1812, Mittags 12 Uhr.

v. Bülow.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Auerswald an Hardenberg.

Königsberg den 22. Dezember 1812.

— — — „Gestern waren nach dem Rapport des Einquartierungsbureaus hier in der Stadt noch befindlich 255 Generals, 699 Obersten, 4412 Kapitäns und Lieutenants und 26 590 Unteroffiziere und Gemeine. Fast alle sind in einem erbärmlichen Zustande. Zu dieser Einquartierung kommen noch über 6000 Mann, die in den Lazareten sich befinden. Der Marschall Ney und der General Loison, der hier wieder die Gouverneurs Geschäfte übernommen hat, da der General La Grange nicht herkommt, sammeln alle noch brauchbaren Truppen der Division, die nach der Ordre du jour hierbleiben sollen. Wie mir der König gesagt hat, sollen diese eine Stellung theils bei Labiau, theils bei Gumbinnen nehmen. Fünf Bataillons sind von Danzig her im Anmarsch, von denen schon eins hier eingetroffen ist. Von den vom Minister Graf Daru angekündigten vier Kolonnen zu 25 000 Mann ist noch keine eingetroffen, und es scheint diese Ankündigung auch nur eine leere Vorspiegelung gewesen zu sein. Das Angespann der Provinz wird durch die ungeheure Anzahl von Fuhren, die von allen Seiten hier requirirt werden, jetzt vollends zu Grunde gerichtet. Der König von Neapel und der Prinz von Neuchâtel, die ich täglich spreche, haben mir zugesichert, dass mehrere Ordnung bei dieser Requisition stattfinden soll. Bedeutende Excesse sind noch nicht vorgefallen, und sowohl der König als der Prinz haben mir schon öfters wiederholt, dass die Humanität, mit welcher die Flüchtlinge in Preussen von den Einsassen behandelt werden, und die Arrangements der Behörden ihre Erwartungen überträfen. — Über die Vernichtung der grossen Pulver Vorräte und der Magazine haben der König und der Prinz mir beruhigende Zusicherungen gegeben. Auf den Fall eines gänzlichen Rückzuges sollen die ersteren

nicht gesprengt, sondern in's Wasser geworfen werden, zu welchem Behuf auch schon in der Nähe der Vorräte das Wasser aufgeeiset wird. Die Magazin Vorräte will man uns überlassen.

Ausser einigen Kosacken, die sich jenseits Tilsit hin und wieder eingefunden, haber noch keine Russen unsere Grenze betreten. Bloss in Kranpischkehmen haben die Kosacken geplündert, ausserdem sich aber sehr gut betragen, und sogar die Fourage bezahlt.

Der Chef der gesammten französischen Artillerie, General Riboisière, ist gestern gestorben, und täglich sterben, an allen Kräften erschöpft, Soldaten auf den Strassen.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Auerswald an Hardenberg.

Königsberg, den 24. Dezember 1812.

„Nach gestern Abend eingegangenen offiziellen Nachrichten ist der Kommandant von Tilsit, Major v. Kall, den 21. d. Mts. durch eine überlegene Anzahl von Kosacken angegriffen, und nachdem er sich bei und in Tilsit mit ihnen geschlagen, gezwungen worden, mit seinem Detaschement von ungefähr 300 Mann Infanterie und Kavallerie sich nach Labiau, jedoch unverfolgt, zurück zu ziehen, wo er gestern den 23. Mittags, angekommen ist. Er hat in dem Gefecht leider 40 Pferde verloren. Tilsit ist von den Russen mit Infanterie, Kavallerie und Kosacken besetzt, und es sind gestern schon in einigen Dörfern eine Meile hinter Mehlauken 20 Kosacken gewesen, die sich sehr gut betragen und sogar einen requirirten Schlitten zurückgeschickt haben. Soviel als möglich bemüht man sich, das noch zum Theil in Labiau befindliche Belagerungsgeschütz wegzuschaffen. Mehreres davon ist bereits verloren. In Stallupönen und Gumbinnen hat sich gestern noch nichts von den Russen sehen lassen.

Die hiesige Stadt ist noch überfüllt von den in dem traurigsten Zustande sich befindenden Generalen, Offizieren und Soldaten. Sie ist noch bequartirt mit beinah 30 000 Mann, wovon vielleicht nicht 5000 Mann in ganz gesundem Zustande sind, und selbst diese grösstentheils unbewaffnet. — — Die ungeheuren Vorräte an Pulver, ein grosser Teil des Belagerungsgeschützes und eine grosse Menge Wagen mit Militär Effekten befinden sich noch hier, weil es an Angespann fehlt.“

Dem Bericht liegt ein Schreiben des Kommandanten von Memel, Obersten v. Maltzahn, bei, das zunächst einige unverbürgte Nachrichten vom 10. Korps (Macdonald und York) und die der Gefangennahme des Leutnants v. Eberstein mit 40 Mann nach tapferster Gegenwehr durch eine überlegene Anzahl Kosaken bei Krottingen enthält. Wörtlich weiter:

„Die Garnison von Memel ist durch zwei, den 21. d. Mts. hier eingetroffene preussische Batterien Fuss Artillerie unter Befehl des Kapitäns v. Rosinski verstärkt. Da die Ankunft der Kolonne des 10. Armeekorps höchstens bis zum 24. ausgesetzt bleiben kann, auch vorläufig noch keine feindliche Infanterie in der Gegend befindlich ist, so werde ich alle Massregeln treffen, die etwanigen Versuche auf Memel zu vereiteln. Bereits sind 600 Schlitten mit französischer Munition, desgleichen 200 Schlitten mit preussischer Munition beladen, von hier abgegangen; desgleichen habe ich sieben Stück von dem hier befindlich gewesenen schweren Geschütz fortgeschafft, und es wird fortgesetzt daran gearbeitet, die noch hier befindlichen Militair Effekten fortzubringen. Der Mangel an Pferden ist jedoch so gross, dass ich mit den grössten Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Circa 2000 Mann und 5—600 Pferde der noch nicht organisirten polnischen Truppen haben sich hierher geflüchtet und sind entlang dem Haffe nach Königsberg gesandt.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Über die vollständige Auflösung und Vernichtung der großen Armee konnte nun keinerlei Zweifel mehr bestehen. Indessen verbreiteten sich in der damaligen Zeit, die keine Eisenbahnen, keine Telegraphen kannte, Nachrichten nur langsam und widersprechend. Auf den großen Etappenstraßen reisten Kuriere mit untergelegten Relais außerordentlich schnell. Abseits der wenigen Chausseen aber kamen auf Fußsteigen oder schlechten Landwegen in die kleinen Städte und Dörfer Neuigkeiten nur durch den Briefboten, den Marktwagen, reisende Handwerker oder die schlecht bedienten, unter strenger Zensur stehenden wenigen Zeitungen. In den kleinen Garnisonen Hinterpommerns z. B. scheint man von den gewaltigen Er-

eignissen des russischen Kriegsschauplatzes erst durch das berüchtigte 29. Bulletin Kenntniss bekommen zu haben*). Es war aus Malodetschno vom 3. Dezember datiert, erschien am 17. im Pariser Moniteur und am 26. Dezember in der Berliner Presse. Es gab die ungeheuerliche Katastrophe der großen Armee fast unumwunden zu erkennen. Wer zwischen den Zeilen zu lesen verstand, wußte nun, daß von diesen verstreuten Trümmern nichts zu hoffen und nichts zu fürchten war. Das Bulletin schloß mit den zynischen Worten: „Die Gesundheit Sr. Majestät ist nie besser gewesen.“ Am 14. Dezember hatte Napoleon von Dresden aus jenen bekannten Brief**) an König Friedrich Wilhelm III. geschrieben, durch den er ihn, ohne Gegenleistung zu bieten, zur Vermehrung des preußischen Kontingents auf 30000 Mann auffordert, und schon in der Nacht vom 18. zum 19. Dezember war er in Paris eingetroffen.

Schreiben aus Insterburg, den 26. Dezember 1812.

(Wahrscheinlich an Schön.)

„Gestern Morgen um 8 Uhr, als zum ersten Male zur Kirche geläutet wurde, erhielten wir den ersten Besuch von Kosacken. Einige Hundert Mann sprengten mit fürchterlicher Schnelligkeit auf der Strasse von Tilsit zum Pregel Thor herein die Strasse durch nach dem Markte. Die Alteration der hiesigen Einwohner gestattet keine Beschreibung. Die erste Frage war: wie weit sind die Franzosen? Die Überreste der Kaiserlichen Garde waren nur 16 Stunden früher von hier auf Altenburg und Friedland zu marschirt. Sodann proklamirte der Kosacken Obrist auf dem Marktplatze die Proklamation mit dem Beifügen, dass ein jeder hiesige Einwohner, bei welchem sich noch Franzosen befänden, solche sogleich anzeigen, widrigenfalls das Haus geplündert werden müsse. Hierauf nahm das Zusammentreiben der Franzosen aus dem Lazarete und aus den Häusern seinen Anfang. Ein eben angekommener Obrist und zwei kranke

*) Tagebuch des Generalleutnants v. Schmidt, Heft 12/13 der urkundl. Beiträge.

**) Der Brief ist mehrfach abgedruckt, das Original im Kgl. Geh. St.-Archiv Rep. 92.

Offiziere wurden gefangen genommen und ihnen die Uhren und das baare Geld abgenommen; ausserdem brachten sie noch einige Hundert französische Militairs zusammen, welche mit Pikenstössen arg gemisshandelt wurden. Die deutschen Soldaten wurden ohne Unterschied ihres Vaterlandes wieder in Freiheit gesetzt. Die Kosacken betrugten sich musterhaft gegen die hiesigen Einwohner. Einem vor seinem Hause stehenden Kaufmann wurde von einem Kosacken seine auf dem Kopf habende Pelzmütze weggenommen. Der Kaufmann klagte bei dem Offizier, und der Kosack wurde vor dem Rathause hingestreckt und mit Kantschuhieben fast totgeschlagen. Alles ging ruhig ab und gegen Abend eilten sie nach Wehlau. Heute ist auf 3000 Mann regulärer Truppen unter General Wilowinski Quartier bestellt*).

(Unterschrift unleserlich.)

Schön an Hardenberg.

Gumbinnen, den 26. Dezember 1812.

„Gestern, etwa um 9 Uhr Morgens rückte ein Pulk Kosacken hier ein. Sie kamen von Schirwindt. Bei dem Einzuge riefen sie Hurrah, und als ein Bürger auf dem Markte hierin einstimmte, riefen sie ihm zu: „Ruf' noch einmal Hurrah für deinen König,“ und sie riefen mit. Kein Mensch wurde beleidigt oder verletzt. Man suchte nur den französischen Kommandanten und Kommissair, die entspringen wollten, aber selbst bei diesem Suchen geschah durchaus kein Excess. Die Gensd'armes Offiziere sagten dem Obersten wer sie wären, und die Kosacken-Offiziere begrüßten sie mit Händereichen. Der Oberste kam mit seinem Gefolge gleich zu mir, fragte, ob ich die Proklamation**) an die Preussen und an die Armee bei ihrem Einmarsch in Preussen hätte, und setzte hinzu: er habe die Ordre, wie in Freundes Land zu handeln, jede Autorität zu schätzen und

*) Über die in diesem und den folgenden Briefen berührten Vorgänge in Ostpreußen vgl. u. a.: „Beiträge zur Geschichte des Jahres 1813“; Droysen, York von Wartenburg; Friccius, Geschichte des Krieges in den Jahren 1813 und 1814; Holleben, Geschichte des Frühjahrsfeldzuges 1813; Osten-Sacken, Befreiungskrieg 1813; endlich den 1910 erschienenen 1. Band des französischen Generalstabswerks »Campagne de 1813« und zahlreiche Memoiren- und biographische Werke.

*) Sie wurde beim Einrücken der Russen in gedruckten Exemplaren allgemein bekannt gemacht und ist seitdem mehrfach abgedruckt worden, u. a. bei Pertz, Stein III, 251.

die höchste Ordnung zu halten. Sein ganzes Benehmen zeigte die höchste Aufmerksamkeit. Den Gensd'armes gab er einen Schutzbrief und wies seine Wache an, sie zu respektiren. Der Post gab er einen Kosacken zur Disposition und bis jetzt ist kein Excess, keine Beschwerde vorgekommen. Ich bat ihn um eine Sauve garde für das Gestüt, er antwortete mir: Wir sollen uns betragen wie in Freundes Land, es kann kein Excess vorkommen, wir bedürfen keiner sauve garden; und diese 24 Stunden sind wirklich ruhiger vergangen, als viele vorhergehende — — —. Gestern wurde auch Insterburg besetzt. In Tilsit hat man Infanterie auf Schlitten gesetzt und sie gerade auf Labiau transportirt. Der Rest der französischen Garde, der vorgestern Mittags erst von Insterburg abging, ist wahrscheinlich abgeschmitten. Eben das Lob der guten Manneszucht kommt von Tilsit und aus Pohlen. Der Kosacken Oberste lässt mich eben bitten, ihm ein Zeugnis über das Benehmen seiner Truppen zu geben. Ich bekenne die Wahrheit. Er äussert zugleich den Wunsch, dass das Betragen der Russischen Truppen bei uns bald Allerhöchsten Orts in Berlin bekannt werde*.)“

(Geh. St.-Archiv. Rep. 74.)

Polizeidirektor Flesche an Hardenberg.

Memel, den 27. Dezember 1812.

„— — — —. Wo die Russen bis jetzt in den Staaten Euer Königlichen Majestät gewesen sind, haben sie sich sehr gut benommen und alle Herzen gewonnen. Hier glaubt der grösste Theil der Einwohner, dass die Memel wohl wenigstens auf ewige Zeiten an Russland verbleiben wird, und die Russen sollen selbst geäussert haben, dass, wenn Preussen nicht selbst an seine Erhaltung alle Kräfte setzen wolle, die Weichsel Russlands künftige Grenze sein würde.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

*) Dieser Brief ist gedruckt bei Max Lehmann, Kuesebek und Schön S. 313 f.

Schreiben Schöns vom 28. Dezember 1812 an General v. Bülow.

(Er wiederholt zunächst fast wörtlich seinen Bericht vom 26. Dezember und fährt fort:)

„Den 26. früh kam von General Kutusow aus Tilsit der Auftrag hierher, die Russische Proklamation hier drucken zu lassen. Ich erklärte dem Kosacken Obersten, dass unseren Gesetzen nach hier nichts Politisches gedruckt werden dürfe, ich also nicht den Druck veranlassen könne. Diese Antwort schien er nicht gerne zu haben und sagte, ich möchte ihm dies schriftlich geben. Dabei hatte ich keine Bedenken und schrieb daher unter das Manuskript: Nach Preussischen Gesetzen darf nichts Politisches also auch dies hier nicht gedruckt werden. Nun liess er mir durch den französisch sprechenden Offizier sagen, er würde jetzt seine Befehle ausführen und die Druckerei mit Kosacken besetzen lassen. Und als er von mir war, schickte er einen Offizier und 10 Mann in die Druckerei und liess das Ding mit Gewalt drucken, befahl dem Bürger Meister, es anzuschlagen und liess es durch Kosacken in der Stadt vertheilen. Das Anschlagen unterliess der Bürger Meister. Am 26. Nachmittags schickte der Oberst seinen Adjutanten mit 5 Preussischen Gefangenen vom Leib Regiment, die er hier als Rekonvalescenten fand, zu mir und liess sagen, er glaube den Willen seines Kaisers zu erfüllen, wenn er die gefangenen Preussen frei gäbe, er schicke sie mir. Heute früh besuchten mich die Offiziere nochmals und nun rückten sie auf dem Wege nach Tilsit aus, erklärten aber dabei, dass sie in dieser Gegend blieben; wo sie hingingen, wollte man nicht bestimmt angeben.

Unser Korps soll gestern in Tilsit angekommen sein; es wäre also durch. Kutusoff soll gestern in Schreitlaugken gestanden haben, wo auch Wittgenstein erwartet ist. Der Strich, wo diese Korps das unsrige verfolgen, wird wahrscheinlich total verheert, und ich besorge, dass die Affären bei Tilsit einen übeln Eindruck auf das Benehmen der Russen haben können. Sie nehmen den Frieden mit uns als gewiss an, und Täuschung hierin würde ein sehr übeles Benehmen erzeugen.

Die Berufung der Beurlaubten und Krümper ist durch den Einmarsch der Russen ganz gehemmt. Sie erbrechen die Briefe, die man durch Ordonnanzen und Estafetten schickt. Es wäre also der einzige Weg, dass Euer Hochwohlgeboren Unteroffiziere zu diesem Zweck nach Masuren schickten. Die Russen hier meinten zwar, wir wären Freunde, aber ich

habe doch bemerkt, dass sie die Einziehung von Mannschaft nicht dulden würden und vielleicht die Landes Administration an sich ziehen würden. Einige Beurlaubte sollen schon ausgeplündert sein.

Ich muss daher Euer Hochwohlgeboren bitten, da von hier aus noch keine Sicherheit stattfindet, die Einberufung militairisch zu veranlassen. Die Russen lassen nur Posten in den von ihnen besetzten Theilen gehen.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Auszug aus dem Bericht des Regierungsrats Buchholtz.

Posen, den 30. Dezember 1812.

„Der panische Schrecken bei den Überresten der französischen Armee ist nach der Versicherung des Oberstleutnants v. Chlapowski so gross, dass 1000 Kosacken im Stande sein könnten, sie bis Paris zurück zu jagen. Ein bayerischer Major, der Graf v. Leiningen-Westerburg, erzählte mir gestern, dass von allen Reichsmarschällen auch nicht ein einziger ein Pferd gerettet hätte. Dem General Wrede hat ein Tambour, der in Wilna einen Beutel mit Goldstücken erbeutet hatte, soviel vorgeschossen, dass er seinen Marsch fortzusetzen im Stande gewesen ist. Wir Preussen sind für Jena gerächt, weil die damalige Retirade ein Triumphzug gegen die jetzige Flucht war. Als bei der letzten Feier des Geburtstages des Kaisers die Glorie über seinem Namenszuge vor dem Komödienhause herabstürzte, glaubte ich nicht, dass diese Vorbedeutung in vier Monaten eine schreckliche Wahrheit werden sollte und doch ist dem also. Von dem 1. Korps sind bis jetzt nur einige 100 Mann nach dem Brombergischen Departement gekommen, obgleich seine Stärke auf 60 000 angegeben wurde. — —

Von der gänzlich aufgelösten Armee treffen auch hier schon zerstreut von allen Waffen in den elendesten Umständen ein. Die meisten dieser Unglücklichen müssen sogleich in die überfüllten Lazarete gebracht werden, wenn sie nicht ein Opfer des Todes sein sollen. Nach den derben Lektionen in Russland ist es aber mit der ehemaligen Arroganz der Franzosen zu Ende. Doch sind die deutschen Bürger die einzigen, welche sich menschlich beweisen und auf das: Ayez la charité! der armen Teufel hören. Von den Polen werden sie mit dem empörendsten Widerwillen behandelt. Statt 300 angekündigter Russischer Kriegsgefangener vom Korps des Generals Reynier sind gestern 28 durch Posen gebracht. Reyniers Korps ist nach Warschauer Berichten, so gut wie die übrigen aufgerieben.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Auerswald an Schön.

Königsberg, den 31. Dezember 1812.

„Noch immer ist das Schicksal der hiesigen Provinz nicht entschieden. Der Herzog von Tarent steht in Tilsit mit dem Theil seines Korps, den er mitgebracht und wartete gestern noch auf die übrigen Kolonnen, von deren Lage er also nichts zu wissen scheint.

Die Kosacken schwärmen an vielen Orten, selbst einige Meilen von Königsberg, jedoch nur in ganz kleinen Trupps. Bei der Affaire bei Ragnit am 28. ist der Lieutenant v. Podsharly geblieben und der Rittmeister v. Zastrow und der Lieutenant Westphal sind gefährlich blessirt und gefangen.

Heute ist der General Eblé gestorben. Dieser Todesfall erregt grosse Verlegenheit, weil er nach dem Tode des Generals Riboisière Chef der ganzen französischen Artillerie geworden war. Täglich vermehrt sich die Zahl der Kranken im Uebermass. Ausser 8000 in den Lazareten befinden sich wenigstens noch ebenso viele in den Bürgerhäusern; und es fehlt an Fuhren sie wegzuschaffen, weil durch die jetzt zunehmenden Excesse der Flüchtlinge in der Provinz immer weniger sich auf den Etappenplätzen einfinden. — — — — —

Vor einigen Stunden war hier in der Nähe des Schlosses und der Nachbarschaft des französischen Platz Kommandanten ein Auflauf, der in eine Schlägerei zwischen den französischen Garde Grenadieren und preussischen Gens d'armes ausartete. Ein preussischer Wachtmeister von der Gens d'armerie arretirte zwischen der Hauptwache und der Wohnung des Kommandanten auf dem Münzplatz zwei französische Gardisten, welche ein Mädchen blessirt hatten. Als er sie eben abführte, begegnete ihm der französische General Michet. Dieser befahl ihm, sie los zu lassen, und als der Gens d'armes hierauf nicht achtete, kommandirte er die zahlreich versammelten Gardisten zum Angriff. Obgleich dieser mit ziemlicher Lebhaftigkeit aus geführt wurde, hieb sich der Gens d'armes doch mit wahrer Löwenstärke bis zur Wohnung des französischen Kommandanten durch, indem er mehrere Gardisten blessirt zu Boden streckte. In diesem Augenblick erschien der Major v. Nolting, Brigadier der preussischen Gens d'armerie mit mehreren Offizieren, worauf sich die Gardisten zerstreuten. General Michet wurde ersucht, mit zum Kommandanten zu kommen. Dies geschah auch, dort soll er sich entschuldigt haben und entlassen sein. Die

Hauptangreifer unter den französischen Gardisten wurden hierauf durch preussische und französische Wacht arretirt und, wie es heisst, soll einer von ihnen fusilirt werden.“

Tags darauf berichtet Auerswald an Hardenberg den bekannten, von Gustav Freytag, Max Lehmann u. a. erzählten Vorfall, bei dem ein französischer Gens d'armes vor den Fenstern des Königs von Neapel von den dort versammelten preussischen Kantonisten erschlagen wurde, weil er einen der Ihrigen mit dem Fuße zur Seite gestoßen hatte.

Regierungspräsident v. Wissmann an Hardenberg.

Marienwerder, den 6. Januar 1813.

„— — — — Es befanden sich am 4. Januar an (französischen) Truppen in der Provinz: 41 Divisions- und Brigade Generale, 495 Obersten und Bataillons-Chefs, 3895 Subaltern Offiziere, 29 146 Unteroffiziere, Gemeine und Bediente, incl. der im gleichen Range miteingerechneten Civilbeamten, also überhaupt: 33 577 Köpfe; ferner: 9714 Pferde, 49 Wagen, die jedoch nicht vollständig gezählt sind, 33 Stück Geschütze, incl. der in den Brückenköpfen.

Die auf der Nogat-Insel kantonnirenden Truppen sind nun doppelt lästig, und es ist zu erwarten, ob der Antrag, sie zurück zu ziehen, von dem König von Neapel genehmigt werden wird. Der König von Neapel hat übrigens 482 kranke Offiziers aus Marienburg nach Küstrin und Stettin beordert, und hier ist den kranken Offiziers Mewe für das 4. und Neuenburg für das 9. Korps zum Sammelplatz angewiesen worden, wohin sie mit vielem Widerwillen gehen. Dies und die Fortschaffung der häufig fieberkranken Soldaten ist ein Gegenstand der grössten Nothwendigkeit, da sonst epidemische Krankheiten unvermeidlich einreissen müssen. — — —.

Bewaffnet sind von den nachgewiesenen Truppen etwa $\frac{1}{5}$. Das ganze 9. Korps, bestehend aus 4 Divisionen, zählte nach einem eingesehenen Haupt Etat vom 4. d. Mts. 700 Bewaffnete, doch sind auch diese bei Weitem nicht Alle in gesundem und wehrhaftem Zustande.

Besinnung, Ordnung und Gehorsam sind gänzlich verloren, und die Mühe, die man anwendet, sie wieder zu erlangen, nach dem Eingeständnis von einsichtsvollen Offizieren fruchtlos.

Die durch den Frost beschädigten betragen etwa $\frac{3}{4}$ des ganzen, und davon werden mindestens $\frac{1}{4}$ nie, und $\frac{1}{4}$ sehr spät erst hergestellt werden. Der Ueberrest kann erst binnen Monatsfrist Dienst thun.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Bericht des Lazarettkommissarius, Hauptmann Louis v. Voß.

Elbing, den 7. Januar 1813.

„Die (französische) Infanterie kam um 2 Uhr Nachmittags an; man wollte auf dem Paradeplatz Lebensmittel austheilen, die Truppen erhielten aber Ordre gleich weiter zu gehen. Etwa 4—5000 Mann Infanterie mit einigen Kanonen bievuakirten auf dem Wege nach Brandenburg bei dem Dorfe Wendt eine Stunde von der Stadt. In Königsberg und vor der Stadt befanden sich damals insgesamt etwa 10000 Mann mit einigen Kanonen; unter diesen Truppen waren etwa ein Paar Hundert Mann Kavallerie in sehr schlechtem Zustande. Am 5. griffen die Russen die Allirten bei Brandenburg an. Zwar sollen die Ersten nach vielen Verlusten nicht gleich vorgedrungen sein, allein die Alliierten zogen sich doch auf Braunsberg zurück. Am 4. gegen Mittags wurden Geschütz, Kugeln und Pulver in den Pregel versenkt. Drei Schiffsladungen Schuhe wurden von den französischen Commissarien dem Publiko Preis gegeben. Es waren zur anderweiten Verteilung weder Zeit noch Transportmittel vorhanden, die Armee hatte sich schon im Frühjahr durch die gewaltsame Wegnahme der Pferde dieses Hilfsmittels beraubt. Am Wege zwischen Königsberg und Elbing lagen viele Kavallerie- Train- und Bauernpferde, auch einige Menschen. Viele schwere Kanonen, früher zur Belagerung von Riga bestimmt, standen verlassen auf den Landstrassen. Acht russische Pontons fand ich jenseits Braunsberg in einem Dorfe, es war noch Hoffnung vorhanden, diese weiter bringen zu können. Einige zwanzig preussische Pontons wurden den 6. von Elbing nach Graudenz gebracht. Train und Bagage mit den Kranken, welche gehen können, gehen fast ohne zu rasten die Strasse nach Elbing entlang. 260 französische Trainwagen stehen ohne Bespannung hier in der Stadt. Es befinden sich etwa 1500 Mann Infanterie hier, aber keine Kavallerie. Der König von Neapel hat hier noch sein Hauptquartier. Die französischen Magazine werden geleert und nach Danzig gebracht. Zwei Bataillons Infanterie kamen von Danzig heute nachmittag hier an. Die Weichsel steht noch und ist noch zu passiren. Es ist wohl gewiss, dass

das linke Weichselufer nicht behauptet werden kann, wahrscheinlich wird auch Marienburg nicht verteidigt werden. Gestern Abend waren 1348 Kranke hier, aber nur für 1000 Mann Fournituren vorhanden. Ich habe mich daher gegen jede Art von Kosten und Anschaffung von Fournituren und Untensilien aus Preussischen Kassen erklärt. Mangel an Transportmitteln würde es hier auch nicht erlauben, das Hospital zu evakuiren. Vielleicht kann dies dazu beitragen, die Stadt nicht etwa einer blossen Laune wegen zu verteidigen. Der nähnliche Fall könnte in Marienburg eintreffen, wo am 5. Abends ebenfalls 1398 Kranke gewesen sind.“

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

Die großen Ereignisse vom Dezember beschloß am vorletzten Tage des Jahres diejenige Tat, die bestimmt sein sollte, den Anstoß zu der gewaltigen Erhebung von 1813 zu geben, die Konvention Yorcks mit dem russischen General Diebitsch in der Poscheruner Mühle. Die Nachricht davon war einen Tag darauf in Tilsit, zwei Tage später in Königsberg. Von der bevorstehenden Wahrscheinlichkeit einer Konvention hatte Yorck den König schon vorher unterrichtet, so dass dieser bereits am 2. Januar darauf vorbereitet war. Die Nachricht von dem Abschluß kam am 4. abends nach Berlin, und zwar durch den französischen Adjutanten Macdonalds, an den Gesandten St. Marsan. Der Abgesandte Yorcks, Major v. Thiele, hatte einen Umweg über Gumbinnen machen müssen und traf erst am 5. Januar morgens im Palais des Königs in Berlin ein. Wie der König, noch umgeben von den Bajonetten der französischen Besatzung Berlins, die Mitteilung aufnahm, ist hinreichend bekannt. Er konnte im Augenblick wohl nicht anders handeln, als der Konvention seine Zustimmung verweigern und Yorck zur Verantwortung ziehen. Wie er innerlich dachte und wie die Tat Yorcks sicherlich auch in seinem Herzen die erste Hoffnung auf Befreiung von der Fremdherrschaft aufkeimen ließ, darüber hat des Königs zweiter Sohn, der spätere Kaiser Wilhelm der Große, ausführlich erzählt*).

*) Pertz, Leben Gneisenaus III, 732 ff.

Auerswald an Hardenberg.

Königsberg, den 7. Januar 1813.

„Den 4. Abends gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr verliessen die letzten französischen Truppen still und ruhig die hiesige Stadt und eine halbe Stunde später kamen Kosacken herein, die, ausser dass sie mehrere Traineurs in den Strassen theils gefangen nahmen, theils niederstachen, sich allmählich ganz ruhig in der Stadt verbreiteten. In der Nacht hatten sich mehrere russische Truppen auf der linken Seite des Pregels um die Stadt gezogen und die Franzosen verfolgt. Bei Brandenburg erst kam es zu kleinen Gefechten mit der Arrièregarde, wobei von den Russen einige Kanonen und Bagagewagen genommen und etwa 100 Gefangene gemacht worden sind. Brandenburg ist von den französischen Truppen geplündert. Wie es auf dem weiteren Rückzuge geworden, weiss ich noch nicht. Rückwärts nach Labiau und Tapiau zu sind mehrere Plünderungen von den französischen Truppen geschehen. In Labiau ist beim Auffliegen zweier Pulverwagen nur ein Haus abgebrannt, eine Weibsperson bei den Gefechten in der Stadt getödet, und ein preussischer Chirurgus verwundet. Vorgestern gegen 4 Uhr Morgens rückten mehrere Russische Truppen unter dem General Grafen v. Sievers hier ein, dem nach einigen Stunden die Generale Kutusow, Schepelow, Lapuchin, Igelström pp. folgten. Fast alle angekommenen russischen Truppen marschirten gestern wieder ab zur Verfolgung der Franzosen. Der General v. Diebitsch kommandirt die erste Avantgarde.

Was die Magazin Vorräte betrifft, so ist ihm gesagt worden, dass diese uns wieder zurückgegeben worden wären, und wir sie den Kaufleuten, die sie noch nicht bezahlt bekommen, überlassen hätten, also keine französischen Magazin Vorräte hier wären. Die französischen Militair Effekten, Kanonen und Munition wären aber von den Franzosen vernichtet. Hierbei hat man sich vorläufig beruhigt. Excesse sind hier noch nicht vorgefallen, ausser dass einige Lazarete von den Kosacken geplündert worden. Auf die erste Nachricht hiervon hat der Graf Sievers Wache gegeben. Nach den Äusserungen der Russischen Generale werden die russischen Korps vorläufig bis an die Weichsel vorrücken und dort abwarten, was preussischerseits geschehen wird. Nach den preussischen Kassen ist hier noch keine Nachfrage geschehen, doch hat man in Memel auf die Accise- und Salz Kassen Beschlag gelegt, aber ohne etwas zu nehmen. Die Russen betragen sich noch immer sehr freundschaftlich und begehren, einzelne Vorfälle abgerechnet, keine Excesse. Da

indessen bis jetzt keine Ordnung in der Verpflegung und Bequartierung beobachtet wird, so entstehen dadurch für einzelne Gegenden doch grosse Nachteile.

Die Stimmung in der Provinz ist, da das Betragen der Franzosen noch unendlich viel drückender gewesen, ganz für die Russen, doch ist es bis jetzt noch gelungen, öffentliche Ausbrüche dieser Stimmung zu verhüten. Fast allgemein hofft man hier, dass man preussischerseits sich an die Russen anschliessen werde und auf diese Weise die Provinz vor dem Wiederkommen der Franzosen sichern werde, von denen nun die fürchterlichsten Ausübungen der Rache zu erwarten sein dürften, da die fast allgemeine Stimmung für die Russen den Franzosen nicht unbekannt geblieben sein kann, und sie über die Konvention des Generallieutenants v. York auf's äusserste erbittert sind, wie sie sich vor dem Abmarsch auch häufig geäussert haben.

Es sind noch preussische Militär Effekten geblieben, welche sowohl als die preussischen Kanonen, Gewehre und Munition in Pillau der General v. Bülow nachgeschickt verlangt. Indessen ist dies zu bewirken unmöglich, da nirgends mehr durchzukommen ist, und da die Franzosen schon einige Tage vor ihrem Abmarsch keine Fuhren mehr aus der Stadt liessen, so war seit dem Abmarsch des Generals v. Bülow jeder Rücktransport unausführbar. Bedeutende russische Truppen-Abteilungen sind auch schon gegen Pillau vorgertückt.

Mehrere Kantonisten Trupps, die sich seit den drei letzten Tagen noch versammelt gehabt, haben aus gleichen Gründen vorläufig nach Hause geschickt werden müssen. Russischerseits hat man gleich nach dem Einmarsch den Postenlauf nach der Weichsel zu und vorwärts in die Provinz gehemmt.

(Geh. St.-Archiv Rep. 74.)

(Schluß folgt.)

Preussens Finanzpolitik im Lichte der Tresorscheine.

Von **v. Schimmelfennig.**

Vorbemerkungen.

Der folgende Aufsatz, aus dem einzelnes im Jahr 1888 im „Sammler“ veröffentlicht ist, enthält eine quellenmäßige Darstellung der im Zusammenhange überhaupt noch nicht behandelten Geschichte des preußischen Papiergeldes, die für die Kenntnis der Entwicklung preußischer Finanzpolitik von wesentlicher Bedeutung ist.

Die darin mitgeteilten Tatsachen sind größtenteils den einschlägigen, vorher von niemand durchforschten Akten des Geheimen Staatsarchivs entnommen. Danach sind die diesbezüglichen Angaben wohl aller geschichtlichen Werke und Einzeluntersuchungen zu ergänzen und zu berichtigen. So schreibt, um nur ein Beispiel aus zahllosen herauszugreifen, Pierson, im Jahre 1809 habe Hardenberg 16 Millionen Taler Papiergeld ausgegeben. Es sind aber damals überhaupt nur 2055300 Eintalerscheine hergestellt und davon nur 336188 Taler in den Verkehr gekommen. Bei solchen ungeheuerlichen Unstimmigkeiten in bezug auf die Grundlagen sind natürlich auch die aus der Papiergeldwirtschaft Preußens gezogenen Folgerungen gleichermaßen unrichtig. Das ist um so weniger auffällig, als sogar die offiziellen Angaben aus leicht begreiflichen Gründen nicht immer zutreffend sind. Da läßt sich eben Klarheit nur auf Grund der Akten und Quellen gewinnen. Daß dies bisher nicht geschehen ist, liegt wohl darin, daß die für diesen Auf-

satz benutzten Akten unter einem Titel aufbewahrt sind, der von dem Historiker im allgemeinen kaum beachtet wird, nämlich meist sub rubro Tresorschein-Angelegenheiten und ähnliches.

Mammoth, der die sämtlichen, für sein Werk über die Geschichte der preußischen Staatsbesteuerung 1806 bis 1816 benutzten Akten nach ihrer genauen Bezeichnung anführt, nennt darunter diese Akten nicht.

Ebenso sind sie Krug (Geschichte der Preußischen Staatsschulden Breslau 1861) unbekannt geblieben, wie sich aus zahlreichen Stellen seines Buchs ergibt, so z. B. S. 52f., wo er es merkwürdig findet, daß die französische Behörde die Bekanntmachungen wegen der Tresorscheine unbeanstandet gelassen habe.

Die in Abschnitt IX behandelte, sehr interessante Episode aus der Geschichte des Kammergerichts ist meines Wissens bisher nicht bekannt geworden, jedenfalls weder von Stölzel, noch in der verdienstvollen ausführlichen Geschichte des Kammergerichts von Holtze mitgeteilt.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Preußische Finanznöte zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Vorschlag der Einführung von Papiergeld	401
II. Allgemeines über Repräsentativgeld	402
a) China	402
b) Notgeld	402
c) Scheidemünze in Preußen	403
d) Staatspapiergeld in Europa	404
III. Preußisches Papiergeld vor 1806	406
a) Projekt 1768	406
b) Herstellung von Papiergeld 1798	407
IV. Vorgeschichte der Emission 1806	408
a) Anleihe oder Papiergeld	408
b) Kabinettsorder vom 15. Oktober 1805	410
c) Entwürfe der Verordnung	412
V. Fabrikation	413
VI. Verordnung vom 4. Februar 1806	414
a) Inhalt der Verordnung	414
b) Kennzeichen der Tresorscheine	415
VII. Geringer Umlauf der Tresorscheine	419
VIII. Sinken des Kurses	420
IX. Drohende Aufhebung des Kammergerichts	421
X. Emission von 1809	432
a) Schwierige Finanzlage	432
b) Vorschlag der Emittierung von Talerscheinen	432
c) Fabrikation	433
d) Verordnung vom 4. Dezember 1809	434
e) Zirkulation	435
XI. Gesetzgebung von 1811 bis 1820	436
XII. Die sächsischen Kassenbilletts von 1804	440
XIII. Einziehung der Tresorscheine und Kassenbilletts	442
a) Vorschriften	442
b) Ausführung	443
c) Fälschungen	446
XIV. Die Kassenanweisungen von 1824	447
XV. Die späteren Emissionen	449

Finanznöte.

Von einer preußischen Staatsschuld im eigentlichen Sinne kann man erst seit den schlesischen Kriegen Friedrichs des Großen sprechen. Erst die schlesischen Schulden wurden als solche des ganzen Staates angesehen und behandelt, nicht mehr als Kommunal- und Provinzialschulden, wie die der anderen Landesteile. Mit diesen schlesischen Schulden übernahm Preußen die ersten ausländischen Anleihen, die bei den holländischen Untertanen W. G. Deutz, Georg Clifort & Sohn und bei dem englischen Staat von Oesterreich kontrahiert waren. Den eigenen außerordentlichen Geldbedarf deckte Friedrich II., abgesehen von der noch zu erwähnenden Münzverschlechterung, durch inländische Zwangsanleihen, die teils noch während seiner Regierungszeit zurückgezahlt wurden, teils 1820 noch nicht vollkommen erledigt waren. Jedenfalls befand sich, als Friedrich Wilhelm II. zur Regierung kam, das Finanzwesen in guter Ordnung, der Staatsschatz war gefüllt, so daß der bald darauf unternommene holländische Feldzug trotz seiner erheblichen Kosten keine außerordentlichen Finanzoperationen notwendig machte. Immerhin wurden dadurch die Ersparnisse aufgezehrt, und der Feldzug in der Champagne führte zu finanziellen Schwierigkeiten und im April 1793 zu der ersten ausländischen Anleihe durch das Handelshaus von Willemer & Comp. in Frankfurt a. M. Diese, zum Betrage von allmählich über sieben Millionen Taler, wurde bis Anfang Juli 1796 eingelöst, freilich zum nicht geringen Teil aus neuen, anderweit gemachten Schulden, so den beiden holländischen, den beiden Kasseler, der Lotterie-Anleihe in Frankfurt, der Tabaks-Aktien-Anleihe von 1797 und anderen. Die anfangs recht günstigen Bedingungen, zu denen diese Anleihen untergebracht werden konnten (die erste bei Willemer kostete nur wenig über 5 Prozent), ver-

schlechterten sich mehr und mehr, mit dem Erwerb von Südpreußen und Danzig mußten mehrere Millionen Taler Schulden auf die Staatskasse übernommen werden, so daß schließlich am Ende des Jahres 1804 eine Staatsschuld von 24780220 Taler vorhanden war (gegen 5200338 Taler im Jahr 1794).

Im Jahr 1805 waren außerordentliche finanzielle Bedürfnisse mit Sicherheit vorauszusehen, die ungünstigen politischen Verhältnisse Preußens, die seinen Geldkredit im Auslande schädigten, erschwerten die Beschaffung der Mittel, und so wurde die Ausgabe unverzinslichen Papiergeldes vorgeschlagen.

Allgemeines über Papiergeld.

China.

Dieser Vorschlag enthielt nichts vollkommen Neues. Man mag hierbei absehen von den Chinesen, die ja die Priorität einer großen Zahl von Erfindungen für sich beanspruchen, wie die des Schießpulvers, der Buchdruckerkunst, des Kompasses, der Spielkarten usw. Bei ihnen soll es bereits im Jahre 111 v. Chr. ein sogenanntes Repräsentativgeld aus dem Leder des weißen Hirsches gegeben haben, und sicher bezeugt ist die Existenz chinesischen Papiergeldes durch Marco Polo, der von seiner im Jahre 1271 unternommenen Reise nach China Proben solcher Banknoten nach Venedig mitbrachte. Der Zwangskurs wurde ihnen in recht wirksamer Weise dadurch gesichert, daß nach einer auf die Scheine gesetzten Bemerkung auf Annahmeverweigerung Todesstrafe stand. Eingelöst ist dieses Papiergeld übrigens bisher überhaupt noch nicht.

Notgeld.

Unberücksichtigt muß ferner bleiben das sogenannte Notgeld im engeren Sinne, das, wie es der Name sagt, in Fällen dringender Not, meist bei Einschließungen befestigter Städte, durch deren von dem Verkehr abgeschnittene Behörden oder Kommandanten unter Verwendung der mannigfaltigsten Substrate hergestellt wurde. Das älteste bekannte Beispiel datiert aus dem

Jahr 1241, in dem die Belagerung von Faëenza den Hohenstaufen Friedrich II. zur Ausgabe von Notgeld veranlaßte. Aus der Neuzeit mag hier beiläufig das bei der Belagerung von Kolberg im Jahr 1807 von dem Königlich preußischen Gouvernement in den Verkehr gebrachte Notgeld erwähnt werden, dessen Einlösung durch den Stempel des Gouvernements und die Unterschrift des Kommandanten Nettelbeck garantiert wurde. Es handelte sich hierbei um die bescheidenen Werte von 2, 4 und 8 Groschen (25, 50 Pf. und 1 Mark), für die kleine Pappstückchen mit handschriftlichen Wertvermerken ausgegeben wurden.

Scheidemünze in Preußen.

Notgeld im weiteren Sinne hat es zu den verschiedensten Zeiten und in den verschiedensten Staaten gegeben. Nicht zur Erleichterung des Verkehrs, der auch heute noch die sogenannte Scheidemünze dient, sondern als Mittel zur Rettung aus drückender Finanznot ist vielfach Geld aus minderwertigem Metall ausgegeben, dessen Umlaufsfähigkeit lediglich auf der Verpflichtung des Staates beruhte, es später zum vollen Werte einzulösen. Dieser Verpflichtung zur Rückzahlung der damit auferlegten Kriegssteuer haben sich freilich die Staaten in vielen Fällen nachher entzogen. So wurden durch das preußische Münzedikt vom 29. März 1764 unter Wiederherstellung des Münzfußes vom 14. Juli 1750 die während des Siebenjährigen Krieges seit dem 22. Februar 1757 ausgegebenen geringhaltigen Münzen („außen gut und innen schlimm, außen Fritz und innen Ephraim“ nach dem Königlichen Hofjuwelier Veitel Ephraim, der seit 1758 die Ausprägung in den preußischen Münzstätten in Sachsen, namentlich in Dresden besorgte) teils gänzlich verurufen, teils auf ihren wirklichen Metallwert herabgesetzt. Da dieses Mittel zur Füllung der Staatskassen nicht ausreichte, wurden sehr minderwertige Scheidemünzen in Silber und Billon weitergeprägt, die in diesem Fall nicht nur dem Kleinverkehr dienten, sondern in oft lange Zeit ungeöffnet kursierenden Beuteln zu 100 und sogar 500 Taler bei großen Zahlungen verwendet

wurden. Über die Verfälschung dieser Beutel und ihres Inhalts mußten besondere Strafbestimmungen erlassen werden (Gesetz vom 9. Dezember 1826). Diese Scheidemünzen wurden dann später durch Publikandum vom 4. Mai 1808 auf $\frac{2}{3}$ und darauf durch Edikt vom 13. Dezember 1811 um noch weitere $\frac{2}{10}$ ihres Nennwertes herabgesetzt. Es handelte sich bei diesen letzteren Maßregeln um den nicht unerheblichen Betrag von 45 179 193 Taler 8 Gr., die in der Zeit von 1764 bis Ende Oktober 1805 an Scheidemünze geprägt waren, während in der gleichen Zeit die Ausmünzung des Kurantgeldes sich nur auf die verhältnismäßig nicht bedeutende Summe von 96 546 973 Taler 13 Gr., also nur auf wenig mehr als das doppelte belief.

Staatspapiergeld in Europa.

Wirkliches Staatspapiergeld (Banknoten kamen auch schon früher vor) hat es im Abendlande seit 1695 gegeben, wo sich Norwegen den Ruhm erwarb, als erster Staat dieses heute unentbehrliche Zahlungsmittel eingeführt zu haben. Dänemark fing 1736 an, Papiergeld zu „kreieren“, obgleich es damals 10 Millionen baren Geldes besaß. Schweden, wo die ersten Banknoten 1656 ausgegeben wurden, hatte schon seit Anfang des 18. Jahrhunderts eine zinsfreie Anleihe aufgenommen, wenn auch nicht durch Ausgabe von Papiergeld im engeren Sinne, so doch, was praktisch für den Staat auf dasselbe herauskam, durch Prägung von Kupferplatten mit dem Zwangskurs von einem oder mehreren Talern, und hatte es dabei in den Jahren 1716 bis 1719 auf die immerhin recht respektable Summe von 600 Millionen Kupfertaler (150 000 000 Mark) gebracht. Auch Rußland suchte sich in den Jahren 1658 bis 1663 und ähnlich auch 1768 aus drückender Finanznot durch die übermäßige Ausgabe von Kupfergeld zu helfen, dessen Entwertung der des Papiergeldes fast gleichkam und neben dem seit 1768 Rubelassignaten in Umlauf waren, die namentlich seit 1786 immer mehr vermehrt dementsprechend im Preise sanken. Spanien besaß seit 1784 eine Art von Papiergeld „vales reales“, das

allerdings mit 4 % verzinslich war und dessen Gesamtbetrag allmählich bis auf die Summe von 1490 Millionen Real oder 57 Millionen Mark stieg. Oesterreich erklärte im Jahr 1811 seinen Staatsbankrott durch Devaluation seines Papiergeldes auf den fünften Teil des Nennwerts, für den es gegen neues, auch bald entwertetes Papiergeld (die „Wiener Währung“) eingelöst wurde. In Frankreich, wo der Papiergeldschwindel es zur höchsten Blüte brachte, hatte die am 2. Mai 1716 gegründete, staatlich privilegierte Banque générale (John Law), die im Dezember 1718 unter dem Namen Banque royale in eine Staatsanstalt umgewandelt wurde, Noten für 2,7 Milliarden Francs ausgegeben, als im Jahr 1720 der Zusammenbruch erfolgte. Siebzig Jahre später wurde zur Tilgung der Nationalschuld die Ausgabe von Papiergeld von der Nationalversammlung beschlossen und dieser Beschluß am 19. April 1790 vom König bestätigt. Die darauf mit der zweifelhaften Sicherheit der domaines nationaux ausgegebenen Assignaten erreichten im Jahr 1796 bereits die stattliche Höhe des Nennwerts von 45 581 411 618 Livres (nach damaliger Landeswährung der livre tournois gleich 1,001 146 heutige Francs), die laut Beschluß vom 19. Februar 1796 von dem Direktorium gegen die „mandats“ im Verhältnis von 1 zu 30 eingelöst wurden; die letzteren wurden dann allmählich völlig wertlos, und damit fanden auch die, trotz der auf Nachahmung gesetzten Todesstrafe, unglaublich zahlreichen, durch die primitive Herstellung sehr erleichterten Fälschungen ihr Ende.

Diese Fälschungen bilden auch sonst eine sehr bedenkliche Begleiterscheinung des Papiergeldes, namentlich wenn es in großen Mengen im Umlauf ist und vom Staat wenig oder gar nicht durch Einlösung und Vernichtung dem Verkehr entzogen wird. Besonders haben darunter zu leiden die Vereinigten Staaten von Nordamerika (wo die Kolonie Massachusetts schon seit 1690 Papiergeld in übermäßiger Menge ausgegeben hatte und das von der Gesamtheit der Kolonien emittierte sogenannte Kontinentalgeld 1781 fast wertlos ge-

worden war) mit ihren berüchtigten greenbacks und Rußland, wo z. B. während einer einzigen Messe in Nishnij-Nowgorod nicht weniger als zwei Millionen falscher Rubelscheine in Umlauf gesetzt sein sollen.

Preussisches Papiergeld vor 1806.

Projekt 1768.

In Preußen gab es Banknoten bereits seit 1766, in welchem Jahr die 1765 gegründete Königliche Bank in Berlin, eine reine Staatsbank, das Recht der Notenausgabe erhielt, ein Recht, das übrigens 1806 aufgegeben wurde und niemals erheblichen Umfang gehabt hat. Die Ausbildung dieser Staatsbanknoten zu Staatspapiergeld mit Zwangskurs wurde 1768 von einem gewissen Clément vorgeschlagen, der dem König riet, von Staats wegen eine Giro- und Zettelbank einzurichten, bei der sich jeder für bares Geld ein Folium eröffnen oder Bankzettel kaufen könnte; es sollten sodann alle Zahlungen im ganzen Umfange der Monarchie, welcher Natur sie auch immer sein mochten, wenn sie die Summe von 150 Taler überstiegen, bei schwerer Strafe nicht weiter in barem Gelde, sondern einzig und allein entweder mit Bankzetteln oder durch Ab- und Zuschreibung bei der Bank geleistet werden.

Dieser Plan fand bei Friedrich II. trotz der damaligen bedrängten Finanzlage, wie sie schon in der oben erwähnten Prägung minderwertiger Münzen zutage trat, keinen Beifall, aus welchen Gründen, ist nicht bekannt. Es ist wohl denkbar, daß dabei die Ansicht maßgebend gewesen ist, die mehrere Jahrzehnte später der Minister Reichsfreiherr vom Stein in seinem Bericht an den König Friedrich Wilhelm III. vom 2. Dezember 1805 zum Ausdruck bringt, daß die Ausführung dieses Projekts dem auswärtigen Handel einen tödlichen Streich versetzen, die Industrie zum Stillstand bringen, den ganzen inneren Verkehr lähmen, den ganzen Staatshaushalt zerrütten und alles in Gefahr bringen würde. Wahrscheinlich ist es aber,

daß man von diesem Projekt Abstand nahm, weil man hoffte, der Finanznot durch die Verschlechterung der Münzen Herr zu werden und weil, unter der Voraussetzung, daß die geringwertige Valuta ihre Zahlkraft behielt, im Staatsschatz größere Beträge von Bargeld vorhanden waren. So lagen, wie der Minister Blumenthal berichtet, am 1. Juni 1764

in dem großen Tresor 15 645 304 Taler 12 Gr. 2 Pf.

in dem kleinen Tresor 638 892 " — " — "

Zusammen 16 284 196 Taler 12 Gr. 2 Pf.,

natürlich fast alles in der oben beschriebenen Münze ohne inneren Wert. Möglicherweise wollte man auch den Banknoten der Königlichen Bank nicht Konkurrenz machen.

Herstellung von Papiergeld 1798.

Trotz aller dieser Bedenken und trotz der übelsten Erfahrungen, die man inzwischen in Frankreich mit den Assignaten gemacht hatte, wurde der Plan, wenn auch in anderer Form, im Jahr 1798 verwirklicht. In dieser Zeit war in Aussicht genommen, „Tresorscheine“ zum Gesamtbetrage von 10 000 000 Taler zu fabrizieren, und zwar für 2 000 000 zu 1 Taler, 4 000 000 zu 5 Taler, 2 000 000 zu 50 Taler und 2 000 000 zu 100 Taler. Es sind jedoch nur vollendet 10 000 Bogen (zu 20 Stück) zu 1 Taler und 3500 Bogen (ebenfalls zu 20 Stück) zu 5 Taler. Die Herstellung der Scheine zu 50 und 100 Taler war bereits in Angriff genommen, als aus nicht mehr bekannten Gründen im Jahr 1799 die Fabrikation sistiert wurde. Das dazu bestimmte Papier, bedrucktes, wie unbedrucktes, sowie die Formen, Utensilien usw. wurden im Tresor deponiert. Das darüber zu erlassende Edikt ist Entwurf geblieben.

Das für die Scheine benutzte Papier war von der heute noch bestehenden Papierfabrik von Ebart in Spechthausen geliefert, die auch das Faser-Papier für die Reichskassenscheine und Reichsbanknoten hergestellt hat.

Die für die Zeichnungen verwendeten, schlecht geschnittenen Holzstöcke rührten von dem bald darauf, jedenfalls vor 1805,

verstorbenen Professor Unger her, der daran geheime Zeichen zur Unterscheidung der echten von den falschen Scheinen angebracht hatte. Bei Einstellung der Fabrikation wurde das Geheimnis mit den Scheinen zusammen versiegelt deponiert. Im übrigen hat die Kehrseite der Kupferstecher Johann Friedrich Frick und die Vorderseite der Stahlschneider Johann Christoph Gubitz mit seinen beiden Söhnen, dem Lehrer der Holzschnidekunst Friedrich Wilhelm Gubitz und dem Holzschneider Friedrich August Gubitz bearbeitet. Die Scheine tragen die faksimilierten Unterschriften der drei Minister Graf v. Blumenthal, v. d. Schulenburg und v. Struensee. Über das sonstige Aussehen ist nichts bekannt, als daß die „Arabesken“ der Scheine zu 50 und zu 100 Taler mit geringen Veränderungen dieselben waren, wie die der gleichen Scheine der späteren Emission, und daß die Namensunterschrift v. d. Schulenburg ebenfalls beibehalten wurde.

Die über die Fabrikation angelegten Akten und sonstigen Papiere sind von dem Staatsminister v. Struensee versiegelt und den Tresor-Ministern Graf v. d. Schulenburg und v. Blumenthal übergeben. Von diesen hat sie dann am 5. November 1799 der Geheime Rat Zenker erhalten. Darauf sind sie von der Kassen-Registatur des Finanzministeriums dem Rechnungsrat Wentzel überliefert, und dann ist über ihren weiteren Verbleib nichts festzustellen. Jedenfalls waren sie schon lange vor 1805 spurlos verschwunden.

Da die im Tresor deponierten gedruckten Scheine für die spätere Emission aus verschiedenen Gründen nicht verwendet werden konnten, sind sie am 6. Juni 1806 verbrannt, und die Formen sind eingeschmolzen.

Vorgeschichte der Emission 1806.

Anleihe oder Papiergeld.

Unter den Mitteln, die 1805 zur Hebung der Finanznot in Aussicht genommen wurden, standen zwei in erster Reihe, die Aufnahme einer oder mehrerer Anleihen und die Ausgabe

von Papiergeld. Unter dem 25. September 1805 macht der Minister v. d. Schulenburg dem König den Vorschlag, eine Anleihe in Hamburg, Amsterdam und Leipzig aufzunehmen. Er riet, den Plan dazu ausarbeiten zu lassen von dem Geheimrat L'Abaye und dem Bankier Liebmann unter Oberleitung des Freiherrn v. Stein, dessen Zurückberufung, wie der Geheime Kabinettsrat Beyme am Tage vorher aus Paretz an v. d. Schulenburg auf Grund einer Mitteilung des Oberstleutnants v. Kleist schreibt, der König befohlen hatte. Am 28. September 1805 wies der König demgemäß den Freiherrn v. Stein an, die empfohlene Anleihe zum Betrage von vorläufig 10 Millionen Taler zu beschaffen und außerdem eine besondere Anleihe und zwar „so viel als möglich“ vom Kurfürsten von Hessen aufzunehmen. Er versichert dabei v. Stein seines vollen Vertrauens und weist ihn ferner an, sich wegen dieser Anleihen „ins Einvernehmen zu setzen mit dem General Grafen v. d. Schulenburg, der die Geldpartie des Staates im ganzen übersieht, dem Freiherrn v. Hardenberg, der den Gang der Politik leitet, und dem Generalleutnant v. Gensau, der die Bedürfnisse der Armee kennt“.

Unmittelbar darauf, am 30. September 1805, schreibt v. d. Schulenburg an v. Stein: „Ich fürchte, daß, wenn die Anleihe nicht sehr gut vonstatten geht, doch Papiergeld, so sehr ich es auch hasse, das ultimum refugium sein wird, und stelle daher anheim, ob Euer Exzellenz nicht die über diesen Gegenstand bei dem Geheimen Kriegsrat Alberti vorsehenden Akten abfordern wollen.“

Diese Anregung bezog sich auf die, wie oben schon erwähnt, damals bereits verloren gegangenen Akten über die Papiergeld-Fabrikation von 1798.

Die beabsichtigte Anleihe kam zwar zustande, jedoch sehr langsam und auch nicht in genügender Höhe, so daß die Befürchtung v. d. Schulenburgs sich bewahrheiten mußte.

Der Anstoß hierzu war gegeben durch einen Bericht des Geheimrats L'Abaye vom 25. September 1805, in dem er

vorschlug, Papiergeld, und zwar in der seiner Meinung nach genügenden Höhe von 10 Millionen Taler zu emittieren, damit die Seehandlung, bei der den Schulden von etwa 18 Millionen Taler 13 Millionen Taler Forderungen an den Staat gegenüberständen, im Falle des Krieges und plötzlicher Kündigung der Kapitalien damit zahlen könne.

Durch Bericht vom 9. Oktober 1805 sprach sich auch Stein, der, wie er sich anderwärts äußerte, das Papiergeld an und für sich für kein Übel hielt, für die Emittierung einer den Bedürfnissen der Zirkulation angemessenen Menge von Papiergeld aus; als solche bezeichnet er die Summe von 5 Millionen Taler, indem er seinen Berechnungen unter anderm die auf 14 220 128 Taler veranschlagten Kosten eines einjährigen Feldzugs zugrunde legt.

Diesen Bericht sandte Schulenburg am nächsten Tag an Beyme, indem er sich seinerseits dahin aussprach, er halte es für zweckmäßig, 20 Millionen Taler Papiergeld zu kreieren, jedoch anfänglich nur 10 Millionen in Umlauf zu bringen, die ein Jahr nach wiederhergestelltem Frieden gegen Staatsobligationen zu 4 $\frac{0}{10}$ eingetauscht werden könnten.

Kabinettsorder vom 15. Oktober 1805.

Ein sehr weitläufiges, philosophisch gehaltenes Gutachten von Beguelin vom 15. Oktober 1805 wurde durch die Tatsachen überholt, denn am gleichen Tage erließ der König zu Paretz eine Kabinettsorder, in der die Kreierung von Papiergeld zum Betrage von 20 Millionen Taler angeordnet wurde. Die Scheine sollten von den öffentlichen Kassen mit großer Vorsicht gegen etwaige Unterschleife der Rendanten angenommen werden. Die Königliche Seehandlung soll autorisiert werden, das Papier mit 3 $\frac{0}{10}$ Zinsen anzunehmen und darüber Obligationen auszustellen, die erst nach dem Frieden mit etwa 1 Million Taler jährlich abgetragen werden dürften.

Diese Kabinettsorder teilte Stein in einem eigenhändigen Schreiben vom 16. Oktober 1805 dem Grafen Schulenburg mit

und regte dabei noch an, Natural-Lieferungen zu den Mehl- und Fourage-Magazinen ganz oder teilweise in Empfangscheinen, nicht in Papiergeld zu bezahlen. Dieser Vorschlag fand nach der Antwort vom 17. Oktober 1805 keine Billigung.

Eine wesentliche Ergänzung der Kabinettsorder befürwortete Schulenburg in seinem Bericht vom 16. Oktober 1805, dahingehend, daß das Papiergeld von allen Kassen als bares Geld angenommen werden müsse.

Der Plan war inzwischen wohl in weiteren Kreisen bekannt geworden und fand theils Zustimmung, theils Ablehnung, theils wurden auch Ausführungsvorschläge gemacht.

Zu den letzteren gehörte z. B. der von Piquot in einem Schreiben aus Wien vom 16. Oktober 1805 angeregte Gedanken, Papiergeld zu emittieren, wie in Oesterreich nach der Banko-Lotterie-Verordnung vom 5. Oktober 1805. Darauf versuchte Alberti, Erkundigungen einzuziehen über die Art der Herstellung und Verwendung der Bankozettel, aber ohne Erfolg.

Auch später, als die Fabrikation schon längst im Gange war, fanden sich der ungebetenen Ratgeber noch manche. So riet am 14. April 1806 der Kaufmann und Zichorien-Fabrikant Knochenhauer aus Potsdam, zum Schutz vor Fälschungen die sämtlichen Scheine von dem Akzise-Stadtinspektor de Grosellius querdurch beschreiben zu lassen, da dieser eine sehr schwer nachzuahmende Handschrift hätte. Am 8. Mai 1806 übersandte ein gewisser Perrin aus Paris Papierproben für Bankzettel mit andersfarbigem Wasserzeichen, die nach einer Prüfung durch den Sachverständigen Frick ganz unverwendbar waren. Den abenteuerlichsten Vorschlag jedoch machte am 15. Mai 1806 der Fabrikant Eberhardt aus Magdeburg, der selbstfabrizierte Papierproben für Tresorscheine aus dickem, brüchigem, dunkelgraubraunem Packpapier einschickte.

Zu einem sehr langen, vom 6. November 1805 datierten Gutachten eines Herrn v. Schleinitz über die Natur des Papiergeldes überhaupt, dessen Vorzüge und Nachteile und die bei der Emission zu treffenden Maßregeln macht Stein die

interessante Randbemerkung, die zu emittierende Summe solle nicht vorher bekannt gemacht werden, weil das die Einbildungskraft des Volkes verstreue.

Ein Gutachten des Königlichen Kammerherrn v. Keith gegen die Verwendung des Papiergeldes als Kriegssteuer ist am 21. November 1805 ablehnend beantwortet.

Entwürfe der Verordnung.

Das nächste Stadium der Vorbereitung bildet nun der Entwurf der Verordnung und Versicherung wegen der nach und nach in Umlauf zu bringenden Tresorscheine zu 1, 5, 50 und 100 Taler, der im Laufe des November 1805 zustande kommt und mit Beymes Bemerkungen vom 30. November 1805 am 2. Dezember 1805 von Stein dem König eingereicht wird. Dieser äußert sich am 7. Dezember 1805 im wesentlichen einverstanden, macht aber noch einige Bedenken geltend. Gutachten des General-Bankdirektoriums, der Justizdeputation, der Gesetzkommission vom 20. Dezember 1805, der Minister v. Voß, v. Schrötter, v. Angern und v. Stein vom 8. Januar 1806 veranlassen mehrfache Umarbeitungen des Entwurfs, bis endlich Stein am 10. Januar 1806 die fünfte Redaktion dem König einreichen kann. Er schlägt in seinem Bericht vor, Realisationskassen für die Scheine in Berlin, Breslau, Elbing, Königsberg, Warschau, Stettin, Münster und Fürth, für kleinere Scheine bis zu 5 Taler auch in Bialystock einzurichten. Am 18. Januar 1806 ergeht sodann eine Kabinettsorder an das General-Bankdirektorium, worin die Realisationskassen, wie vorgeschlagen, bestimmt werden, ferner angeordnet wird, keine 1-Talerscheine auszugeben, um die kleine Zirkulation nicht zu drücken, und die nochmalige Umarbeitung des Entwurfs befohlen wird. Nach einem Schreiben des Königs an Stein sollen vorläufig 5 Millionen Taler in Umlauf gebracht werden. Nachdem noch das Hauptbankdirektorium am 31. Januar 1806 wegen der Realisierung berichtet hatte, konnten diese Vorarbeiten als abgeschlossen gelten.

Fabrikation.

Hand in Hand mit diesen gesetzgeberischen Vorbereitungen ging auch die der Fabrikation. Am 19. Oktober 1805 reichten die oben bereits erwähnten Frick und Gubitz einen Plan über die Anfertigung der Platten ein. Nachdem sodann die Papierfabrik von Ebart in Spechthausen einen Probebogen eingereicht hatte, reiste am 28. Oktober 1805 der Geheime Registrator Schubert nach Spechthausen, um die Herstellung des außer den alten Beständen von 1799 erforderlichen Papiers für die Scheine der höheren Werte zu überwachen. Es sollten geliefert werden 500 Bogen zu 50 Taler und 2000 Bogen zu 100 Taler, deren Fabrikation am 29. Oktober 1805 begonnen wurde.

Der Druck wurde unter Aufsicht des Buchdruckers Hayn in dem Quartier des Geheimrats Noeldechen im Seehandlungsgebäude, und zwar mit großer Heimlichkeit betrieben. Dabei waren zunächst 8, dann 16 und schließlich 18 Buchdruckereigesellen tätig. Der Stahlschneider Gubitz erhielt 8 Zentner 43 Pfund Blei aus dem Königlich Preußischen Haupt-Eisen- und Blechmagazin geliefert. Als Schriftgießer war ein gewisser Franke, als Zeichner Laurens tätig.

Am 11. November 1805 wurden zur Probe die ersten Rußabdrucke der 5-Talerscheine angefertigt. Am 26. November 1805 trafen die ersten 10 Matrizen von den Holzschnitten ein (davon 3 brauchbare), am 27. November 1805 wurden die ersten Abschläge hergestellt, und am 6. Januar 1806 konnte mit dem Druck der 5-Talerscheine begonnen werden. Am 14. Januar 1806 war der Holzschnitt zu den 1-Talerscheinen fertig. Er war jedoch zu „subtil“ und enthielt überdies einen Schreibfehler in dem Worte „Einen“. Am 29. Januar 1806 wurde der Druckerei bekannt gegeben, daß 1-Talerscheine nicht angefertigt werden sollten.

Am 19. Januar 1806 berichtet Stein an Schulenburg, daß die anjetzt in vollem Gange befindliche Fabrikation bis zur Hälfte des Monats Februar zirka 2 Millionen und bis Ende Februar zirka 4 $\frac{1}{2}$ Millionen in folgenden Summen

2 100 000 Taler in	5-Talerscheinen,
1 700 000 „ „	100- „
800 000 „ „	50- „

werde produzieren können.

Mitte Februar 1806 begannen die Abdrücke der 5-Talerplatten mangelhaft zu werden, es wurden daher nach einem von Frick erfundenen Verfahren neue Matrizen auf der Königlichen Münze geprägt.

Am 1. Februar 1806 wurde mit dem Druck der 50- und 100-Talerscheine begonnen, am 17. März 1806 waren von letzteren die ersten 2000 Stück fertig, vom 11. bis 20. April 1806 wurden in Spechthausen neue Bogen für die 250-Talerscheine hergestellt und am 5. Mai 1806 mit deren Druck begonnen; am 16. Mai 1806 waren die ersten 23 Bogen fertig.

Am 9. Juni 1806 war die Fabrikation beendet. Es sind angefertigt und durch den Rendanten Bethge an den Tresor abgeliefert:

503 242 Scheine zu	5 Taler	=	2 516 210 Taler,
40 000 „ „	50 „	=	2 000 000 „
20 000 „ „	100 „	=	2 000 000 „
10 308 „ „	250 „	=	2 577 000 „
			<hr/>
			9 093 210 Taler.

Diese Mengen entsprachen den in Spechthausen gemachten Bestellungen bis auf die 5-Talerscheine, von denen ursprünglich erheblich mehr, nämlich 900 000 Stück, hergestellt werden sollten.

Die gesamten Unkosten betragen einschließlich 63 Taler 4 Gr., die später nachgezahlt wurden, 15 409 Taler 13 Gr. 7 Pf.

Verordnung vom 4. Februar 1806.

Inhalt.

Gesetzliche Zahlungsmittel wurden diese Scheine durch die Verordnung wegen der in Umlauf zu bringenden Tresorscheine vom 4. Februar 1806. Der Hauptinhalt dieser Verordnung ist folgender:

In einer Einleitung wird zunächst die Einführung von Tresorscheinen nach Art der schon im Umlauf befindlichen Banknoten begründet durch die Notwendigkeit der Verschaffung der unentbehrlichen Zirkulationsmittel. Die bereits ausgefertigten und nach und nach in Umlauf zu setzenden Tresorscheine werden dem Metallkurantgeld völlig gleich gesetzt; sie müssen zu jeder Zeit von den Bankkontors zu Berlin, Breslau, Elbing, Königsberg, Stettin, Münster und Fürth und dem Seehandlungskontor zu Warschau gegen Silberkurant ohne Aufgeld eingewechselt (realisiert) werden. Alle Zahlungen mit Ausnahme der Staatsanleihen in barem Gelde und der früheren Anleihen der Bank und Seehandlung sowie der Spezieszahlungen dürfen in Tresorscheinen geleistet werden, falls nicht die Kontrahenten etwas anderes vereinbart haben. Zahlungen an die königlichen Kassen müssen vom 1. Juni 1806 ab mindestens zu $\frac{1}{4}$ in Tresorscheinen erfolgen. Bei Versendung durch die Post ist nur das Geldporto zu zahlen. Fälschung wird als Falschmünzerei bestraft. Die Kassenbeamten haben die Tresorscheine wie bares Geld zu behandeln. Die nähere Beschreibung der „Kennzeichen“ der Tresorscheine wird einem besonderen Avertissement vorbehalten.

Unter demselben Datum erging eine Kabinettsorder, wonach vom 1. Juni 1806 ab alle Gehälter zu $\frac{1}{4}$ in Tresorscheinen gezahlt werden sollten; von dieser Bestimmung wurden nur die Gehälter der Subalternoffiziere, Unteroffiziere, Gemeinen und der auswärtigen Gesandten ausgenommen, die zum vollen Betrage bar zu zahlen waren.

Kennzeichen der Tresorscheine.

Das vorerwähnte Avertissement, das zwar veröffentlicht ist, aber nur geringe Verbreitung erhalten hat, lautet im wesentlichen:

Kennzeichen der Tresorscheine:

- a) Es ist dazu ein eigenes Papier angefertigt.
- b) Das Papier der Tresorscheine zu 5 Taler ist stärker als das zu den Tresorscheinen von 50 und 100 Taler.

- c) In den Papieren der Tresorscheine zu 5 Taler ist der Wert mit Buchstaben ausgedrückt.
- d) In den Papieren der Tresorscheine zu 50 und 100 Taler ist der Wert mit Zahlen und Buchstaben bezeichnet und an den vier Ecken steht noch F. W. D. III.
- e) Die Höhe der Tresorscheine zu 5 Taler ist exkl. des weißen Papierrandes etwas über 2 Zoll, die Breite etwas über 3 Zoll.
- f) Die Vorderseite der Tresorscheine zu 5 Taler enthält eine durch Holzschnitt bearbeitete doppelte Einfassung, wovon die äußere in gotischem, die innere in modernem Stile gezeichnet ist.

In den vier Mittelpunkten der inneren modernen Verzierungen befinden sich Krone, Reichsapfel und Glieder der Ordenskette.

Die vier Ecken enthalten in übereinander geworfenem Laube Zepter, Schwert, Kommandostab und Blitze.

Neben jeder dieser vier Ecken steht eins der Worte:

Tresor Schein Fünf Taler.

Diese doppelte Einfassung schließt die Nummer und den Betrag des Scheines ein.

In der ersten Zeile steht die Nummer des Scheins. Die zweite Zeile enthält die Worte: „Tresor Schein von Fünf Taler“.

Bei der dritten Zeile befindet sich zu Anfang und Ende ein Liniengrund, worauf mit weiß die Worte „Fünf Taler“ bemerkbar, zwischen beiden Feldern der Beisatz: „In Courant“.

Hierauf folgen zwei Zeilen Kontext und darunter die Namen: Schulenburg und Stein.

Die Schrift ist sämtlich in Holz geschnitten, die Zahlen nicht. Die Rückseite dieser Tresorscheine von 5 Taler enthält in der Mitte ein in Holz bearbeitetes

Königl. Preuß. Wappen in einer Zirkelrunde mit Helm, Krone und Ordenskette.

Auf einem herabhängenden Pelze bemerkt man Zepter und Schwert, der übrige Raum in der Zirkelrunde ist mit verschiedenem Laubwerk gefüllt. Außerdem ist die ganze Fläche der Rückseite um das Wappen mit einem Grunde umgeben, der aus lauter kleinen irregulären Figuren zusammengesetzt ist und in sich an vielen Orten besondere Zeichen enthält.

- g) Der Tresorschein zu 50 Taler ist etwas über 3 Zoll hoch und 5 Zoll breit, und zwar exkl. des weißen Papierrandes und der an der linken Seite befindlichen Verzierung in Art der Arabesken.

Die Vorseite enthält eine Einfassung, die auf allen Seiten verändert ist. In einem Liniengrunde befindet sich auf der linken Seite in derselben ein Zepter, auf der rechten ein Schwert.

Die Einfassung umschließt noch außer der Nummer des Scheins und dem Inhalt in Art wie bei den Tresorscheinen zu 5 Taler am unteren Rande in der Mitte zwischen den beiden Unterschriften einen Stern (des schwarzen Adlerordens).

Von Zahlen und Schrift sind bloß die Worte „Tresor-Schein von Fünfzig Thaler“ Holzschnitt, das übrige ist mit beweglichen Lettern gedruckt.

Links neben dem Rande ist noch ein Teil einer Verzierung zu bemerken, die wieder ganz aus kleinen irregulären Figuren zusammengesetzt ist. Die Rückseite dieser Tresorscheine zu 50 Taler enthält in der Größe des ganzen Scheines einen Grund von obenerwähnten unregelmäßigen Figuren, worin am Rande herum eine weiße und eine schwarze Linie entlang läuft.

In der Mitte ist ein Oval von lauter kleinen Sternen sichtbar und in dem Mittelpunkt selbst ganz leicht und kunstlos das Monogramm F W R.

Das Ganze dieses Grundes ist ebenfalls an vielen Orten mit besonderen Merkmalen versehen, und an den noch ansitzenden Papierstreifen befindet sich auf der Rückseite eine in ähnlicher Manier bearbeitete Verzierung, als die auf der Vorderseite.

Beschnitten sind diese Scheine auf drei Seiten bis nahe an der Einfassung.

- h) Die Tresorscheine zu 100 Taler haben ganz dieselbe Einrichtung als die zu 50 Taler, nur daß auf der Vorderseite anstatt des Sternes ein Königl. Preuß. Wappen befindlich und die am linken Rande angebrachte Nebenverzierung anders gestaltet ist.

Die Rückseite der Tresorscheine zu 100 Taler enthält in einem Oval einen Stern von acht Spitzen, in dessen Mittelpunkt mit schwarzen Punkten ganz flüchtig ein dem oben erwähnten ähnliches Monogramm F W R steht.

Auf dem noch ansitzenden Papierstreifen ist eine Verzierung anderer Art angebracht und sämtlich in der Manier wie die auf dem Tresorschein zu 50 Taler bearbeitet.

Beschnitten sind die Tresorscheine zu 100 Taler nur auf drei Seiten und haben überhaupt einen größeren weißen Papierrand als die Tresorscheine zu 50 Taler.

- i) Noch ist zu bemerken, daß die Tresorscheine zu 50 und 100 Taler aus Büchern geschnitten, das Folium darauf notiert und noch mit besonderen Unterschriften versehen sind, welches alles bei den Tresorscheinen zu 5 Taler nicht der Fall ist.

Die Druckfarbe ist zu allen Scheinen die schwarze. Die irregulären Figuren dienen zur Erschwerung der Nachahmung.

- k) Tresorscheine von 250 Taler.

Größe, Form und die Bezeichnung der Vorderseite und Rückseite sind mit den 100-Talerscheinen völlig gleich, nur mit dem Unterschiede, daß die 100-Taler-

scheine in schwarzer und die 250-Talerscheine in grüner Farbe abgedruckt sind und daß die Wasserzeichen in dem Papier in der Mitte eines jeden Scheins den Wert mit 250 Taler angeben, an den Ecken aber gleichfalls F W D III steht.

Geringer Umlauf der Tresorscheine.

Bis zum 19. April 1806 waren von der Haupt-Feld-Krieges-Kasse an die verschiedenen Kammern ausgegeben:

33 550 Stück zu	5 Taler	167 750 Taler,
1 295	" "	50 " 64 750 "
328	" "	100 " 32 800 "
dazu kamen noch bis Mitte Juni 18 Stück zu	250 Taler	4 500 "
im ganzen also nur		269 800 Taler.

Schon diese Zahlen zeigen, wie schwer es hielt, das Papiergeld unter die Leute zu bringen. Das lag zum Teil wohl an der Neuheit der Sache, noch mehr aber daran, daß man nicht mit Unrecht zweifelte, daß der Staat seiner Einlösungspflicht stets würde nachkommen können, obgleich unvorsichtigerweise Friedrich Wilhelm III. im § 3 der Verordnung vom 4. Februar 1806 sein königliches Wort dafür verpfändet hatte. Die Ereignisse waren stärker als der gute Willen. Offenbar weil man an der Möglichkeit der Unterbringung der ganzen Summe verzweifelte, wurden am 20. Juni 1806 Tresorscheine für 5 093 210 Taler dem Haupt-Bankdirektorium zur „Aufbewahrung“ übergeben. Für den Umlauf blieben also nur 4 000 000 Taler.

Nach einer Anzeige vom 7. Mai		
1810 waren von der ersten		
Emission überhaupt fabri-		
ziert für	9 093 210 Taler.
davon lagen in der Seehand-		
lungskasse.	4 093 210 "
es waren also in Zirkulation		
gesetzt	5 000 000 Taler,

davon lagen in königlichen		
Kassen	2 827 510 Taler	
verbrannt waren nach der Ver-		
ordnung vom 4. Dezember		
1809	500 000 „	
das macht zusammen		<u>3 327 510 Taler</u>
es befanden sich also im		
Publikum		1 672 490 Taler.

Sinken des Kurses.

Nachdem am 25. Oktober 1806 die Franzosen in Berlin eingerückt waren, stellte das dortige Haupt-Realisationskontor seine Zahlungen ein, und seitens der französischen Behörden wurde die Annahme von Tresorscheinen überhaupt verweigert. Erst am 29. Juni 1807 wurde gestattet, höchstens $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{4}$ des zu zahlenden Betrages in Tresorscheinen zu entrichten. Ende September desselben Jahres hob jedoch der Generalintendant Daru auch dies auf, und zwar trotz der Gegenvorstellungen der „Königl. preußischen zur Vollziehung des mit Frankreich geschlossenen Friedens angeordneten Immediat-Kommission“. Da im Mai 1807 der Kurs des Papiergeldes bis auf 90 % gesunken war, erließ der König unter dem 1. Juni 1807 von Königsberg aus eine Verordnung, wonach die Annahme der Tresorscheine im Privatverkehr der Verabredung der Interessenten überlassen wurde, in allen Fällen aber der Empfänger die Wahl haben sollte. Der dadurch kaum gebesserte Kurs ging nach der Schlacht bei Friedland auf 87 % herunter, nach Darus Verbot am 29. September 1807 bis auf 81 %. Da bei der drückenden Notlage des Staates eine Einziehung der Tresorscheine zum Nennwert unausführbar war, so erging nach mehrfachem Schriftwechsel des Königs mit der „kombinierten Immediat-Kommission“ auf Grund eines Gutachtens des Geheimen Seehandlungsrats Niebuhr trotz vielfacher Bedenken die, übrigens ebenfalls nur in der Königsberger Zeitung publizierte, Verordnung vom 29. Oktober 1807

über die Annahme der Tresorscheine in Zahlungen bis zur Wiedereröffnung ihrer Realisation, durch die die Annahme von Tresorscheinen nach dem Nominalwert bei den königlichen Kassen ausdrücklich verweigert und dagegen Annahme nach einem Normalkurs befohlen wurde. Dieser sollte am 1. und 15. jedes Monats auf Grundlage des Börsenkurses publiziert werden. Die nächste Folge dieser Verordnung, deren Ausführung übrigens auf mannigfaltige Schwierigkeiten stieß, war die, daß Daru Erstattung des Kursverlustes der von französischen Kassen nominal angenommenen Tresorscheine beanspruchte, die weitere Folge ein stetes Sinken des Kurses. Dieses wurde auch durch das Indult-Edikt vom 24. November 1807 nicht aufgehoben, nach dem Tresorscheine zum Nominalwert anzunehmen waren, wenn es sich nicht um Zahlung, sondern um Sicherheitsbestellung handelte. Am tiefsten stand der Normalkurs vom 16. bis 31. Juli 1808, nämlich auf 22 %, von da ab beginnt er mit geringen Unterbrechungen wieder zu steigen. Auf einen Bericht des Finanzministers Freiherrn Stein von Altenstein erfolgte eine Kabinettsorder aus Königsberg vom 26. Dezember 1808, nach der die Tresorscheine im Umlauf erhalten und dem Nominalwert angenähert werden sollten; inzwischen sollte die Annahme zu einem Normalkurs fort dauern und diese Maßregel auch auf die übrigen Provinzen erstreckt werden. Der Kurs stand damals auf 72 %.

Drohende Aufhebung des Kammergerichts.

Eine indirekte Folge der eben erwähnten Verordnungen war ein scharfer Konflikt, in den das Kammergericht mit dem General-Intendanten Daru, dem Vertreter des französischen Gewalthabers, geriet. Dieser Konflikt führte sogar dazu, daß Daru ganz offen mit der Aufhebung des Kammergerichts drohte, und dieses folgenschwere Verhängnis wurde nur durch das diplomatische Geschick Steins und die patriotische Gesinnung des damaligen Präsidenten des Kammergerichts, v. Kircheisen, abgewendet. Daneben zeigt diese historisch interessante Episode

einen freilich vom edelsten Geiste diktierten Versuch der allgemeinen Staatsverwaltung, die Rechtsprechung zu beeinflussen, den man allerdings schon um des Beweggrundes willen nicht als verwerfliche Kabinettjustiz wird bezeichnen können. Aus dem Schlußpassus des Berichts von Stein an den König ergibt sich endlich, wie in jener traurigsten Zeit des preußischen Staats doch stets der Funken späterer Erhebung unter der Asche glimmte und vaterlandsliebende Männer bestrebt waren, in mehr oder weniger geschickter Weise den Zusammenhang zwischen den getrennten Teilen der Monarchie aufrecht zu erhalten. Aus allen diesen Gründen erscheint es angezeigt, die wenigen hier in Betracht kommenden Schriftstücke wörtlich, nur unter Fortlassung unwesentlicher Bestandteile, wiederzugeben. Vorausgeschickt mag werden, daß das später durch den Wechsel der Gesetzgebung entbehrlich gewordene Geheime Obertribunal für eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten im Verhältnis zum Kammergericht die höhere und letzte Instanz war.

Wir beginnen mit einem Schreiben, das Stein am 2. April 1808 an den Kammergerichtspräsidenten v. Kircheisen richtete. Die Deduktionen des Schreibers über das Verhältnis der Tresorscheine zu dem Kurantgeld dürften vom juristischen Standpunkt aus nicht haltbar sein, desto mehr Bedeutung hatten sie in volkswirtschaftlichem Sinne. Das Schreiben lautet:

„Seit meinem Aufenthalt in Berlin werde ich von mehreren Seiten wegen Remedur des gezwungenen Kurses angegangen, den die Entscheidungen des Königlich-Kammergerichts den Tresorscheinen beizulegen fortfahren-

Die Tresorscheine sind nach der Verordnung vom 4. Februar 1806 Anweisungen auf das Realisations-Comptoir; nur in Hinsicht ihrer Realisation (§ 6) werden sie dem Silberkurant gleichgesetzt. Hieraus folgt von selbst, daß sie aufhörten, identisch mit dem Silberkurant zu sein, sobald sie realisiert zu werden aufhörten. Nach meiner Überzeugung also enthalten die gerichtlichen Entscheidungen,

welche ihnen auch nach eingestellter Realisation den gezwungenen Kurs im Privatverkehr beilegen, einen Akt der Injustiz, der sich nicht rechtfertigen läßt. Es konnte nicht fehlen, daß den übelgesinnten und gewinnsüchtigen Schuldnern ein freier Spielraum verschafft wurde, ihre Kreditoren durch Aufdringung eines tief unter den Wert gesunkenen Papiers zu betrügen.

Diese Rücksicht veranlaßte des Königs Majestät, um die Gerichtshöfe zu rektifizieren, die Euer Hochwohlgeboren bekannte Verordnung vom 1. Juni 1807 zu vollziehen, durch welche die Annahme der Tresorscheine im Privatverkehr der Verabredung der Interessenten überlassen wurde. Die inzwischen eingetretenen Verhältnisse haben die Promulgation dieser Verordnung in den von fremden Truppen noch besetzten Provinzen nicht gestattet, ich halte es jedoch dringend nötig, daß auch die hiesigen Gerichtshöfe in ihren Entscheidungen zu Grundsätzen zurückkehren, die dem Geist des Gesetzes und der Deklaration vom 1. Juni 1807 gemäß sind, weshalb ich Euer Hochwohlgeboren ergebend ersuche, mir Ihre gutachtliche Meinung hierüber gefl. zu eröffnen und mir vorzuschlagen, auf welchem Wege hierin eine Remedur getroffen werden könnte.

Stein.“

Der schon am nächsten Tage erfolgten Antwort waren mehrere Nummern der Allgemeinen Juristischen Monatsschrift beigelegt. Die Ausführungen über die Gefahr des freien Ermessens in der Rechtsprechung verdienen auch heute noch und zu jeder Zeit Beachtung. Der Ausweg, den Kircheisen vorschlägt, zeigt ebensowohl den scharfsinnigen Juristen, wie den um das Allgemeinwohl des Staats besorgten Patrioten. Kircheisen erwähnt hier nicht, was sich anderweit ergibt, daß das Kammergericht im Einverständnis mit der Immediat-Friedens-Vollziehungskommission auf Vollgültigkeit der Tresorscheine auch deshalb erkannt hatte, um Entschädigungsansprüche von Daru zu verhindern. Die Antwort lautet:

„Des Königlichen Wirklichen Geheimen Etats- und Kabinetts-Ministers Freiherrn v. Stein Exzellenz werden aus den Anlagen vollständig die Gründe zu übersehen geruhen, aus welchen das Kammergericht bis hierher veranlaßt und genötigt worden ist, den Gläubigern die Verbindlichkeit aufzuerlegen, Tresorscheine statt Kurant zum Nominalwerte anzunehmen.

Diese Grundsätze fingen zu einer Zeit an, als die Differenz des Kurses noch sehr gering war, als eine so wahrscheinliche Hoffnung zu einem baldigen Frieden es erwarten ließ, daß diese verhältnismäßig kleinen Leiden nur vorübergehend sein würden, und als der Staat jenseits der Weichsel sie ebenso wie diesseits die französische Administration und die Kontributions-Bureaux nach ihrem Nominalwert annahmen, und wir erhielten dadurch dem Publiko wenigstens ein Zahlungszeichen zu der Zeit, in welcher der Geldmangel den höchsten Grad erreicht zu haben schien.

Bei diesen einmal etablierten Grundsätzen konnten wir durch Konjunkturen allein nicht autorisiert werden, sie zu verändern und durch Versatilität das Eigentum noch unsicherer zu machen, als es schon geworden war.

Nun erschien die Verordnung vom 29. Oktober 1807, welche das Verhängnis des Staats rechtfertigte, und in welcher eben das Gouvernement, welches für Kräfte und Eigentum dem Untertan Tresorscheine aufgedrungen hatte, ihre Annahme zum Nominalwerte verweigerte. Sie entschied garnicht das, was wir brauchten, weil sie nach dem wörtlichen Inhalt des § 1 nur die Geschäfte, welche nach dem Dato der Verordnung geschlossen waren, zum Gegenstand hatte, Streitigkeiten dieser Art aber bei uns höchst selten vorkamen, da seit dem Edikte vom 4. Februar 1806 in der Regel Vorsicht genug gegen jedes Papiergeld angewendet wird und nur bei älteren Verbindlichkeiten der Streit entsteht.

Nur durch die Königsberger Zeitung wurde uns die Existenz dieses Edikts historisch bekannt, wir durften uns von dem gesetzlichen Principio, nach welchem nur gehörig publizierte und den Justiz-Collegiis zur Befolgung zu-gefertigte Gesetze Kraft und Anwendung finden sollen, nicht entfernen; wir konnten selbst nicht einmal erraten, ob es die Absicht des Königs sei, in den jetzigen Zeitläuften diese Vorschrift für alle Provinzien zu geben; es fehlte hier an aller Vorrichtung, welche nach eben diesem Gesetze den temporellen Kurs bestimmen sollte, und unser letzter Zweifel mußte verschwinden, da uns selbst die hiesigen höhern Behörden in unsern bisherigen Grundsätzen bestärkten.

So vollkommen auch meines Ermessens unser bisheriges Verfahren dadurch gerechtfertigt ist, und so sehr ich mich auch überzeugt halte, daß es viel gefährlicher ist, dem Richter einen Spielraum seiner individuellen Billigkeit gegen bestehende Gesetze zu geben, als einzelne Härten zu tragen, die mit der reinen Anwendung der Gesetze bisweilen verbunden sind: so sehe ich doch ebenso ungezweifelt ein, daß diese Angelegenheit jetzt einen Grad erreicht hat, der unsomehr einer Remedur bedarf, da die Tresorscheine nur hauptsächlich zu unedeln Zwecken aufgekauft und von Wucherern gemißbraucht werden.

Nun wird es Euer Exzellenz gewiß nicht entgehen, daß sie alsdann auch nicht den allergeringsten Wert mehr behalten werden; denn wenn in den Instanzen nicht mehr eine Verschiedenheit der Entscheidungen gehofft wird, und dadurch die Möglichkeit einer gütlichen Vereinbarung zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner, so wie es bisher sehr oft der Fall gewesen, wegfällt, wenn die Kassen der Administration sie durchaus verweigern und nun auch die Salarien-kassen diesem Beispiel folgen müssen, welche mit der schmerzhaftesten Aufopferung von Seiten der Individuen bisher nicht die geringsten Umstände gemacht

haben, sie nach ihrem Nominalwerte anzunehmen; wenn sie nicht mehr in den Händen des Wucherers ein Mittel des Mißbrauchs sind, so werden sie virtualiter annulliret, und ich müßte mich sehr irren, wenn sie wenigstens hier auch nur den allergeringsten Kurs behalten sollten, wodurch das Publikum, welches sie besitzt und welches nun schon 8 Millionen seines Eigentums durch die Reduktion der Scheidemünze verliert, einen neuen Zuwachs des Verlustes erleidet.

Was den Modum betrifft, so würde ich es am besten halten, das bisherige Verfahren nicht zu mißbilligen, die Gründe möglichst einzuschränken und nur dem Tribunal und Kammergericht mit dem Zusatz, davon den Unterbehörden nur gelegentlich Kenntniss zu geben, zu eröffnen

,es seien bekanntlich bei den Justiz-Collegiis darüber Zweifel entstanden, ob die Verordnung vom 29. Oktober 1807 wegen der Verbindlichkeit des Gläubigers, von seinem Schuldner statt des Kurants Tresorscheine nur nach dem Kurswert anzunehmen, in den diesseitigen Provinzien anzuwenden, weil die Bekanntmachung derselben auf dem sonst gesetzlichen Wege nicht habe erfolgen, noch die Einrichtung wegen Feststellung des jedesmaligen Kurses habe getroffen werden können; da inzwischen die Sicherheit des Eigentums die Gleichförmigkeit der Legislation erheische, des Königs Majestät aber in dem gehörig publizierten Indult-Edikte vom 24. November 1807 im dritten Abschnitt § XIV zu erklären geruht hätten, daß die Tresorscheine nach ihrem Nominalwert angenommen werden sollten, wenn es nicht auf bare Zahlung, sondern auf Sicherheits-Bestellung ankomme, so habe es auch nur dabei fernerhin sein Bewenden und könne keinem Gläubiger, insofern nicht die Anleihe und Wiederbezahlung ausdrücklich auf Tresorscheine stipuliert und insofern sie sich über den

Kurs am Zahlungstage nicht vereinigten, fernerhin angemutet werden, solche in Zahlungsstatt von seinem Schuldner anzunehmen, die Verbindlichkeit möge vor oder nach der Verordnung vom 29. Oktober 1807 entstanden sein.’
Kircheisen.“

Stein folgte diesem Rat und erließ am 5. April 1808 an das Obertribunal und das Kammergericht nachstehendes Schreiben, dessen Nachschrift auch von politischem Interesse sein dürfte:

„Durch das Rescript des Justiz-Ministerii vom 25. April 1807 sind die hiesigen Gerichtshöfe veranlaßt worden, den gezwungenen Kurs der Tresorscheine nach dem Nominalwert im Privatverkehr zu behaupten. Die inzwischen vollzogene Immediat-Verordnung vom 1. Juni 1807 (S. 488 Bd. 4 der Allgemeinen Juristischen Monatschrift) und die späterhin ergangene Verordnung vom 29. Oktober eiusd. a. (S. 181 Bd. 5 das.) haben jedoch das Edikt vom 4. Februar 1806 authentisch interpretiert, und es kann, obschon die Publikation beider Verordnungen in dem von fremden Truppen noch besetzten Teil der Monarchie aus Gründen des politischen Verhältnisses nicht erfolgt ist, demnach um so weniger Bedenken haben, ihren Inhalt ohne weitere Berücksichtigung des Ministerial-Rescripts vom 25. April 1807 in Abfassung rechtlicher Entscheidungen zu befolgen, als in dem gehörig publizierten Indult-Edikt vom 24. November 1807 XIV Sect. III die Verbindlichkeit, Tresorscheine nach dem Nominalwert anzunehmen, auf den Fall eingeschränkt wird, wenn nicht Zahlung, sondern Sicherheit dadurch geleistet werden soll. Euer pp. ersuche ich ergebenst, in Behauptung einer gleichförmigen Gesetzgebung, von der die Sicherheit des Eigentums abhängt, hierauf gefällige Rücksicht zu nehmen.

Stein.“

„Rücksichten auf die öffentlichen Verhältnisse bestimmen, die Einwirkung des interimistischen Chefs der

Justiz und der Friedensvollziehungskommission zu umgehen, aus welcher eine vollständige Promulgation der Verordnung vom 29. Oktober 1807 gefolgert werden dürfte.“

Unter dem 8. April 1808 fragt sodann Kircheisen bei Stein an, ob dem Abdruck dieses Schreibens in der von dem Justizkommissarius Matthis herausgegebenen Monatsschrift Bedenken entgegenständen, wobei allerdings die Worte „in dem von fremden Truppen noch besetzten Teil der Monarchie aus Gründen des politischen Verhältnisses“ zu ersetzen seien durch das eine Wort „allhier“. Stein erklärte sich unvorsichtigerweise am 9. April 1808 damit einverstanden. Die weitere Entwicklung ergibt sich aus dem nachfolgenden Bericht Steins an den König vom 19. April 1808, dem der König unter dem 27. April 1808 durchweg zustimmte. Das konnte um so mehr geschehen, als trotz scheinbaren Nachgebens dem Druck der Gewalt gegenüber der Zweck Steins in vollem Maße erreicht war, und die beiden, je sechs Seiten langen, heftigen Vorstellungen Darus praktisch nicht den mindesten Erfolg erzielt hatten. Ebensowenig hatte übrigens Daru mit seinen Entschädigungsforderungen etwas erreicht, die schließlich im Sande verliefen. Der König mochte von dieser Lösung der Streitfragen um so mehr befriedigt sein, als auch sonst sein Naturell mehr zum Abwarten und Gehenlassen, als zur Fassung schneller Entschlüsse neigte.

Erläuternd mag zu dem Bericht noch bemerkt werden, daß, wenn darin von einem Fallen der Tresorscheine auf 40 und mehrere Prozent gesprochen ist, darunter nach der damals vielfach üblichen Bezeichnung 40 % Damno zu verstehen sind, der Kurs also auf 60 % und darunter stand.

Der Bericht Steins lautet:

„Euer Königlichen Majestät ist es bekannt, daß Höchstdero Verordnungen vom 1. Juni und 29. Oktober v. J., wodurch das Edikt wegen der Tresorscheine vom 4. Februar 1806 zum Vorteil der Gläubiger authentisch

erklärt ist, in den nicht evazierten Provinzen aus Gründen des politischen Verhältnisses nicht zur Anwendung gebracht sind und daß daher in diesen Provinzen von den Gerichtshöfen immer noch auf Annahme der Tresorscheine statt Kurantgeld nach ihrem Nominalwert erkannt ist.

Hiergegen liefen nun bei mir seit meinem hiesigen Aufenthalte sehr häufige Klagen und Beschwerden über die größten wucherlichen Mißbräuche ein, indem viele schlechte Schuldner, selbst angesehene Personen, von denen man solches nicht erwarten sollte, die auf 40 und mehrere Procente gefallenen Tresorscheine aufkauften und damit ihre in barem Kurantgeld kontrahierten Schulden ganz wider den Geist des Gesetzes bezahlten. Um diesem wucherlichen Beginnen Einhalt zu thun, erließ ich nach gehaltener Rücksprache mit dem Kammergerichts-Präsidenten v. Kircheisen unterm 5. d. Mts. eine Erinnerung an das Kammergericht und an das Geheime Obertribunal, um denselben die wahren Absichten des Edikts vom 4. Februar 1806, jene authentische Deklaration desselben und deren Bestätigung durch das überall und auch hier publizierte Indult-Edikt vom 24. November v. J., welches die Verbindlichkeit, Tresorscheine nach dem Nominalwert anzunehmen, bloß auf den Fall einschränkt, wenn nicht Zahlung, sondern Sicherheit dadurch geleistet werden soll — in Erinnerung zu bringen und sie zu gleichmäßigen Erkenntnissen und zur Behauptung einer gleichförmigen Gesetzgebung, von der die Sicherheit des Eigentums abhängt, zu veranlassen.

Da die Bekanntmachung hiervon nicht öffentlich geschehen konnte, so hielt der pp. v. Kircheisen es für angemessen, mein Schreiben bloß in die Juristische Monatschrift, welche der Justizkommissarius Matthis hier herausgibt, abdrucken zu lassen, wogegen ich nichts zuwider fand. Allein dieser eilte nun, solches auf eine unvorsichtige Weise in den hiesigen Zeitungen bekannt zu machen,

und wahrscheinlich auf diesem Wege wurde der General-Administrator und durch ihn der General-Intendant Daru darauf aufmerksam gemacht. Er hatte sich daher durch den pp. eine Abschrift meines Schreibens von dem pp. v. Kircheisen geben lassen und griff mich nun erst mündlich, und dann in einer schriftlichen Note deshalb an, bezog sich auf die vorigen Verhandlungen, die er wegen der Herabsetzung der Tresorscheine von dem Nominal- auf ihren kursmäßigen Wert mit der Friedens-Vollziehungs-Kommission gepflogen habe, und bestritt auch mir durchaus alle Einwirkung in die Landes-Verwaltung, wofür er mein Schreiben ansehen müsse, drohte mit Aufhebung des Kammergerichts, weil dasselbe diesen Befehl von mir angenommen habe, und bestand auf der Zurücknahme desselben. In den jetzigen Verhältnissen und bei den wichtigeren Gegenständen, die wir mit dem pp. Daru zu verhandeln haben, hielt ich es für angemessen, hierbei nachzugeben, ich antwortete ihm daher in diesem Sinne und meldete ihm, daß nach meiner, dem pp. v. Kircheisen gegebenen Erklärung der an das Kammergericht ergangenen Aufforderung keine Folge gegeben werden würde; allein damit war der pp. Daru noch nicht zufrieden, er verlangte in einer weitläufigen Note vom 13. d. M. eine réparation du fait qui a donné lieu à cette note, worauf ich dann die ganze Verfügung an das Kammergericht wieder eingezogen und ihm solches unterm 14. d. M. gemeldet habe; seit welcher Zeit er sich über die Sache gar nicht weiter geäußert hat und sie also wahrscheinlich auf sich beruhen lassen wird.

Unterdessen ist der Sache selbst durch die im Kammergericht verbreitete und mit den Meinungen der Mitglieder selbst übereinstimmende gesetzliche Opinion, auch dadurch auf allen Fall geholfen, daß die an das Geheime Obertribunal ergangene Erinnerung nicht zurückgenommen ist und daher bei demselben danach gesprochen werden wird.

Euer Königliche Majestät ersehen aber aus diesem Vorfall von Neuem, mit welcher weitgehenden Aufmerksamkeit und Eifersucht die französische Administration und namentlich der General-Intendant Daru die behauptete Zivil-Verwaltung und jeden Eingriff darin beobachtet und rügt. Neuere Beispiele davon sind auch die, daß die Verordnungen wegen Aufhebung des Mühlenstein-Regals in Preußen und die auf Eurer Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl ergangene Bekanntmachung wegen der öffentlichen Verhältnisse gegen Schweden in die hiesigen Zeitungen nicht haben eingerückt werden dürfen, sondern bei der Zensur gestrichen worden sind. Es veranlaßt mich dieses aber zu dem Antrage, auch von dorthier mit aller Vorsicht verfahren zu lassen, und besonders dem Kanzler Freiherrn v. Schrötter aufzugeben, daß er die direkten Verhandlungen mit den Kollegien und Personen in den nicht evazierten Provinzen endlich einstelle und nach dem Allerhöchst gefügten Uebereinkommen mit der hiesigen Immediat-Kommission derselben diese Verfügungen allein überlasse, denn es ist zu besorgen, daß, wenn eine solche Verfügung an ein hiesiges Kollegium oder ein Bericht von demselben dorthin den französischen Behörden in die Hand fällt, sie ein solches Kollegium aufheben und den Personen, wie der Sache dadurch sehr schaden würden. Bis jetzt ist dieses durch die sorgsamste Vorsorge der Immediat-Kommission und der Königlichen Hofpostbedienten hier selbst noch verhütet, aber bei den beständigen Nachspürungen ist das Gegenteil leicht möglich, dagegen auf den Allerhöchst festgesetzten Wegen durch die Immediat-Kommission der Gang der Geschäfte ohne Gefahr und so gut erhalten wird, daß bis jetzt nicht eine einzige Klage darüber an Euer Königliche Majestät meines Wissens gelangt ist.“

Emission von 1809.

Schwierige Finanzlage.

Indessen wurde die Finanzlage Preußens von Tag zu Tag schwieriger und trauriger. Die Kontributionen hatten vom Herbst 1806 bis zum November 1808 etwa 1130 Millionen Francs betragen (dazu kamen später bis zum 15. März 1813 noch weitere 545 Millionen). Das Ministerium Altenstein wirtschaftete plan- und ziellos. Die Zerrüttung der Finanzen war so groß, daß dem König vorgeschlagen wurde, es solle der förmliche Staatsbankrott erklärt werden. Hiergegen sträubte sich der König und übernahm, um die Not in etwas zu mildern, die Hälfte der Kontributionen auf seine Domänen. Auch das konnte auf die Dauer keine Hilfe schaffen, und so wurde denn weiter versucht, mit kleinen Mitteln zu wirken, zu denen auch wieder die Tresorscheine gehörten.

Vorschlag der Emittierung von Talerscheinen.

Am 12. Januar 1809 schlug der Geheimrat L'Abaye dem Minister Altenstein vor, um gerade auch der kleinen Zirkulation aufzuhelfen, es sollten für 2 oder 3 Millionen 1-Talerscheine ausgegeben und dafür größere Scheine eingezogen oder vernichtet werden. Diese Anregung fand zunächst keinen günstigen Boden, es erging vielmehr die Verordnung vom 11. Februar 1809 wegen Wiederherstellung der Tresorscheine. Unter dem Versprechen, daß die emittierte Summe nicht vermehrt werden solle, wurde die Verordnung vom 4. Februar 1806 wieder in Kraft gesetzt. Bis zur Herstellung von Realisationskontoren sollte die Realisation vorläufig dadurch bewirkt werden, daß bei Einhebung landesherrlicher Abgaben, soweit ein einzelner Zahlungspflichtiger mindestens 20 Taler zu zahlen habe, davon der vierte Teil in Tresorscheinen entrichtet werden konnte, und daß bei Verkauf oder Vererbpachtung von Domänen eine bestimmte Quote an Tresorscheinen zugelassen wurde. Die Annahme im Privatverkehr sollte auch fernerhin dem freien Willen des Empfängers überlassen bleiben.

Es liegt auf der Hand, daß damit gar nichts gewonnen wurde. Der Kurs sank weiter bis auf 51 % am 13. März 1809.

Diese Kursschwankungen boten Gelegenheit zu lohnenden Spekulationen. So erzielte L'Abaye für die Seehandlungskasse von einem Kapital von 15 000 Taler am 11. März 1809 einen Gewinn von 370 Taler.

Fabrikation.

In einem Bericht vom 4. März 1809 kam L'Abaye wieder auf die Emittierung von 1-Talerscheinen zurück. Der Finanzminister erklärte sich zwar unter dem 9. März 1809 mit der Idee einverstanden, hielt aber den Plan für vorläufig noch nicht ausführbar. Trotzdem erforderte er von Frick einen Bericht, wie und auf welche Art in möglichst kurzer Zeit für 2 Millionen Taler Tresorscheine zu 1 Taler angefertigt werden könnten. Frick sprach sich am 29. April 1809 dahin aus, es könnte das alte Spechthausener Papier verwendet werden, die Größe könnte dieselbe sein wie die der 5-Talerscheine, auch die Verzierungen könnten ähnlich ausgeführt werden, da trotz der bedrängten Zeiten keine Verfälschungen bekannt geworden seien. Die Nummern sollten nicht, wie bei den 5-Talerscheinen, mitgedruckt, sondern geschrieben werden. Nachdem Altenstein am 11. Mai 1809 diese Vorschläge gebilligt hatte, trat eine längere Pause ein. Erst am 10. August 1809 schickte er seine Namensunterschrift als Vorlage für die Zeichnung auf den Scheinen an Frick, und am 19. September 1809 wurden die ersten Probedrucke geliefert. Nachdem noch Zweifel über den Untergrund der Namen beseitigt waren, erging am 5. November 1809 die Weisung, mit dem Druck zu beginnen, der am 14. November 1809 in dem Hause Friedrichstraße 248 in vollem Gange war. Am 9. Dezember 1809 wurde noch ergänzend angeordnet, daß die Bezeichnung des Realisationskontors auf dem schmalen weißen Rande nachträglich aufgedruckt werden solle. Die Fabrikation war beendet am 23. Juli 1810, und zwar sind hergestellt für Berlin (Aufdruck des Realisationskontors in blauer Farbe) 821 400 Stück, für Breslau (Aufdruck

gelb) 819 800 Stück, für Königsberg (Aufdruck rot) 414 100 Stück, im ganzen also 2 055 300 Stück. Die Unkosten vom 27. März 1806 bis zum 9. Dezember 1809 hatten betragen 11 291 Taler 5 Gr. Am 24. April 1811 erhielt Frick für die Anfertigung der 1-Talerscheine ein Geschenk von 8000 Taler.

Verordnung vom 4. Dezember 1809.

Unter dem 4. Dezember 1809 erging die königliche Verordnung „wegen Herstellung der Realisation und allgemeinen Brauchbarkeit der Tresorscheine als bares Zirkulationsmittel, die auf den Grund derselben getroffenen allgemeinen Maßregeln und die Emission der 1-Talerscheine betreffend“. Es wird zunächst hervorgehoben, daß die alten Scheine auf zu hohe Beträge gelautet hätten, es sei daher die Emission von 1-Talerscheinen für die Summe von 2 Millionen Taler beschlossen, für die eine gleiche Summe von Tresorscheinen eingezogen und vernichtet werden solle, und zwar zunächst die Scheine zu 50, 100 und 250 Taler.

Für die neuen Scheine werden Realisationskontore in Berlin, Breslau und Königsberg eröffnet, deren Wirksamkeit mit dem 15. Februar 1810 beginnt. Bei diesen können die Scheine in jeder Summe unweigerlich in bares klingendes Kurant täglich umgesetzt werden. Die ganze zu emittierende Summe wird auf diese drei Kontore derart verteilt, daß jeder Schein nur an dem darauf durch einen Stempel bezeichneten Ort realisierbar ist. Die Scheine sollen dem Kurant durchaus gleichstehen. Die Auswechslung soll vom 1. Januar 1810 ab durch Vermittlung der Provinzial-, Kreis- und Amtskassen erfolgen. Die Ausgabe neuer Scheine in größerem Betrage wird in Aussicht genommen. Vom 1. Februar 1810 ab muß $\frac{1}{4}$ aller landesherrlichen Abgaben in Tresorscheinen entrichtet werden, bei Zahlung in Kurant ist 1 Groschen Aufgeld vom Taler zu entrichten.

Zu dieser Verordnung erschienen später noch verschiedene Instruktionen, Deklarationen und Nachrichten für

das Publikum, in denen die Tresorscheine als „symbolisches Geld“ bezeichnet werden.

Das Aussehen der Talerscheine ist ähnlich dem der alten Tresorscheine zu 5 Taler, mit denen sie auch in der Größe und der schwarzgrauen Druckfarbe übereinstimmen. Verwendet ist dazu das bereits für die erste Emission hergestellte Papier aus Spechthausen.

Die Vorderseite zeigt einen Rand von stilisierten Blumenornamenten in derselben Breite wie bei den 5-Talerscheinen, innerhalb des Randes auf graviertem Grunde in drei Zeilen: „Tresor-Schein von Einem Thaler — in Courant nach dem Münzfuß von 1764 — Geltend in allen Zahlungen für voll“, darunter die faksimilierte Unterschrift Altenstein. Unter dem Kontext, ebenfalls innerhalb des Randes, befindet sich noch der Vordruck „No.“ mit einem leeren Raum dahinter. Die Rückseite hat wieder denselben Grund von unregelmäßigen kleinen Figuren, in der Mitte auf gebundenen Palmenzweigen das gekrönte Monogramm F W R, in den Ecken Rosetten, dazwischen auf dem Rande verteilt die Worte: „Tresor Schein — von — Einem Thaler — in Courant“.

Zirkulation.

Auch hier ging wie bei den alten Tresorscheinen die Emittierung nur sehr langsam vor sich, weil es sich als zu schwierig erwies, die Scheine in Umlauf zu bringen. Bis zum 19. Oktober 1810 waren an die verschiedenen Kassen ausgegeben:

Berliner Scheine	626 806
Breslauer Scheine	189 524
Königsberger Scheine	202 417
im ganzen also	1 018 747

mithin noch nicht einmal die Hälfte der überhaupt fabrizierten Scheine. Von den emittierten Scheinen lagerte aber weitaus der größere Teil bei den Realisationskassen, denn am 13. Oktober 1810 waren in Zirkulation nur:

Berliner Scheine	185 400
Breslauer Scheine	71 283
Königsberger Scheine	<u>79 505</u>
zusammen	336 188

also etwa der sechste Teil der ganzen Summe. Eine weitere Emission der Talerscheine hat anscheinend nicht stattgefunden.

Es herrschte eine, allerdings begreifliche, Abneigung gegen das Papiergeld, der Umlauf außerhalb der Realisationsorte war ein verschwindend geringer. Diese Erscheinung trat übrigens auch in andern Ländern zutage. In Sachsen z. B. waren zu Ende des Jahres 1812 die Kassenscheine ungeachtet einer vierzigjährigen Gewohnheit beinahe aus der Zirkulation verschwunden, in Preußen befanden sich in der gleichen Zeit an Tresor- und Talerscheinen nur 731 625 Taler im Publikum.

Gesetzgebung von 1811 bis 1820.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen der nächsten Jahre konnten zwar im Verein mit der sich günstiger gestaltenden politischen Lage dazu dienen, den Kursstand der Tresorscheine zu verbessern, nicht aber die im Umlauf befindliche Menge wesentlich zu erhöhen.

Am 1. Februar 1813 standen die Scheine noch 50 %, am 21. Februar 1813 waren sie auf 48 % gefallen, um dann am 18. Juni 1813 wohl unter dem Eindruck der Schlacht von Bautzen mit 24 % fast den Tiefstand vom Juli 1808 zu erreichen. Die Erfolge der preußischen Waffen trieben auch den Kurs in die Höhe, 22. Oktober 1813 auf 50¹/₂ %, 24. Januar 1814 auf 55 %, 18. Februar 1814 auf 71 %, bis er am 10. März 1815, zu Beginn der hundert Tage, den Stand von 92 % erreichte. Das Wiederauftauchen Napoleons bewirkte freilich bis zum 3. April 1815 einen Sturz bis auf 62 %, dann aber kamen bessere Zeiten, und am 23. Dezember 1815 war der Kurs sogar über pari, auf 102 % gestiegen. Am 16. April 1818 standen die Tresorscheine 98 bis 99 %, am 5. März 1821 wieder 102 % Brief und Geld.

Das Edikt vom 27. August 1811, wonach Talerscheine nur gegen Kurant einzuwechseln waren, da Scheidemünze nur mit 12 % Damno angenommen wurde, hat zweifellos keinen erheblichen Einfluß gehabt.

Zur weiteren Realisation der Tresorscheine ergingen in den folgenden Jahren noch mehrfache Verordnungen, zunächst das Edikt wegen Ausfertigung von Anweisungen auf die Vermögens- und Einkommensteuer vom 24. Mai 1812. Unter demselben Datum war ein Edikt wegen Erhebung einer Vermögens- und Einkommensteuer erlassen, wonach 3 % des gesamten Privatvermögens zur Disposition des Staats gestellt werden sollten (also das sechsfache des außerordentlichen Wehrbeitags von 1913), und zwar in drei Raten am 24. Juni, 29. September und 24. Dezember. 1812. Da jedoch schon vor dem 24. Juni ein durch die gewöhnlichen Staatseinnahmen nicht zu bestreitendes Geldbedürfnis eintrat, so sollten auf die Steuer Anweisungen erteilt werden, und zwar sollten dazu mit einem besonderen Stempel zu bedruckende Tresorscheine von 250, 100, 50 und 5 Taler gewählt werden. Jeder Inhaber einer solchen Anweisung konnte sie bei Entrichtung der Steuer als bares Geld in Zahlung geben, worauf die Vernichtung der eingezahlten Scheine erfolgte. Diese Maßregel hatte übrigens nicht einmal den erwarteten Erfolg der Besserung des Kurses, denn am 24. April 1815 z. B. standen die Steueranweisungen noch 8 % unter den Tresorscheinen. Bis zum 5. März 1813 war eine Million Taler umgestempelt.

In dem Edikt wegen Annahme der Tresorscheine vom 19. Januar 1813 wird im Hinblick auf die durch den Krieg zwischen Frankreich und Rußland hervorgerufene gefahrvolle Lage Preußens die Verordnung vom 4. Februar 1806 wieder in Erinnerung gebracht. Tresorscheine sollen dem baren Gelde gleichgeachtet werden, jedoch wird die Verpflichtung, $\frac{1}{4}$ der öffentlichen Abgaben in Scheinen zu zahlen, aufgehoben. Zugleich werden einige Daten über die bisherige Ausgabe von Papiergeld mitgeteilt und versprochen, die Summe der überhaupt

zu emittierenden Scheine nicht über 10 Millionen Taler steigen zu lassen. Die weitere Realisation soll durch eine in sechs Terminen zu berichtigende Vermögenssteuer von $1\frac{1}{2}$ % und eine Einkommensteuer erfolgen. Wer die Annahme von Tresorscheinen verweigert, wird mit Geldstrafe von 500 bis 1000 Taler oder Gefängnis von 6 bis 12 Monaten bestraft. Durch eine fernerweite Verordnung wegen der Tresorscheine vom 5. März 1813 wird der Zwangskurs der Scheine aufgehoben, da die Einlösung sehr sicher sei, und versprochen, überhaupt keine mehr zu emittieren. Sie sind zum Nennwert nur noch in einigen bestimmten Ausnahmefällen anzunehmen, namentlich bei der Bezahlung der Vermögens- und Einkommensteuer. Dagegen werden sie zum Nennwert ausgegeben für alle Naturallieferungen zur Verpflegung vaterländischer Truppen, auf Gehälter und Pensionen über 400 Taler jährlich mit einem Viertel des Mehrbetrages. Der § 11 der Verordnung spricht von einer gezwungenen Anleihe bei dem Kaufmannsstande, Kapitalisten und Rentiers. Durch die Zahlung der Gehälter und Pensionen in Papier wurden aber auch deren Empfänger mit dazu herangezogen.

In dem Edikt die Tresor- und Talerscheine betreffend vom 7. September 1814, wird die überraschende Mitteilung gemacht, daß das Edikt vom 19. Januar 1813 und die Verordnung vom 5. März 1813 in ihren wesentlichsten Punkten bei den damaligen Kriegsereignissen nicht zur Ausführung gekommen sind. Die darin verordnete, nicht abgeforderte, zweite Rate der Vermögens- und Einkommensteuer wird nunmehr erlassen. Tresorscheine sollen bei dem Verkauf von Domänen und bei verschiedenen Steuern zum Nennwert angenommen, und ferner soll sogleich die Summe von 1500000 Taler und alljährlich die Hälfte der Einnahmen, mindestens aber je 800000 Taler vernichtet werden. Tatsächlich sind am 25. September und 16. Oktober 1814 sowie am 19. Januar 1815 je 500000 Taler verbrannt, zum größten Teil in großen, wahrscheinlich ganz ungebrauchten, dem Tresor entnommenen Scheinen. Im Privatverkehr bleibt

die Annahme der Scheine der freien Übereinkunft überlassen. Am 16. Dezember 1814 wird angeordnet, daß die Tresorscheine überall anzunehmen seien, ohne Unterschied, welches Realisationskontor aufgedruckt sei.

Die Verordnung wegen erweiterter Realisation der noch im Umlauf befindlichen Tresor- und Talerscheine vom 1. März 1815 bestimmt, daß vom 1. Mai 1815 ab die Scheine bei allen königlichen Kassen wieder gleich Silberkurant in Zahlung anzunehmen sind, die Kassen allerdings auch in Papier zahlen dürfen. Die Grund-, Gewerbe- und Personensteuer muß zur Hälfte in Papiergeld entrichtet werden. Diese letztere Bestimmung wird durch die Verordnung wegen der in den Steuern zu zahlenden Tresor- und Talerscheine vom 7. April 1815 auf alle Steuern ausgedehnt, aber andererseits beschränkt auf die unmittelbaren königlichen Kassen, mit Ausschluß also der Salz- und der Salarienkassen. Erst am 20. November 1817 wurde auch bei Salzzahlungen ein kleiner Teil in Tresorscheinen zugelassen. Durch Reskript vom 5. März 1817 wird angeordnet, daß alle Zivilbesoldungen, Wartegelder und Pensionen über 5 Taler monatlich wenigstens mit der Hälfte in Tresorscheinen zu zahlen seien. Die am 30. Mai 1817 ausgesprochene Absicht v. Bülow's, die großen unnützen Scheine einzuziehen, zu vernichten und durch kleine zu ersetzen, ist nicht ausgeführt.

In den nächsten Jahren wird der Tresorscheine in der Verordnung wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens vom 17. Januar 1820 gedacht, in welcher der Betrag der unverzinslichen Staatsschuld, bestehend aus den im Umlauf befindlichen Tresor- und Talerscheinen und Kassenbilletten und aus einigen andern Titeln, auf 11 242 347 Taler angegeben wird. Wie diese Zahl herausgerechnet ist, hat sich nicht feststellen lassen. Vermutlich sind dabei die in den Staatskassen zurückgebliebenen, gar nicht in den Verkehr gekommenen Tresorscheine mitgezählt. Die Menge der damals im Umlauf befindlichen Tresorscheine und Kassenbillette dürfte keinesfalls über 7 118 681 Taler betragen haben. Die ver-

zinslichen Staatsschulden beliefen sich zu dieser Zeit auf 180091 720 Taler.

Die sächsischen Kassenbillette von 1804.

Eine nicht vorauszusehende Vermehrung erfuhr die Summe des in Preußen umlaufenden Papiergeldes durch den Friedensvertrag zu Wien vom 18. Mai 1815 zwischen Preußen (Fürst v. Hardenberg und Freiherr Carl Wilhelm v. Humboldt) und Sachsen (Graf Friedrich Albrecht v. Schulenburg und Freiherr Hans August Fürchtegott v. Globig). Darin wurde festgesetzt, daß Kursachsen an Preußen abzutreten habe das Herzogtum Weißenfels, von der Grafschaft Henneberg die Orte Suhl und Schleusingen, ferner Mansfeld, Querfurt, Torgau, Delitzsch, Zörbig, Düben, Eilenburg, Ziegenrück, Senftenberg, Finsterwalde. Den auf die abgetretenen Gebiete fallenden Bruchteil der Landesschuld mußte Preußen übernehmen, darunter auch einen noch festzusetzenden Teil der sächsischen Kassenbillette, die wenigstens bis zum 1. September 1815 gemeinschaftlich verwaltet werden sollten.

Kursachsen hatte bereits laut Edikt vom 6. März 1772 „wegen der bei den Kassen auszugebenden und anzunehmenden Kassenbillets“ den Betrag von 1500000 Taler in Scheinen zu 1, 2, 5, 10, 50 und 100 Taler „kreiert“, die als bares Geld angesehen werden sollten, und deren Entwendung daher auch nicht mit der vindicatio, sondern mit der *condictio furtiva* zu verfolgen war. Eine neue Emission wurde durch das Edikt vom 1. Juli 1803 angeordnet und erschien am 2. Januar 1804.

In Gemäßheit des Friedensvertrages wurde durch die preußischen und sächsischen Friedens-Vollziehungs-Kommissarien am 25. November 1815 zu Dresden eine Konvention dahin abgeschlossen, daß Preußen von den überhaupt zirkulierenden 4950000 Taler Kassenbilletten zu 1 Taler die Summe von 1810000 Taler übernehmen sollte. Von diesen Kassenbilletten trugen 1750000 Taler den Buchstaben A und 3200000 Taler die Buchstaben B und C. Die preußischen Kommissarien

hielten es nun für vorteilhaft, nur die Kassenbillette mit A zu übernehmen, da so die Unterscheidung eine sehr viel leichtere war, und zugleich in der Annahme, daß von dieser, der ältesten Emission (vom 2. Januar 1804) bereits „eine ganze Menge“ verloren gegangen sein würde (was übrigens nicht in nennenswertem Maße der Fall war). Der preußische Finanzminister Freiherr v. Bülow schloß sich dieser Annahme an, was aus einer von ihm zu dem Bericht der Kommissarien vom 28. November 1815 gemachten Randbemerkung „Das Geschäft ist sehr gut“ hervorgeht. Da nun aber von dem Buchstaben A nur 1750000 Taler vorhanden waren, zahlte Preußen 60000 Taler in den Buchstaben B und C an Sachsen heraus.

Durch die Verordnung, die von Sachsen übernommenen Kassenbillette betreffend, vom 15. Februar 1816 wurde angeordnet, daß die übernommenen Kassenbillette noch mit dem preußischen Wechselstempel versehen werden sollten, um dadurch Gültigkeit im ganzen preußischen Staat zu erhalten. Im übrigen werden sie den Tresorscheinen auch in bezug auf Realisation und Vernichtung vollständig gleichgestellt.

Von diesen Kassenbilletten übernahm durch Konvention vom 1. Mai 1826 das Großherzogtum Sachsen-Weimar einen Anteil von 85000 Taler. Da jedoch die Billette damals bereits eingezogen waren, so wurde auf die Naturalvertretung verzichtet und an deren Stelle an die preußische Regierung eine Barzahlung von 83412 Taler geleistet.

Die sächsischen Kassenbillette sind einseitig in Holzschnitt hergestellt, die Nummer mit Typen gedruckt. Der Rand, in dessen oberer Mitte sich das kursächsische Wappen befindet, besteht aus Laubwerk, mit gekreuzten Kurschwertern belegt. Unten in der Mitte steht in weißer Schrift auf schwarzem Grunde die Wertangabe „1 Reichsthaler“. In den Ecken verteilt „1 Th C B“, der Text innerhalb des Randes lautet: links oben „No.“, sodann in der Mitte: „Ein Reichsthaler — Churfürstl. Sächsl. Cassen-Billet. — Wird bei den Chur-

fürstl. Cassen nach Maßgabe der -- Edicte vom 6. März 1772 und 1. July 1803 angenommen — Dresden den 2. Januar 1804. — Lit. A No.“ Links unten: „Commissarius“, rechts unten: „als Buchhalter“, darüber zwei handschriftlich ein getragene Namen, die nicht bei allen Scheinen dieselben sind (z. B. v. Schönberg und Nagel oder Graf Einsiedel und Winkler). Außerdem finden sich rechts und links neben dem Text je ein Trockenstempel, der eine das kursächsische Wappen mit der Umschrift „Churfürstl. Sächs. Cassen-Billet“ darstellend, der andere mit der dreizeiligen Inschrift: 1 — Reichs — Thaler. Der oben erwähnte preußische Stempel ist ebenfalls ein Trockenstempel und enthält den preußischen Adler und die Initialen F W III.

Einziehung der Tresorscheine und Kassenbillette.

Vorschriften.

Durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 21. Dezember 1824 wegen Einführung der neuen Kassenanweisungen an die Stelle der Tresor- und Talerscheine und ehemals sächsischen Kassenbillette wurde die Ausgabe neuen Papiergeldes und die Einziehung des alten bestimmt, da dieses letztere durch den Verkehr schadhafte und unbrauchbar geworden sei. Die eingezogenen Tresorscheine usw. sollen sofort auf eine von der Hauptverwaltung der Staatsschulden näher zu bestimmende Art für den Umlauf untauglich gemacht, demnächst aber einer besonders dazu ernannten Kommission zur Verbrennung übergeben werden. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden wird ermächtigt, nach vorheriger zweimaliger Aufforderung des Publikums zum Umtausch der alten Scheine einen Präklusivtermin von mindestens sechs Monaten anzusetzen, mit dessen Eintritt die alsdann noch zirkulierenden Tresorscheine, Talerscheine und Kassenbillette Litt. A wertlos sind.

Die oben vorgeschriebene vorläufige Untauglichmachung soll nach einer durch die Hauptverwaltung der Staatsschulden dem

Geheimen Rechnungsrat Paris unter dem 28. Dezember 1824 erteilten Anweisung in der Weise erfolgen, daß von den 1-Talerscheinen eine Ecke weggeschnitten, bei den 5-Talerscheinen ein dreieckiger Ausschnitt zwischen den Namen gemacht wird, während die Scheine zu 50, 100 und 250 Taler mit roter Tinte durchkreuzt werden.

Die erste Aufforderung zur Einlösung erging am 15. Januar 1825. Die alten Scheine werden bis zum 1. März 1825 bei dem Realisationskontor in Berlin und den Regierungshauptkassen eingelöst, von da ab nur in Berlin, Taubenstraße 30. Die zweite Aufforderung erfolgte am 14. Mai 1825. Unter dem 2. Juli 1825 wurde als Präklusivtermin der 28. Februar 1826 festgesetzt und bekannt gemacht.

Ausführung.

Nachstehende Zusammenstellung zeigt das Ergebnis der von der Hauptverwaltung der Staatsschulden geleiteten Einziehung der Tresorscheine, Talerscheine und Kassenbillette bis zum 6. Mai 1826.

Emittiert sind:

1. nach der Verordnung vom 4. Februar 1806			
		Taler	Taler
in Scheinen zu	5 Taler . .	2 516 210	
"	" " 50 " . .	2 000 000	
"	" " 100 " . .	2 000 000	
"	" " 250 " . .	<u>2 577 000</u>	
zusammen		9 093 210
2. nach der Verordnung vom 4. Dezember			
	1809 in Scheinen zu 1 Taler . . .		2 055 300
3. sächsische Kassenbillette Littera A . .			
		<u>1 750 000</u>	
im ganzen also		12 898 510

Davon kommen in Abzug:

1. die nach der Verordnung vom 4. Dezember 1809 eingezogenen, 1810 vernichteten

	Taler	Taler	Taler
Tresorscheine zu 5 Taler	200 000		
„ „ 50 „	400 000		
„ „ 100 „	690 000		
„ „ 250 „	<u>710 000</u>		
mithin		2 000 000	

2. die nach derselben Verordnung präkludierten

	Taler	
Tresorscheine zu 5 Taler	105	
„ „ 50 „	150	
„ „ 100 „	500	
„ „ 250 „	<u>500</u>	
zusammen		1 255

3. die vom 8. Oktober 1814 bis zum 29. November 1824 verbrannten

	Taler	
Tresorscheine zu 5 Taler	313 130	
„ „ 50 „	584 350	
„ „ 100 „	886 600	
„ „ 250 „	1 439 250	
Talerscheine	6 234	
Kassenbillette	<u>537 510</u>	
zusammen		3 767 074

4. die zur Vernichtung bestimmten, als beschädigt umgetauschten

	Taler	
Tresorscheine zu 5 Taler	165	
„ „ 50 „	200	
„ „ 100 „	100	
Talerscheine	232	
Kassenbillette	<u>102</u>	
zusammen		799

das macht im ganzen 5 769 128
 mithin sind in Umlauf verblieben 7 129 382

Bis zum Ablauf der Präklusivfrist sind durch Umtausch eingezogen:

	Taler	Taler
Tresorscheine zu 5 Taler	1 978 245	
" " 50 " 	1 010 850	
" " 100 " 	425 400	
" " 250 " 	425 500	
Talerscheine	2 030 651	
Kassenbillette	<u>1 179 950</u>	
zusammen		<u>7 050 596</u>
mithin sind präkludiert		78 786

Nach obigem erscheinen als präkludiert:

	Taler
Tresorscheine zu 5 Taler	24 565
" " 50 " 	4 450
" " 250 " 	1 750
Talerscheine	18 183
Kassenbillette	<u>32 438</u>
zusammen	81 386
davon ab zuviel eingegangene	
Tresorscheine zu 100 Taler	<u>2 600</u>
macht wie oben	78 786

Die eingezogenen Tresor- und Talerscheine wurden nach Abzug der darunter als falsch erkannten Scheine am 7. und 8. Juni 1826 in der königlichen Münze verbrannt; das gleiche geschah am 18. Dezember 1826 mit den sächsischen Kassenbilletten, nachdem die Regierung von Sachsen-Weimar-Eisenach, wie oben erwähnt, am 12. August 1826 auf das ihr zustehende Recht der Naturalauslieferung verzichtet hatte. Später gelangten noch zur Einlösung 387 Taler, davon ausnahmsweise trotz Versäumung der Frist 195 Taler, während der Rest vor Ablauf der Frist eingeliefert, aber versehentlich nicht zur Berechnung gekommen war. Aus welchen Sorten von Scheinen diese 387 Taler bestanden, läßt sich nicht ermitteln.

Die präkludierten Scheine hatten früher einen Wertlosigkeitsstempel erhalten. Nach einer Anweisung der Hauptverwaltung der Staatsschulden an die Kontrolle der Staatspapiere vom 8. April 1826 soll folgender Vermerk mit roter Tinte darauf geschrieben werden:

Präcludirt in Gemäßheit des § XIII der
Verordnung vom 21. December 1824.

Berlin, den ... ten 1826.

Controlle der Staatspapiere.

Darauf sind die Scheine zurückzugeben. Früher eingelieferte sächsische Kassenbillette sollen den Vermerk „Wertlos“ in roter Tinte bekommen.

Fälschungen.

Die Fälschungen der oben beschriebenen Papiergeldsorten sind ziemlich zahlreich gewesen. Unter den nach der Verordnung vom 21. Dezember 1824 eingezogenen Scheinen wurden als falsch erkannt:

	Taler	Taler
Tresorscheine zu 5 Taler	530	
„ „ 100 „	200	
Talerscheine	1 895	
Kassenbillette	95	
zusammen		2 720

Eine erheblich größere Summe an falschen Scheinen war jedoch schon früher eingezogen, und zwar von der Generalstaatskasse und der Hauptschatzkasse:

Tresorscheine	22 501	
Kassenbillette	1 571	
zusammen		24 072
von der Kontrolle der Staatspapiere ohne Ersatz		749
das macht im ganzen		27 541
davon waren bereits früher vernichtet		14 171
über den Verbleib des Restes von		13 370

ist aus den Akten nichts ersichtlich.

Damit ist aber zweifellos die Zahl der überhaupt vorgekommenen Fälschungen bei weitem nicht erschöpft, wie sich schon daraus ergibt, daß sich unter den 26 zuviel eingelieferten Tresorscheinen zu 100 Taler nur zwei falsche befanden. Auch ist der Betrag der von den alten Emissionen präkludierten Scheine ein verhältnismäßig geringer (48 948 Taler), so daß angenommen werden muß, daß bei den früheren Einziehungen nicht wenige falsche Scheine mit eingeliefert und, ohne als falsch erkannt zu werden, mit den echten vernichtet sind.

Die Kassenanweisungen von 1824.

An die Stelle der Tresorscheine und Kassenbillette traten nach der oben erwähnten Verordnung vom 21. Dezember 1824 „Königlich preussische Kassenanweisungen auf Courant nach dem Münzfuß von 1764“ zu 1, 5 und 50 Taler, und zwar zum vollen Betrage der in der Verordnung vom 17. Januar 1820 genannten unverzinslichen Staatsschuld von 11 242 347 Taler. Es sind ausgefertigt zu

1 Taler	für	4 242 347 Taler	
5	„	5 000 000	„
50	„	2 000 000	„

Diese Kassenanweisungen sollen dem baren Metallgelde gleich erachtet werden. Ob sie dadurch gesetzliches Zahlungsmittel wurden, ist freilich nicht sicher. Die früheren gesetzlichen Bestimmungen sind, so sehr sie auch voneinander abwichen und teilweise sich widersprachen, ohne Unterschied für anwendbar erklärt. Alle an die Kassen in Silbergeld zu leistenden Zahlungen sind vom 3. Januar 1825 ab zur Hälfte in Kassenanweisungen zu entrichten (vgl. Bekanntmachung vom 21. Juni 1826), soweit das nicht geschieht, sind für den Taler 2 Sgr. Strafagio zu zahlen (das Agio wurde durch Verordnung vom 14. Oktober 1827 auf 1 Sgr. herabgesetzt).

Zur Ausführung dieser Verordnung ist die Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 22. Dezember 1824

ergangen. Es sollen zunächst Appoints zu 5 Taler und 1 Taler ausgegeben werden. Das Papier der 5-Talerscheine hat im Innern rotfarbige Wasserzeichen, die von beiden Seiten ein rötliches Ansehen geben. In den unbedruckten äußeren Rändern zeigen diese Wasserzeichen in vierfacher Schriftart die Worte „Fünf Thaler“, in dem bedruckten Teil hingegen den königlichen Namenszug, umgeben mit der Inschrift „Fünf Thaler Preuß. Cour.“ und von Zirkellinien umschlossen, an deren Seiten zwei Adler befindlich sind. Die Züge der Schriften und Figuren sind überall aus einzelnen Teilen gebildet und erscheinen daher in stets durchschnittener Arbeit. Der größte Teil des übrigen Raumes ist teils mit längeren, teils mit kürzeren, geraden und gekrümmten Linien und mit Punkten ausgefüllt. Diese Wasserzeichen sind sämtlich noch besonders wieder dergestalt durchbrochen, daß sie als aus einzelnen Strichen und Punkten zusammengesetzt erscheinen.

Die Vorseite hat auf blauem Liniengrunde stehenden schwarzen Typendruck. Neben der laufenden gedruckten Nummer steht die Unterschrift des Beamten, von dem die Eintragung geschehen ist. Der schwärzlich gehaltene Druck der Rückseite wiederholt in neun verschiedenen, figurierten Feldern den Inhalt der Vorseite, soweit solcher die Benennung und den Wertbetrag dieses Papiergeldes betrifft. Diese neun Abteilungen sind durch verschiedene kleine Gravierungen so miteinander verbunden, daß das Ganze ein längliches Viereck bildet, 2 Zoll 4 Linien hoch, 4 Zoll breit. Der Papierrand ist $\frac{1}{2}$ Zoll breit.

Das Papier der 1-Talerscheine hat im Innern blaufarbige Wasserzeichen, auf beiden Seiten bläuliches Ansehen, in der Mitte den königlichen Adler, umgeben mit der Inschrift: „Königl. Preuß. Kassen-Anweisung von Einem Thaler“. In den unbedruckten Rändern viermal in vierfacher Schrift der Wertbetrag „Ein Thaler“. Sonst sehr ähnlich wie die 5-Talerscheine, etwas kleiner.

Am 28. Dezember 1824 ermächtigte der König die Hauptverwaltung der Staatsschulden, Anweisungen zu 50 Taler zum

Gesamtbeträge von 2 Millionen Taler ausfertigen zu lassen. Die diesbezügliche Bekanntmachung erschien aber erst am 23. Juli 1825. Das Papier hat blaufarbige Wasserzeichen, in der Mitte zweimal den Namenszug des Königs, ein jeder umgeben mit zwei Inschriften: „Friedrich Wilhelm III“ und „Fünfzig Thaler Preuß. Courant“, hiernächst aber noch zweimal die Jahreszahl 1824. Der Wertbetrag wiederholt sich in den unbedruckten Rändern viermal in zwiefacher Schrift. Im übrigen ähnelt das Aussehen den vorbeschriebenen, nur daß Scheine und Schrift größer sind.

Vermutlich wegen des damals beliebten Ausschneidens von Schattenrissen wurde durch Kabinettsorder vom 9. April 1825 davor gewarnt, den Rand der Scheine abzuschneiden.

Die späteren Emissionen.

Laut Kabinettsorder vom 22. April 1827 wurden, da die Summe von 11 242 347 Taler nicht mehr dem Verkehrsbedürfnis genügte, die Kassenanweisungen um 6 Millionen Taler vermehrt, und zwar je zur Hälfte in Appoints zu 50 und 1 Taler, gegen Einziehung eines gleichen Betrages außer Kurs zu setzender Staatsschuldscheine oder Domänenpfandbriefe.

Nachdem zu Anfang der dreißiger Jahre eine außerordentlich große Anzahl von Zeichnungen und Probedrucken für neues Papiergeld hergestellt und verworfen war, wurden durch Kabinettsorder vom 14. November 1835 neue Kassenanweisungen zu 1, 5 und 50 Taler eingeführt, die zum Ersatz der bisherigen, durch den Gebrauch untauglich gewordenen bestimmt waren. Der Gesamtbetrag sollte die bisherige Summe von 17 242 347 Taler nicht übersteigen.

Damit das Papiergeld für den ganzen Umfang der Monarchie nach einem gleichmäßigen Plane angefertigt werde und einer gleichen Beaufsichtigung in betreff der Verfälschungen unterliege, wurde durch Kabinettsorder vom 5. Dezember 1836 be-

stimmt, daß die von der Bank und Seehandlung bisher ausgegebenen Kassenscheine eingezogen und zur Erleichterung des Geldverkehrs an deren Stelle Kassenanweisungen zum Betrage von 3 Millionen Taler für die Bank und 2 Millionen Taler für die Seehandlung je zur Hälfte in Appoints zu 100 und 500 Taler gegen Niederlegung eines gleichen Betrages von Staatschuldenscheinen bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden ausgegeben werden sollten.

Dadurch hat übrigens die der Bank durch das Stiftungsreglement vom 29. Oktober 1766 verliehene Befugnis der Ausgabe von Banknoten nicht aufgehoben werden sollen. Die Bank hat allerdings von diesem Recht längere Zeit keinen Gebrauch gemacht, bis ihr durch Kabinettsorder vom 11. April 1846 (vgl. auch Kabinettsorder vom 16. Juli 1846 und Statut vom 24. August 1849) ausdrücklich gestattet wurde, nach Bedürfnis des reglementsmäßigen Bankverkehrs Noten in Appoints zu 25, 50, 100 und 500 Taler bis zum Betrage von 10 Millionen Taler auszugeben, die in allen Staatskassen statt baren Geldes, insbesondere statt Kassenanweisungen anzunehmen waren.

Zur Einziehung gelangten auch die noch in Kurs befindlichen Bankscheine der Ritterschaftlichen Privatbank in Pommern. Diese hatte auf Grund ihres Statuts vom 15. August 1824 Banknoten zu 5 und 1 Taler folgenden Wortlauts ausgegeben:

„Fünf (Ein) Reichsthaler in Preußischem
Silber-Courant nach dem Münz-
fusse von 1764.

Dieser von der ritterschaftlichen Privat-Bank in Pommern ausgefertigte Bankschein wird zu dem obigen Betrag in ihren Comtoirs zu jeder Zeit einem jeden Inhaber vollständig realisirt. Annehmbar auch in den Königlichen Kassen in Pommern bei Entrichtung der öffentlichen Abgaben zu einem Viertel des Courantbetrages derselben, auch dabei annehmbar auf das Tresorschein-Pflichttheil.“

Von diesen Bankscheinen zu 5 Taler waren nach dem Statut vom 23. Januar 1833 noch 500000 Taler in Zirkulation verblieben, die nun durch die gleiche Summe von Kassenanweisungen ersetzt wurden.

Die neuen Kassenanweisungen sollten unter dem alten Datum ausgefertigt werden.

Das nächste Jahr brachte laut Kabinettsorder vom 9. Mai 1837 die Vermehrung der Kassen-Anweisungen um 3 Millionen Taler gegen Deposition des gleichen Betrages in Staatsscheinen oder Obligationen der Anleihe von 1830. Zur Ausgabe gelangt sind je 1 Million Taler in Appoints zu 1 und 5 Taler und je 500 000 Taler in Appoints zu 50 und 100 Taler.

Die allgemeine Münzkonvention der zum Zoll- und Handelsverein verbundenen Staaten vom 30. Juli 1838 bezieht sich nur auf die grobe Silbermünze (Doppeltaler) und die Silberscheidemünze, nicht auf Papiergeld.

Die laut Gesetz vom 15. April 1848 verausgabten Darlehnskassenscheine zum Betrage von 10 Millionen Taler, und zwar 6 Millionen zu 1 Taler und 4 Millionen zu 5 Taler, bildeten insofern einen neuen Typus, als sie zum Zwecke der Gewährung von Darlehen an Private gegen Sicherheit verausgabt wurden. Sie wurden 1851 in Kassenanweisungen umgewandelt.

Nach dem Gesetz vom 7. März 1850 betrug die unverzinsliche Staatsschuld:

	Taler
Kassenanweisungen vom 21. Dezember 1824 . . .	11 242 347
„ „ 22. April 1827	6 000 000
„ „ 5. Dezember 1836 . .	2 500 000
„ von der Preußischen Bank noch abzuliefern (Bankordnung vom 5. Oktober 1846) .	1 100 000
im ganzen also	20 842 347

Neue Darlehnskassenscheine wurden 1866 und 1867 ausgegeben, neue Kassenanweisungen 1856, 1861 und 1868. Im letztgenannten Jahr wurden laut Gesetz vom 29. Februar 1868 die Kassenscheine des Kurfürstentums Hessen zum Betrage

von 1 000 000 Taler und die Noten der Landesbank im Herzogtum Nassau zum Gesamtbetrage von 2 500 000 Gulden auf die unverzinsliche Staatsschuld übernommen, gleichzeitig aber die Einziehung dieser Scheine und deren Ersetzung durch neu auszugebende Kassenanweisungen zum Betrage von 2 407 653 Taler angeordnet, und zwar 2 400 000 Taler in Appoints zu 5 Taler und 7653 Taler in Appoints zu 1 Taler.

Die gesamte unverzinsliche Staatsschuld der Monarchie belief sich nach diesem Gesetz auf 18 250 000 Taler, davon 10 400 000 Taler in Appoints zu 5 Taler und 7 850 000 Taler in Appoints zu 1 Taler.

Durch Gesetz vom 22. April 1869 wurde in den neu erworbenen Landesteilen die Zahlung mit fremdem Papiergeld in Talerwährung und in einzelnen Stücken von weniger als 10 Taler verboten.

Im Jahre 1851 war der Gesamtbetrag des preußischen Papiergeldes 30 800 000 Taler, 1871 noch 20 478 000 Taler. An Banknoten waren damals in Deutschland 456 Millionen Taler im Umlauf. Im Jahre 1874 wurde das Papiergeld der deutschen Einzelstaaten zum Gesamtbetrage von 61 374 600 Taler durch Reichskassenscheine zum Gesamtbetrage von 174 750 000 Mark ersetzt. Das letzte preußische Papiergeld der Emissionen von 1851, 1856 und 1861 verlor seine Gültigkeit nach dem Allerhöchsten Erlaß vom 1. Oktober 1877.

Wirtschaftliche Entwicklung Elbings im neunzehnten Jahrhundert*).

Von

Dr. Edward Carstenn.

Bei der Eroberung Preußens benutzte der deutsche Orden die von der Natur des Landes gebotenen Wege: Die Ritter drangen längs der Weichsel und ihrer rechten Zuflüsse in das Land vor. Und als sie im Jahre 1237 auf der Weichsel ans Haff gelangt waren, da gründeten sie an ihrer Mündung Burg und Stadt Elbing.

Schnell blühte das Gemeinwesen, das ausnahmsweise von dem Landesherrn mit lübischem Recht bewidmet worden war, empor, erschlossen ihm doch die Weichsel und eine alte überlandführende Handelsstraße ein großes Absatzgebiet. Zudem boten die Lage am Elbingfluß und das meerwärts vorgelagerte Haff genügend Schutz gegen überraschende räuberische Überfälle von der Seeseite her. In kurzem schloß sich die Stadt der Hanse an als erster Handelsort des jungen Ordensstaates.

Doch änderte ein Naturereignis bald die Verhältnisse. Zu Ausgang des 13. Jahrhunderts fand die Weichsel eine neue

*) Die vorliegende Arbeit war ursprünglich für den Verwaltungsbericht 1909—1911 der Stadt Elbing bestimmt. Daher konnte ich eine Reihe von Quellen benutzen, die mir der Magistrat zur Verfügung stellte.

Wongrowitz, im Juli 1912.

Dr. Carstenn.

Mündung bei Danzig. Und als mit Pommerellen dieser Ort dem Orden zufiel — im Jahre 1309 —, da wurde auch Elbing schnell von ihm überholt und an die zweite Stelle der preußischen Handelsstädte gerückt. Fühlbar machte sich diese Umwandlung für unsere Stadt indes nicht. Denn ihr Handel und Wohlstand nahmen gleichmäßig weiter zu, weil der Reichtum des Ordenslandes durch vorzügliche Verwaltung und kluge Besiedlung ständig wuchs und früh zu hoher Blüte gelangte.

Bestand schon zwischen dem Orden und seinen Städten — damit auch Elbing — nur ein bündnisähnliches Verhältnis auf Gegenseitigkeit, so brachte der Übergang an Polen unsrer Stadt ihre völlige staatliche Selbständigkeit. Zu ihrem bisherigen schon beträchtlichen Landbesitz erhielt sie noch die Ländereien des Elbinger Ordensgebietes und die hohe Gerichtsbarkeit. Ihr „Territorium“ umfaßte jetzt einen Landstrich, der sich im wesentlichen mit dem heutigen Elbinger Kreise deckt. Nur durch Personalunion war die Stadt dem polnischen Reiche verbunden. Und der schon geringe Einfluß der Krone hätte noch unbedeutender sein können, wenn die Ratsfamilien weniger auf ihr Wohlergehen, als auf das der Stadt bedacht gewesen wären. Durch diesen Mißstand war Gelegenheit geboten zu innern Kämpfen gegen die Ratspartei und ihr Regiment, Kämpfen, die dem König von Polen willkommenen Anlaß zum Eingreifen und Befestigen seiner Macht gaben. Allein die schlechte Wirtschaft des Elbinger Rats ist nicht, wie wohl oft angenommen wird, völlig schuld am Niedergang der Stadt zu polnischer Zeit gewesen, wenngleich dieser durch den Eigennutz der Ratsglieder sicher beschleunigt und auf den gewaltigen Tiefstand gebracht wurde, den Friedrich der Große vorfand. Eine allmählich immer ungünstigere Lage für den während des Mittelalters die Ostsee beherrschenden deutschen Handel wurde herbeigeführt durch die Erstarkung der drei nordischen Reiche Dänemark, Norwegen und Schweden. Sie führte zu einer allmählichen Auflösung der Hanse, die als Städtebund immerhin noch verhältnismäßig lange den politischen Niederlagen, welche sie trafen, trotzte. Natur-

gemäß litt mit dem großen deutschen Handel der Elbings, der in der Hauptsache nach Norwegen, England, Flandern, Schonen und Nowgorod gerichtet war. Und die Stadt sagte sich deshalb schließlich von der Hanse los.

Es schien ihr nämlich Gelegenheit zu neuem Aufschwung gegeben zu werden, und sie besaß Kraft genug, diese zu ergreifen. Schwere Zwistigkeiten des polnischen Reiches mit Danzig führten zu einem Handelsverbot über diese Stadt von seiten der Krone, das streng durchgeführt wurde und Elbing als dem zweiten Weichselhafen zugute kam. Dieser Streit brachte der Stadt die Niederlassung einer englischen Handelsgesellschaft (Fellow ship of eastland merchants), deren Mitglieder sogar zum Bürgerrecht zugelassen wurden, trotz des schärfsten Einspruchs von seiten der Hanse wie auch Danzigs, die ein Eindringen fremder Handelsgesellschaften auf deutschen Boden verurteilten. Indes sah Polen keine Ursache, die Absichten Elbings zu durchkreuzen, und so vermochte die Stadt kurze Zeit sich zu alter Blüte zu erheben. Doch eben nur auf kurze Zeit. Denn nachdem der Handel über Danzig für die Polen wieder frei gegeben und Elbing im schwedisch-polnischen Kriege (17. Jahrhundert) unter schwedische Herrschaft geraten war, da verlegte die englische Handelsgesellschaft ihren Sitz nach Danzig. Wieder sank Elbing zu unbedeutender Stellung herab.

Die Selbstsucht der Ratsglieder, die nicht einmal vor Verfassungsbruch zurückscheuten, führte besonders den Verfall der Wehrkraft herbei und machte so die Stadt zum Spielball der Launen des Kriegsglücks im 17. und 18. Jahrhundert. Ihre hierin begründete politische Hilflosigkeit zog den Spott und Hohn des mächtigen Danzigs und vieler Fürsten auf die Stadt, und mancher Elbinger mußte ihn draußen kosten. Natürlich verfuhr die Krone Polen mit diesem Staatswesen nach Gutdünken. Nie hätte sie es wagen dürfen, wenn Elbing damals eine wehrkräftige, gut geleitete Stadt gewesen wäre, das Elbinger Gebiet an Brandenburg zu verpfänden und nicht einzulösen, und nie wäre es Preußen möglich geworden, so leicht

sich des Pfandes zu bemächtigen, wie es im Beginn des 18. Jahrhunderts geschah. Die Stadt mußte ohnmächtig zusehen, wie ihr ein wertvoller Besitz entrissen wurde. Aus der Mitte der Bürgerschaft unternahm man zwar den erfolgreichen Versuch, dem ungetreuen Rat die Herrschaft aus der Hand zu reißen, doch konnte die neue Verfassung sich nicht bewähren, weil mit dem Übergang an Preußen aus dem Elbinger Staate eine Provinzstadt wurde.

Zwar hatten die Elbinger gehofft, bei der Besitznahme durch Preußen, dessen tüchtige Verwaltung und Sparsamkeit sieben Jahrzehnte hindurch vor den eigenen Toren von ihnen halb neidisch, halb verächtlich beobachtet worden waren, ihre althergebrachte Selbständigkeit zu retten. Der preußische Staat indes zwang die Stadt kurzerhand nieder und vermochte auf diese Weise allein, der alten Wirtschaft ein Ende zu bereiten. Wohl ließ er keine Änderungen in den Personen der Verwaltung eintreten. Aber es begann nun eine Zeit der Sparsamkeit, unter strengster Aufsicht der Regierung, wie sie der Elbinger Rat sich bisher nicht hatte vorstellen können. Schon merkwürdig genug mußte den Ratsherren die Forderung erscheinen, daß sie einen Überschlag über Einnahme und Ausgabe zum Voraus machen sollten. Und was hat die Regierung nicht alles daran auszusetzen: Während sie auf der einen Seite die Ausgaben untersucht und ihr kein noch so geringer überflüssiger Posten entgeht, empfiehlt sie auf der andern Seite durch Vorschläge aller Art die Einnahmen zu vergrößern. Und es gelingt; allerdings nicht ohne daß in den ersten amtlichen Berichten dem Rat noch starke Rügen wegen der wirtschaftlichen Lage der Stadt erteilt werden: „Die Schulden der Stadt anlangend, so haben Wir darüber Unserer Allerhöchsten Persohn zu derselben Bezahlung Vorschläge gethan, indeßen können Wir dem Magistrat nicht verheelen, wie seine bisherige Wirthschaft unverantwortlich gewesen, und es bey einer Cämmerey von solchen resourçen (!) eine Schande ihrer Vorgesetzten ist, wenn sie in solche miserable Umstände verfällt, die bey einer näheren

recherche die wenige Sorgfalt für das allgemeine Stadt Interesse und desto genauerer Beobachtung illegaler privat Vortheile ver-räth, indeßen wollen Wir hoffen, daß diejenige, denen Wir in der Folge curam specialem des ærarii publici übertragen werden, durch ihre Betriebsamkeit der städtischen Caße treuer und mit beßerem Erfolg vorzustehen bemüht seyn werden¹⁾. Gar oft zeigten auch sonst die Ausstellungen am Etat eine Spitze gegen die vorpreußische sorglose Art, mit den Mitteln der Stadt um-zugehen. Als der Magistrat u. a. es für nötig erachtete, zwei neue Diener für das Stadtgericht anzustellen, verweigerte die Regierung diese Ausgabe: „Ueberhaupt scheinen allzuviel Stadt-Räthe und Gerichts-Diener zu seyn“, was die Westpreußische Kammer zu Marienwerder, wenn auch in milderer Form noch-mals zu wiederholen für nötig erachtete: „Schließlich wird noch angeführet (nämlich von der Regierung), daß hier in Elbing alzuviel Glieder des Magistrats auch Subalternen angesetzt sind, so nach Königl. Reglements retranchiret werden müssen²⁾. Auch der Ratskoch Geist verlor seine Stelle. Wenn er tüchtig sei (so antwortete man ihm auf sein Gesuch, ihn beim Vertrage vom 5. Juni 1761 zu belassen), so dürfte er in Marienwerder ein Auskommen finden. Die Elbinger Kämmererei habe kein Geld für ihn. Auch sei es „in Seiner Königlichen Majestaet Ländern nicht gebräuchlich zu Schmausereyen vor die Rathsglieder Köche zu salariren³⁾“.

Wurden durch die sparsamste Wirtschaft unnötige Aus-gaben gemieden, so gelang es, neue Einnahmen aus vorhandenen Mitteln zu schaffen, indem durch Neuerungen Unkosten ver-ringert oder ganz abgeschafft wurden: Auf Vorschlag der Regierung begann man u. a. mit der Vererbpachtung der Mühlen und Liegenschaften, soweit sie zur Stadt gehörten, wälzte damit die zum Teil gewaltigen Lasten auf die Pächter ab und erzielte

1) Schreiben der Regierung vom 18. 2. 1773. Magistrats-Akten, Elbing. K. 334 vol. 3, fol. 16 b.

2) Berlin, 5. Dez. 1774. Mag.-Akt. Elbing. K. 334 vol. 3, fol. 67 b. 68 b.

3) Marienwerder, 23. März 1773. Mag.-Akt. Elbing. K. 334 vol. 3, fol. 25 a.

doch regelmäßige Einnahmen. Allein die Vererbpachtung der Kämmereimühlen im Jahre 1806 brachte 27700 Rtl., die zur Schuldentilgung und zu Gehaltsaufbesserungen verwandt werden sollten. Leider kam der Krieg dazwischen⁴⁾.

Da auch die Regierung in dem von ihr gesetzten Oberbürgermeister v. Lindenowsky einen tüchtigen Beamten besaß, der sorgte, daß die ihm Unterstellten „alles mit gehöriger Hurtigkeit und Accurateße“⁵⁾ taten zum Wohl der Stadt, so zeigte sich bald der wohlthätige Einfluß der neuen Herrschaft: Während der Kämmereietat 1773/4 in Einnahme und Ausgabe 24894 Rtl. 21 Sgr. 9 δ betrug⁶⁾, gleicht sich der für 1780/2 mit 35855 Rtl. 38 Sgr. 3 $\frac{1}{2}$ δ aus⁷⁾, und der für 1783/4 gar mit 40574 Rtl. 79 Sgr. 7 $\frac{17}{30}$ δ ⁸⁾, so daß der Haushalt im ersten Jahrzehnt der preußischen Herrschaft fast um das doppelte anwuchs.

Es ließ sich mithin ermöglichen, die große Schuldenlast aus polnischer Zeit von 154782 Rtl., die jährlich allein 6676 Rtl. 75 Sgr. 9 δ Zinsen (zu 4 und 5 %) erforderte, allmählich abzutragen, zumal der Staat eine Beihilfe leistete als Entschädigung, weil er nicht gewillt war, die Stadt wieder in den vollen Genuß ihres Territoriums eintreten zu lassen⁹⁾. Für das Etatsjahr

4) C. F. Ramsay, Chronik der Stadt Elbing Bd. 1 S. 115 ff. Es brachten:
 die Obermühle 5450 Rtl.
 „ Untermühle 4883 „ 30 Sg.
 „ Notsackmühle 5133 „ 30 „
 „ Scheder- oder Bäckermühle 6000 „ „
 „ Strauchmühle 6233 „ 30 „

Vgl. Edward Carstenn, Carl Ferdinand Ramsay, Mitteilungen des Copernicus-Vereins für Wissenschaft und Kunst zu Thorn. 20. Heft, Nr. 1. 1912, S. 8 ff.

5) Marienwerder, 18. Febr. 1773. Mag.-Akt. Elbing. K. 334 vol. 3, fol. 22a.

6) Mag.-Akt. Elbing K. 334 vol. 3, fol. 36—40.

7) Mag.-Akt. Elbing K. 334 vol. 3, fol. 270 b ff.

8) Mag.-Akt. Elbing K. 334 vol. 2, fol. 17 a.

9) Mag.-Akt. Elbing K. 334 vol. 3, fol. 34 b, 39 b, Marienwerder, 18. Juni 1773 und Etat 1773/4.

Der Staat zog aus dem Territorium nach Abzug der Unkosten im Jahre 1703: 14195 Rtl., 1704: 17029 Rtl., 1771: 36836 Rtl. und 1814/5: 33104 Rtl. Vgl. M. G. Fuchs, Beschreibung der Stadt Elbing III₂, S. 169 f, S. 245.

1783/4 konnte die Zinsenlast schon um 1800 Rtl. herabgemindert werden¹⁰⁾. Und einen Rückgang auf 91 227 Rtl. 66 Sgr. 9 δ Kapital mit gegen 4000 Rtl. Zinsen wies der Etatsentwurf für 1800/1806 auf¹¹⁾.

Nicht unwesentlichen Anteil an dem Aufblühen der Stadt hatte die Fürsorge der preußischen Regierung für den Handel Elbings. Noch einmal wurde es auf kurze Zeit der alleinige Ausfuhrhafen der Weichsellande. Die erste Teilung Polens (1772) hatte von Westpreußen nur Danzig und Thorn noch bei dem alten Reiche belassen. Es lag also der preußischen Regierung viel daran, Danzigs Handel zugunsten des Elbingschen zu schädigen. Und dies mußte ihr um so leichter fallen, als sie im Besitz von Neufahrwasser und damit der Danziger Weichselmündung war. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich der ganze Handel nach Elbing zog, das einer neuen Blüte entgegenging. Man vermag dies recht deutlich am Schiffbau wahrzunehmen. Zu polnischer Zeit hatte er fast völlig brach gelegen. Jetzt hob er sich merklich, nachdem ein Handelsaufschwung vorangegangen war. Es verließen den Stapel

1794	1 Schiff	von	130 Last	
1795	1	„	140	„
1796	2 Schiffe	„	170	„ (80+90)
1797	3	„	420	„ (80+100+240)
1798	4	„	500	„ (200+80+110+110)
1799	5	„	720	„ (120+140+120 · 3)
1800	5	„	770	„ (140+160+140+160+170)
1801	4	„	750	„ (120+140+130+360)
1802	6	„	920	„ (220+120+130+180+180+90)
1803	2	„	190	„ (80+110)
1804	2	„	260	„ (170+90)
1805	1 Schiff	„	130	„
1806	1	„	120	„ ¹²⁾ .

¹⁰⁾ Mag.-Akt. Elbing K. 334 vol. 2, fol. 37b.

¹¹⁾ Mag.-Akt. Elbing K. 334 vol. 1. Etat 1800/6 S. 164—175.

¹²⁾ Aufstellung nach M. G. Fuchs, Beschreibung der Stadt Elbing und ihres Gebietes III, Elbing 1826. S. 308 ff.

Als nach der dritten Teilung des polnischen Reiches auch Danzig an Preußen fiel, hörte die Bevorzugung Elbings auf. Indes machte der Schade sich nicht zu scharf bemerkbar, hatten doch die Elbinger wieder Unternehmungsgeist unter der neuen Herrschaft gewonnen.

Und er ist ihnen geblieben trotz der gewaltigen Schicksalsschläge, die besonders der Beginn des 19. Jahrhunderts für sie mit sich brachte. Denn „in so gute Umstände die Cämmerey auch (durch) die Veräußerung der Mühlen und des Stadthofes 1805 und die dadurch bewirkte Schuldenablösung gekommen war, in so bedrängte neue Labirinth wurde sie durch die Kriegsereignisse versetzt¹³⁾“. Neben den gewöhnlichen Kriegsbeschwerden lud der Krieg von 1806/7 der Stadt Elbing eine Schuldenlast von 900000 Rtl. auf¹⁴⁾. Sie hat wie ein lähmender Druck das ganze Jahrhundert hindurch auf Elbings Entwicklung gelastet. Wohl versuchten Magistrat und Stadtverordnete das Ganze oder wenigstens einen Teil auf die Staatskasse¹⁵⁾ abzuwälzen; denn die Stadt sei zu arm, die Einnahmen aus dem Territorium fehlten, und zudem sei der Betrag zu hoch, weil nach dem Durchschnitt anderer Städte bei Berücksichtigung der Einwohnerzahl eigentlich nur gegen 400000 Rtl. von Elbing zu tragen wären. Die Elbinger Handwerker hofften sogar, den König günstig für die Stadt zu stimmen, indem sie ihm bei seinem Einzuge am 26. Juli 1818 die Pferde auszuspannen suchten. Doch half kein Bemühen, denn seinerzeit war die Schuld allen Rechtens von der Stadt übernommen worden, und der Staat mochte nicht diese Last tragen helfen. Magistrat und Stadtverordnete beruhigten sich indes erst, als die Kabinettsorder vom 20. März 1825 ihnen Undankbarkeit vorwarf wegen der schon gewährten Erleichterungen

¹³⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. 1, S. 141, Januar 1808.

¹⁴⁾ Mag.-Akt. Elbing, V.30.

¹⁵⁾ Zur Stadtschuld vgl. M. G. Fuchs, Beschreibung, Bd. III₃, Elbing 1832, S. 626 ff. Anm.

zur Schuldentilgung und gar von Bestrafung wegen der „fortgesetzten Renitenz“ sprach. Damit war dieser höchst unerquickliche Streit beendet, und man ging jetzt ernstlich daran, allmählich die Schuld zu verringern. Hierzu bot eine gute Beihilfe eine in Raten — gemäß Vertrages vom 24. November 1826¹⁶⁾ — zu zahlende Entschädigung von 300 000 Rtl. für die Einbehaltung des Territoriums durch den Staat. Allein im Jahre 1831 gelang es, auf diese Weise 17 000 Rtl. Obligationen abzulösen. Die Stadtschuld betrug am 31. Dezember d. Js.:

403 030 Rtl. 4 ½ % Obligationen und

274 014 Rtl. 12 Sg. 10 ♂ unverzinslicher Zinsscheine,

die gemäß Kabinettsorder vom 17. Dezember 1821 erst nach Tilgung des Kapitals abzutragen waren. Zu diesen 677 000 Rtl. traten noch von sonst zu verzinsenden Schulden

38 000 Rtl. und die Brauablösung von

120 000 Rtl. in 4 % Obligationen¹⁷⁾.

An besondern Einnahmen verzeichnete die Stadt neben der Vergütung für das Territorium die „Kompetenz“, einen jährlichen Staatszuschuß aus der Territorialkasse von 5000 Rtl. und die Erträgnisse aus dem Ziegelwaide von 6800 Rtl., so daß der Etat mit 93 787 Rtl. die vorgesehene Einnahme um fast 27 000 Rtl. übertraf¹⁸⁾. Im nächsten Jahre indes blieb die

¹⁶⁾ In dem Abkommen vom 24. Nov. 1826 zwischen dem preußischen Fiskus einerseits und Magistrat wie Stadtverordneten andererseits entsagt die Stadt „für ewige Zeiten allen Ansprüchen auf diejenigen Grundstücke, Gefälle, Nutzungen und Rechte aller Art, wie sie irgend Namen haben mögen, welche zu dem ehemals der Stadt Elbing gehörig gewesenenen, gegenwärtig aber vom preußischen Staate besessenen und benutzten Territorium gehören“ gegen Erlaß der preußischen Ansprüche aus den Anleihen von 70 000 Tl. laut Schuldschein vom 23. April 1709, 6000 Tl. vom 1. Sept. 1717, 58 000 Tl. des 1803 übernommenen Teiles der Kammereischulden und 3351 Tl. Bauschuld vom Jahre 1794. Dazu trat eine bare Beihilfe von in Raten zu erlegenden 300 000 Rtl. Vgl. Fuchs, Beschreibung III₂, S. 344 ff. 290, 405.

¹⁷⁾ Mag.-Akt. Elbing, V.30.

¹⁸⁾ Elbinger Anzeigen 1832, Nr. 67, 22. August. Mag.-Akt. Elbing D.74. Schreiben der Westpr. Kammer: Marienwerder, den 25. Jan. 1831.

Einnahme (78000 Rtl.) um 9400 Rtl. hinter dem Voranschlag zurück¹⁹⁾. Die laufenden Kämmerereinnahmen deckten keineswegs die notwendigen Ausgaben, so daß Steuern in immer umfangreicherem Maße notwendig wurden.

Ein deutliches Bild von der zunehmenden Verarmung der Stadt bieten allein die Zahlen, die eine Denkschrift der Elbinger Stadtverordneten vorführt²⁰⁾. Während noch um das Jahr 1812, also kurz nach Preußens politischem Sturz, in der Stadt nur unter Kaufleuten

10 Personen	jährlich ein	Einkommen von 10000 Rtl.				
2	„	„	„	„	8000	„
8	„	„	„	„	6000	„
4	„	„	„	„	4000	„
12	„	„	„	„	3000	„
19	„	„	„	„	2000	„

versteuerten, also allein aus diesem Stande, die andern gar nicht gerechnet, 55 Personen 2000 Rtl. und mehr Einkommen hatten, weist die Steuerliste des Jahres 1830 einen äußerst starken Rückgang des Wohlstandes vor²¹⁾, denn jetzt versteuert niemand mehr 10000 oder 8000 Rtl., und sämtliche Steuerzahler eines Einkommens von 2000 Rtl. und mehr zählen nur noch 18. Natürlich wuchs mit der Abnahme des Wohlstandes die Höhe der Steuern, brachte doch die Kämmererei 1830 nur wenig mehr als die Hälfte des Etats (33200 Rtl.), während die Ergänzung (29600 Rtl.) durch Abgaben herbeigeschafft werden mußte²²⁾. Steuerfrei waren im Jahre 1830 1099, steuerpflichtig 3262 Personen. Unter diesen wiesen²³⁾

¹⁹⁾ Mag.-Akt. Elbing D.74, Etat 1832 S. 7.

²⁰⁾ Über den Stadthaushalt von Elbing in bezug auf den Kämmererei-Etat für das Jahr 1831. Elbing 1830. Druck. Mag.-Akt. Elbing D.74.

²¹⁾ Über den Stadthaushalt . . . 1831 S. 12 f.

²²⁾ Über den Stadthaushalt . . . 1831 S. 12.

²³⁾ Über den Stadthaushalt . . . 1831 S. 13.

- a) 770 ein Einkommen von 50— 225 Rtl.
- b) 230 " " " 250— 375 "
- c) 83 " " " 400— 475 "
- d) 116 " " " 500— 950 "
- e) 63 " " " 1000—1800 "
- f) 18 " " " 2000 und mehr auf.

930 zahlten jährlich 24 Sgr. und 880 36 Sgr. Steuern. Man erhob in

Stufe a	3	%
" b	4 ¹ / ₂	%
" c	5 ¹ / ₄	%
" d	}	6	%
" e	}	6	%
" f	7 ¹ / ₂	%

Diese zunehmende Verarmung zeigte sich außerdem in einer sehr geringen Bevölkerungszunahme:

1830 = 19 225 Einwohner

1810 = 17 000 " "

Teile der Stadt verödeten sogar. Zu Ende des Jahres 1830 gab es in Elbing „129 wüste und verfallene Häuser, von denen einige in den besten Straßen“ lagen²⁴⁾.

Daß die Verwaltung unter solchen Umständen jedes Mittel begrüßte, um aus diesem Zustand herauszukommen, scheint erklärlich. Niemand wird ihr die Hartnäckigkeit verdenken, die die obengenannte Kabinettsorder rügte; niemand wird vorwurfsvoll die Abholzung des Ziegelwaldes bedauern, die der Stadt in den Jahren 1830—1834 die Summe von 27 128 Rtl. als hochwillkommene Einnahme brachte²⁵⁾, zumal es mit ihrer Hilfe gelang, ein Darlehn des Staates für die Choleranot des Jahres 1830 wieder zurückzuzahlen²⁶⁾. Erst Ende 1831 erlosch die schwere Seuche, die allein in diesem Jahre 337 Opfer gefordert hatte. Der Totenüberschuß betrug 1830 795 und

²⁴⁾ Über den Stadthaushalt 1831 S. 13.

²⁵⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. V, Seite 118 f.

²⁶⁾ Über den Stadthaushalt 1831 S. 6.

1831 1038²⁷⁾. Selbst die Straßenbeleuchtung unterließ man seit dem 1. Oktober 1834, indes erklärte sich die Regierung gegen diese Art von Sparsamkeit und hob den betreffenden Stadtverordnetenbeschluß auf, so daß vom 20. November ab wieder die Straßen beleuchtet wurden²⁸⁾. Es konnte eben dem schlechten „Finanzzustand der Stadt . . . nur durch außerordentliche Mittel abgeholfen werden . . . , wenn auch zum Nachteil der Nachkommen“²⁹⁾, was bei Niederlegung des Ziegelwaldes sicher der Fall war.

Allerdings darf nicht verhehlt werden, daß die Stadt durch Unterschleife zweier ungetreuer Beamten in der Zeit der Not geschädigt wurde. Die erste kam anläßlich einer Kassenrevision durch den Kriegsrat Bohlius im April 1804 zutage und fiel dem sonst um die Stadt verdienten Kriegsrat Schmidt zur Last³⁰⁾, die andere ereignete sich im Jahre 1830³¹⁾.

Wenngleich die Verarmung der Stadt durch die Verhältnisse soweit gestiegen war, daß von den 19000 Einwohnern im September des Jahres 1833 319 Familien nicht einmal im Besitz eines Bettes waren³²⁾, ja daß man wieder Häusereinstürze beobachtete, Unfälle, die „in vielen Jahren hier wohl nicht stattgehabt“ hatten³³⁾, Dinge, die zu polnischer Zeit allerdings häufiger vorgekommen waren, so wurde doch der einmal geweckte Unternehmungsgeist der Elbinger kaum gedämpft. Der durch die Kriegszeit ins Stocken geratene Schiffsbau erholte sich schnell, erreichte seine Höhe im Jahre 1819 mit 5 Schiffen von zusammen 702 Last (150+160+140+160+92) und flaute dann ab. In der Zeit von 1816—1822 ruhte er gänzlich und wurde seither erst wieder allmählich aufgenommen³⁴⁾. Im Jahre

27) C. F. Ramsay, Chronik Bd. V. S. 9 f.

28) C. F. Ramsay, Bd. V. S. 109, 115.

29) C. F. Ramsay, Bd. IV. S. 130.

30) C. F. Ramsay, Chronik Bd. I S. 81 f.

31) C. F. Ramsay, Chronik Bd. IV S. 135 ff.

32) C. F. Ramsay, Chronik Bd. V S. 57, Randbemerkung.

33) C. F. Ramsay, Chronik Bd. V S. 81: 10. Februar 1834.

34) M. G. Fuchs, Beschreibung III, S. 311 f.

1825 besaß Elbing 14 Seeschiffe mit zusammen 1431 Last³⁵⁾, und in der Zeit von 1825—1829 wurden 17 Schiffe mit 3550 Last erbaut, davon 14 (2800 Last) bei Kogge & Co. und 3 (750 Last) bei der Witwe Kluge³⁶⁾. Gar bald wandten die Elbinger ihre Aufmerksamkeit auch der Dampfschiffahrt zu. In Deutschland befuhr das erste Dampfschiff im Jahre 1825 den Rhein. In Elbing gab man bald darauf zu einem solchen Unternehmen 50 Rtl.-Aktien aus und erwarb für 7000 Rtl., wozu der König von Preußen 500 Rtl. spendete, das Dampfboot „Copernicus“, das in seinem Namen schon andeutete, welche Umwälzung im Handelsverkehr man von diesem Erzeugnis menschlichen Geistes erwartete. Die Maschine wurde aus England bezogen. Am 21. August 1828, nachmittags 2 Uhr, durchfurchte das erste Dampfboot stolz die Fluten des Elbings und steuerte dem Haff zu. Am nächsten Morgen ging es nach Pröbbernau. Lange indes währte die Freude über diese Errungenschaft nicht. Die schwache Maschine erlag im Kampfe mit einem Haffsturm: das Schiff geriet bei Pillau auf Grund und wurde schließlich stückweise verkauft³⁷⁾.

Wie die Regierung diesen wichtigen Schritt zur Belebung des Elbinger Handels unterstützte, so ermunterte sie auch die Industrie. Im Februar 1802 empfahl sie die Ermittlung eines Unternehmers für eine Strumpffabrik mit 30—40 Stühlen. Er solle auch Unterstützung erhalten. Zwar zerschlug sich diese Sache³⁸⁾, aber andere Unternehmungen erhielten leicht die Konzession. So errichtete der Kaufmann D. F. Schwarz auf dem Äußern Mühlendamm in der bisherigen Kraftmehlfabrik eine solche für Zichorie im Februar 1808³⁹⁾. Und der Kaufmann Zobel ließ sich zwei Jahre später zu gleichem Zwecke in Elbing

³⁵⁾ C. F. Ramsay, Chronik IV. S. 250.

³⁶⁾ C. F. Ramsay, Chronik IV. S. 66.

³⁷⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. IV. S. 32, 34, 38.

³⁸⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. I S. 21.

³⁹⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. I S. 146.

nieder. Seine Fabrik ging allerdings 1829 ein⁴⁰). Ganz besonderen Wert legte die Regierung auf Wiederbelebung der Spinnerei. Sie wurde im Industriehause betrieben und trotz beträchtlicher Fehlbeträge im Betrieb aufrecht erhalten⁴¹). Die dreißiger Jahre sahen noch andere Gründungen. Im Juli 1834 eröffneten Lindenlaub & Co. am Friedrich-Wilhelm-Platz eine Tabakfabrik⁴²), im Jahre 1837 erstand aus der alten Aschfabrik (Lastadienstraße) eine Zuckersiederei (die nach Verlegung in die Kalkscheunstraße im folgenden Jahre sehr gut ging⁴³), und im Jahre 1839 errichtete Joh. Aug. Konopacki in Englisch Brunnen eine Leinen- und Baumwoll-Zeugfabrik⁴⁴). In diese Zeit gehen auch die Wurzeln des Werkes zurück, das in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zur Seele Elbings und seines Aufschwunges wurde, der Schichauschen Fabrik: „Am 4. Oktober 1837 brachten die Elbinger Anzeigen (Elbinger Zeitung) folgende Anzeige⁴⁵):

Maschinenbauanstalt.

Unterzeichneter fertigt Dampfmaschinen, sowohl Wattsche Maschinen als Kondensationsmaschinen mit Expansion und Hochdruckmaschinen, eiserne Wasserräder jeder Art, Pferdegepöpel, Hydraulische Pressen, Walzwerke, Apparate zum Abdampfen des Zuckers in luftverdünnten Räumen usw. Auch übernimmt derselbe ganze Anlagen, als Ölmühlen, Sägemühlen, Runkelrüben-Zuckerfabriken usw. einzurichten und erlaubt sich die Bemerkung, daß er die Klassen des Kgl. Gewerbe-Instituts zu Berlin durchgemacht, zwei Jahre an den praktischen Arbeiten im Institut

⁴⁰) C. F. Ramsay, Chronik Bd. I S. 210.

⁴¹) C. F. Ramsay, Chronik Bd. V S. 90, Winter 1833/4. Ausg. 431 Rtl. 15 Sgr. Einnahme 261 Rtl. 22 Sgr. 8 $\frac{3}{4}$, fehlt: 169 Rtl. 22 Sgr. 4 $\frac{3}{4}$. S. 138 f. 1835: Ausg. 555 Rtl., Einn. 309, fehlen 245 Rtl. S. 161 f. 1836: Ausg. 400 Rtl. Einn. 265 Rtl., Verlust 135 Rtl.

⁴²) C. F. Ramsay, Chronik Bd. V. S. 98.

⁴³) C. F. Ramsay, Chronik Bd. V. S. 187, Bd. VI. S. 5 f. Besitzer waren J. Fr. Rogge und Alsen.

⁴⁴) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI. S. 98 f.

⁴⁵) Neu abgedruckt Elbinger Zeitung: 27. Februar 1912 Nr. 48.

teilgenommen und hierauf eine Reise zu seiner weiteren Ausbildung durch die Rheinlande nach London gemacht hat.

Elbing, den 4. Oktober 1837.

F. Schichau

Altstädtische Wallstr. Nr. 10.“

Dem jungen, tüchtigen Schichau ließ auch der Staat Unterstützung zuteil werden: Im Juli 1844 wurde „dem hiesigen geschikten Maschiene Bauer Schichau . . von der Regierung auf Verwendung des Chef Präsidenten v. Blumenthal eine werthvolle Bohr Maschiene zum Geschenk gemacht“⁴⁶⁾. Sonst verhielt sie sich aber zunächst abwartend, wenigstens scheint der erste größere Staatsauftrag an Schichau erst im Jahre 1851 ergangen zu sein: „Der genannte Schichau, deßen Maschinenbau-geschäft in seinem Etablißement vor dem Markt in großem Umfange betrieben wurde, erbaute hier für Staats Rechnung einen neuen Dampfbagger — für Montauerspitze bestimmt, um die Fahrt aus der Weichsel in die Nogat offen zu halten“⁴⁷⁾. Schichau hatte sich gerade auf dem Gebiet des Baggerbaues ausgezeichnet: Er lieferte die Maschinen zu dem ersten Dampf-bagger Deutschlands, der am 8. Dezember 1841 bei Michael Mitzlaff in Elbing den Stapel verließ: „Für Rechnung der Kaufmannschaft war hier ein Schiffsgefäß zu einem Dampf-bagger von dem Schiffbaumeister Michael Mitzlaff nach dessen eigenen Ideen doch mit Guttheißung und Berichtigung des Regierungs Bauraths Hartwig und anderer Sachverständigen erbauet worden. Dieses Gefäß wurde am 8. Decbr. vom Stapel gelaßen. Der hiesige geschickte Maschinen Bauer Schichau übernahm den Bau der Dampfbagger Maschinen.“ Das Werk sollte zur Vertiefung des Elbinger Hafens benutzt werden. Es tat bis zum Oktober 1886 Dienst⁴⁸⁾. Der Bagger arbeitete vor-züglich mit seiner 16-PS-Maschine, hatte 19500 Rtl. gekostet

⁴⁶⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. VII S. 54.

⁴⁷⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. VIII S. 270 f.

⁴⁸⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI S. 173 f. Jahresbericht der Kaufmann-schaft Elbing 1886 S. 5.

und war somit viel billiger als die englischen Erzeugnisse⁴⁹⁾, die Danzig und Königsberg besaßen. Auch sonst war Schichau mehrfach schon beim Dampfschiffbau tätig.

Zwölf Jahre nach dem Unglück, das den „Copernicus“ traf, kauften fünf Elbinger Kaufleute: Fr. Wilhelm und Gottfried Wilhelm Härtel, Ignac Grunau, v. Roy und L. S. Hirsch in London für 20000 Rtl. ein Dampfboot, die „Schwalbe“, das unter großem Jubel der Bevölkerung am 8. September 1840 in Elbing eintraf; einige Tage nach der Anwesenheit des neuen Königs; leider, denn „wegen der Durchreisenden zur Huldigung hätte das Dampfboot einen ansehnlichen Verdienst machen können“⁵⁰⁾. Zu Ostern des folgenden Jahres unternahm die „Schwalbe“, die in 20 Minuten 1 (See-) Meile lief, Fahrten nach dem Drausen, nach Neufähr, Danzig, Frauenburg und Pillau. Dann verkehrte sie regelmäßig jeden Montag, Mittwoch und Freitag zwischen Elbing und Pillau-Königsberg. Für die Beförderung der Post erhielten die Besitzer jährlich 80 Rtl.⁵¹⁾. Die Fahrten gestalteten sich so erfolgreich, daß die fünf Kaufleute ein weiteres Schiff, den „Falken“, erwarben, der am 15. November 1841 nach schwerer Seefahrt eintraf⁵²⁾. Im Mai des nächsten Jahres begannen wieder die Fahrten nach Königsberg, und zwar fuhren Montags, Mittwochs und Freitags „Schwalbe“ und Dienstags, Donnerstags und Sonnabends „Falke“, der Sonntags von Königsberg aus Spazierfahrten unternahm⁵³⁾. Waren die beiden Schiffe noch vollständig in London gefertigt, so sah der Sommer dieses Jahres das erste in Elbing verfertigte Dampfboot. Es war das Bugsierschiff „Delphin“, das Mitzlaff erbaute, und zu dem Schichau die 32-PS-Maschine lieferte. Nur den Kessel bezog man noch aus London⁵⁴⁾. Nach-

49) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI S. 206 f.

50) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI S. 121 f.

51) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI S. 162 f.

52) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI S. 172 f.

53) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI S. 201.

54) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VI S. 238.

dem seit dem Juli 1843 durch „Falke“ dreimal wöchentlich Fahrten nach Kahlberg ausgeführt worden waren, wo man Anlagen und das Belvedere errichtet hatte⁵⁵⁾, erwarb der Kommerzienrat Grunau das „Gänschen“, ein Dampfboot von 14 PS, im Jahre 1846 und stellte es auch auf dieser Linie ein. Der Fahrpreis betrug 5 Sgr.⁵⁶⁾. Und drei Jahre später, am 30. März 1849, lief für ihn der „James Watt“ vom Stapel, zu dem Schichau eine Maschine von 48 PS lieferte. Das Boot fuhr zwischen Elbing und Königsberg⁵⁷⁾. Im Jahre 1855 wurde in Elbing von Schichau der erste eiserne Schraubenseedampfer Preußens erbaut. Er erhielt den Namen „Borussia“⁵⁸⁾.

Wenngleich dieser Aufschwung der Industrie erfreulich war, so vermochte er doch noch keinen Ersatz zu bieten für den immer mehr zurückgehenden Handel Elbings. Und das, obgleich seit 1805 die Chaussee Elbing—Trunz, seit 1819 die Elbing—Marienburg und seit 1833 die Weingarter Chaussee als gute Verkehrswege bestanden⁵⁹⁾. Naturgemäß konnten sich die Einnahmen der Stadt nicht vergrößern, solange die Armut anhielt. Man mußte neue Steuerquellen suchen, doch bedurfte es langwieriger Unterhandlungen, ehe die Stadtverordneten bereit waren, neue Auflagen zu bewilligen⁶⁰⁾.

Immer von neuem hoffte man, daß Elbing in den Besitz seines alten Territoriums gelangen würde, um dessetwillen trotz des Vertrags vom Jahre 1826 ein Prozeß gegen den Fiskus von seiten der Stadt wieder anhängig gemacht worden war. Doch erhob die Krone den Kompetenzkonflikt, dessen Ergebnis die Kabinettsorder vom 31. Dezember 1841 dahin zusammenfaßte, „daß über den Anspruch der Stadt Elbing auf Zurückgabe des Territoriums und Auflösung des hierüber im Jahr 1816

55) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VII S. 27 f.

56) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VII S. 170 f.

57) C. F. Ramsay, Chronik Bd. VIII S. 144 f. S. 191.

58) Mitteilung der Firma Schichau.

59) C. F. Ramsay, Chronik Bd. I S. 106, Bd. III. 98 f, Bd. V. S. 46.

60) C. F. Ramsay, Chronik Bd. V. S. 79 f., S. 130 ff. 1835.

abgeschlossenen Vertrages ein Prozeß nicht zulässig sey“, daß der Anspruch durch früheren Vergleich vom Jahre 1826 aufgehoben sei, der Stadt aber auch, abgesehen hiervon, „ein Anspruch auf die Zurückgabe des Territoriums rechtlich nicht zustehe“ . . . „es kann hiernach von einer Fortsetzung des über jene Ansprüche angestellten Prozesses nicht weiter die Rede sein“. So war auch diese Hoffnung zuschanden.

Aus einem andern Unternehmen hoffte man viel Vorteil zu ziehen. Im Sinne der Listschen Vorschläge aus dem Jahre 1833 wollte der preußische Staat ein Eisenbahnnetz über sein Gebiet legen. Schon im Jahre 1847 begann man den Bau der Ostbahn Berlin—Kreuz—Bromberg—(Danzig)—Königsberg, und zwar zwischen Marienburg und Braunsberg, doch wurden am 1. August die meisten Arbeiter entlassen, weil der Landtag die Mittel versagte⁶¹⁾. Die Elbinger, die durch ihre Industrie mit den Errungenschaften des 19. Jahrhunderts schnell vertraut waren, hatten schon im Jahre vorher ihrer Freude über den Plan u. a. dadurch Ausdruck gegeben, daß sie ein Seeschiff „die Eisenbahn“ taufte⁶²⁾. Die Strecke Marienburg—Braunsberg wurde am 19. Oktober 1852 in Betrieb genommen, während die ganze Ostbahn erst am 1. Oktober 1867 fertiggestellt war⁶³⁾. Vorher noch kam es, am 22. April 1851, zur Eröffnung der Schifffahrt auf Teilen des Oberländischen Kanals (1861 vollendet), durch den Elbing mit seinem Hinterlande verbunden wurde⁶⁴⁾. Dies brachte der Stadt großen Vorteil, besonders für den Getreidehandel. Die Eisenbahn indes erfüllte nicht die auf sie gesetzten Hoffnungen. Zunächst legte sie die lebhafteste Schifffahrt nach Königsberg fast vollständig lahm. Dann brachte sie den Nachbarstationen Grunau (Niederung) und Güldenboden den für Elbing gedachten Vorteil: Beide liegen nämlich an den Hauptchauseen, die auf die Stadt zu führen, und der Getreide-

⁶¹⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. VIII S. 20.

⁶²⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. VII S. 162. 27. April 1846.

⁶³⁾ Rhode, Der Elbinger Kreis. Elbing 1871 S. 295.

⁶⁴⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. VIII S. 273 f.

handel, den die Stadt vorher in Händen hätte, benutzte jetzt fast ausschließlich von diesen Punkten aus die Eisenbahn⁶⁵). Auch ein weiterer Nachteil mußte Elbing erwachsen, wenn die Bahn Thorn—Insterburg, die seit 1867 geplant war, gebaut wurde, ohne daß Elbing eine Anschlußverbindung erhielt, die sein Hinterland von neuem erschloß; denn der Oberländische Kanal kann nur im Sommer benutzt werden, und der Verkehr wählt leicht, im Winter nach Süden gezwungen, auch im Sommer den gleichen Weg⁶⁶). Die Elbinger Industrie bedurfte aber guter Handelswege und eines gesicherten Absatzgebietes zu ihrem Gedeihen. „Unsere Maschinenfabriken“, so schreiben die Stadtverordneten im Jahre 1867, „bauen Locomotiven, Eisenbahnwagen, eiserne Dampfschiffe, Dampfmaschinen aller Art, und versorgen unser Hinterland mit landwirthschaftlichen Maschinen. Allein die eine Fabrik hat bereits über 500 Dampfkessel und über 300 Dampfmaschinen geliefert und über 20 eiserne Dampfschiffe gebaut.“ „Zahlreiche Dampfschornsteine zieren unseren Ort und geben Zeugniß ab (!) von der Betriebbarkeit der Bewohner⁶⁷)“. Elbings Ausfuhr (die Ostbahn nicht gerechnet) betrug in den Jahren 1865: 9 083 Last

1866: 10 848 „⁶⁸), und als

Absatzgebiete kamen hauptsächlich in Betracht, neben der Monarchie, Rußland, Polen, Schlesien, Sachsen und Oesterreich⁶⁹). Die gesamte Industrie umfaßte folgende Werke:

1 Bleicherei	3 Eisenhämmer
5 Bierbrauereien	1 Essigfabrik
1 Fabrik chem. Apparate	2 große Färbereien
1 Zichorienfabrik	1 Fourniermühle

⁶⁵) Denkschrift über die Verhältnisse Elbings, zugleich in Beziehung auf die Verbindung Elbings mit der Thorn—Insterburger Bahn. 14. Dezember 1867. S. 7.

⁶⁶) Denkschrift vom 14. 12. 1867. S. 9 ff.

⁶⁷) Denkschrift vom 14. 12. 1867. S. 15.

⁶⁸) Denkschrift vom 14. 12. 1867. S. 13.

⁶⁹) Denkschrift vom 14. 12. 1867. S. 15.

9 Gerbereien	2 Ofenfabriken
1 Glasfabrik	3 Dampfmöhlmühlen
4 Gipsmühlen	3 Papier- und Pappfabriken
2 Dampfschneidemühlen	3 Sprit- und Likörfabriken
2 Kalkbrennereien	2 Schiffswerften
1 Kunststeinfabrik	1 Stärkefabrik
2 Kupferwarenfabriken	4 Tabak- und Zigarrenfabriken
2 Licht-, Öl- u. Seifenfabriken	1 Tuchfabrik
5 Maschinenbaufabriken und Eisengießereien	2 Wagenfabriken
2 Möbelfabriken	1 Wattenfabrik
2 Dampfmahlmühlen	1 Weberei
	1 Zündwarenfabrik.

Zusammen also 71 Betriebe⁷⁰⁾.

Im Jahre 1867 betrug die Kriegsschuld noch 460413 Rtl.⁷¹⁾. Sie lastete schwer auf der Stadt und hinderte noch immer ihr Gedeihen.

Den Nachteilen der erbauten Thorn—Insterburger Bahn suchte man durch eine günstige Eisenbahnpolitik zu begegnen: Elbing wünschte eine Verbindung mit dieser Strecke quer durch sein Hinterland, denn „wenn der Oberländische Canal zur vollen Geltung für die von ihm durchzogenen Gegenden kommen sollte, so müßte ihn ein Schienenstrang begleiten, der sein Correctiv bildete für die Zeit, wo er nicht befahren ist und der die Thorn—Insterburger Bahn mit der Ostbahn verbände“⁷²⁾. Zunächst jedoch sah die Stadt ihr Absatzgebiet weiter verringert zugunsten Danzigs durch die Marienburg—Mlawkaer Eisenbahn⁷³⁾. Ganz berechtigt erschien demnach die Klage, daß es zu natürlich

⁷⁰⁾ Denkschrift vom 14. 12. 1867. S. 14 f.

⁷¹⁾ Denkschrift vom 14. 12. 1867. S. 4.

⁷²⁾ Zur Erinnerung an das Fünfzigjährige Bestehen der Korporation der Kaufmannschaft zu Elbing. Elbing, im April 1874. S. 17.

⁷³⁾ Zur Erinnerung Elbing 1874. S. 20.

sei, „daß ein Ort zu Grunde gehen muß, wenn ihn im Kreise umlaufende Bahnen umgeben“⁷⁴). Allein der Getreidehandel, der vor Eröffnung der Thorn--Insterburger Bahn durch den Oberländischen Kanal über 10 000 Last (1871: 11500) betrug, war 1876 schon auf 4000 Last herabgesunken⁷⁵). Doch ging der Wunsch nach einer Querbahn erst 1882 in Erfüllung: Die Stadt erhoffte von der Strecke Elbing--Güldenboden--Mohrungen--Allenstein soviel Vorteile, daß sie 75 000 Mark zum Bau beisteuerte⁷⁶). Indes gar bald beobachtete man, wie wohl der Kleinhandel durch sie gefördert wurde, der für Getreide aber keinen Aufschwung nahm⁷⁷). Ja, im Jahre 1890 gar hörten die nach Elbing durchgehenden Züge auf, sie wurden sehr zum Schaden des Handels nur bis Güldenboden geführt⁷⁸). Dazu kam, daß die Bahn Ortelsburg--Allenstein--Kobbelbude wieder einen Teil unsres Hinterlandes nach Königsberg ablenkte. Und gar heute noch führt die Bahn Tiegenhof--Simonsdorf durch ihre ungünstigen Anschlüsse die Bewohner der Elbinger Niederung Danzig zu⁷⁹).

Wohl müßten der Stadt die Bahnen: Elbing--Osterode, eröffnet 1893, und die Haffuferbahn, eröffnet 1899⁸⁰), großen Vorteil bringen — und sie tun es auch in vieler Beziehung — wenn nicht Königsberg und Danzig durch günstige Tarife billiger das Getreide erhielten als Elbing, dessen alter Getreide-

⁷⁴) Bericht über den Gang des Handels, der Gewerbe und der Schiffahrt in Elbing im Jahre 1874. S. 4. (Bericht der Kaufmannschaft, Elbing.) Mir standen die Berichte aus den Jahren 1871—1909 zur Verfügung mit Ausnahme der Jahre 1887, 1891, 1894, 1896, 1899 und 1901. Sie enthalten wertvollen Stoff. Leider sind aber einmal begonnene statistische Mitteilungen selten nur ganz durchgeführt, so daß das Gesamtbild stets von großen Lücken unterbrochen wird.

⁷⁵) Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1876. S. 4.

⁷⁶) Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1881. S. 3.

⁷⁷) Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1883. S. 3 f.

⁷⁸) Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1890. S. 7.

⁷⁹) Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1885. S. 3. 1905. S. 7 f.

⁸⁰) Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1893. S. 4. 1899. S. 10.

handel sich unter so ungünstigen Verhältnissen wohl niemals mehr zur ehemaligen Höhe emporschwingen dürfte.

Doch dieser Tarif allein trägt nicht die Schuld an dem Niedergang des Getreidehandels; denn Elbing stehen zahlreiche Wasserwege zur Verfügung: Der Oberländische Kanal, die Thiene, die Nogat und die Elbinger Weichsel. Auf den Verkehr des Oberländischen Kanals wirkte die oben besprochene Eisenbahnpolitik lähmend. Folgende Übersicht zeigt das deutlich:

Oberländischer Kanal.

Jahr	Zahl der Schiffahrten	Getreidebeförderung zu Tal in Tonnen
1872	4482	23 133,75
1875	3328	10 834
1880	2658	6 165,20
1885	2899	6 717
1890	2553	2 859,15
1895	2370	2 775,5
1900	1860 (beladen)	.
1905	1778 „	.
1909	1218 „	.

Der ständige Niedergang findet nur eine kurze Unterbrechung in den achtziger Jahren.

Die Thiene gar wurde erst seit 1897 für Dampfer benutzbar⁸¹⁾. Fast seit einem halben Jahrhundert ist die Nogat als Verkehrsader so gut wie ausgeschaltet; es fehlte also der Stadt der Wasserweg nach Mittelpreußen und Polen. Durch die sogenannte Nogatkupierung nämlich begann eine kaum erträgliche Verflachung des Fahrwassers. Wohl führten die Elbinger hartnäckige Kämpfe um die Regulierung dieses Stroms, doch wurden sie zuletzt im Jahre 1881 abgewiesen, weil die Nogat-

⁸¹⁾ Bericht der Kaufmannschaft 1897. S. 6.

strömung durchaus zur Spülung des Pillauer Tiefs nötig sei⁸²⁾. Indes die zähe Ausdauer der beteiligten Kreise hat dazu geführt, daß jetzt die Kanalisierung in die Wege geleitet wird: nicht zum geringsten ein Verdienst des damaligen Syndikus der Kaufmannschaft, Bürgermeisters Sausse. Die Getreideeinfuhr auf diesem Wege wurde auch noch erschwert durch die Schutzzollgesetze, die den Grenzverkehr mit Rußland beeinträchtigten. Von andern Handelszweigen leidet unter der Ungunst dieses Verkehrsweges besonders der mit Holz.

Der Verkehr mit Danzig hob sich wieder, seit die Elbinger Weichsel kanalisiert wurde (1898), deren Bett einst völlig versandete, als die Weichsel bei Neufähr durchbrach⁸³⁾.

Der alte Handel, dessen Hauptstützen Getreide und Holz waren, ging so immer mehr zurück. Ihn ersetzte allmählich die Industrie. Und je näher der Gegenwart, um so stärker wird ihr Einfluß, um so mehr wächst sie an Bedeutung für das Gemeindeleben. Über die Industrie sei es gestattet, nur der Entwicklung eines Werkes genauer zu folgen, des Werkes, das Elbings Namen seit Jahrzehnten bis an die äußersten Enden der Erde trägt, das heute auf ein fünfundsiebzigjähriges Bestehen zurückschauen kann. Wir haben schon von den Anfängen der Schichauschen Werke gehört. Wesentlich zu ihrem Gedeihen war es, schon des Schiffsbaus wegen, nötig, daß Elbing und Haff eine genügende Tiefe und Schutz gegen Versandung durch die Nogat besaßen, eine schwere Aufgabe der Kaufmannschaft, der seit dem Jahre 1809 die Fürsorge für den Elbinger Hafen oblag. Eine ins Haff gebaute Mole und jährliche Baggerungen, die neuerdings das Fahrwasser auf fast vier Meter Tiefe bringen, dienen diesem Zweck. Sie werden mit staatlicher Unterstützung ausgeführt.

⁸²⁾ Bericht der Kaufmannschaft 1881. S. 6.

⁸³⁾ Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1898. S. 5. Denkschrift vom 14. Dez. 1867. S. 6.

Mit dem Bau des ersten Hochseetorpedobootes im Jahre 1877, der ersten Compound-Schiffsmaschine für die deutsche Marine im Jahre 1878, der ersten Compound-Lokomotive Deutschlands im Jahre 1880, der ersten Dreifachexpansionsmaschine des Kontinents im Jahre 1881 sowie der ersten in Deutschland für Fabrik- und Dynamobetrieb im Jahre 1882 trat die Fabrik ein in den Kreis der großen Werke der Erde. Ja, „in Concurrenz mit den bedeutendsten deutschen und englischen Werften wurde derselben der Bau von sechs Torpedoboote für die deutsche Marine übertragen und nach Ablieferung derselben fanden ihre Leistungen die ehrendste Anerkennung in dem Auftrage zum Bau weiterer 22 Torpedoboote für die deutsche Marine“⁸⁴). Andere hervorragende Leistungen — an denen Hauptanteil der jetzige Besitzer Geheimrat Dr. Ziese hat — bedeuten die Lieferungen des russischen Torpedobootes „Adler“, das im Jahre 1888 mit 28,4 Kn. das schnellste Schiff war, dann von vier chinesischen Torpedoboote (1896), deren Geschwindigkeit (36,7 Kn.) noch heute unerreicht dasteht, sowie des seiner Zeit schnellsten Kreuzers „Nowik“ (26 Kn.) für Rußland, der 1898 fertig wurde. Seit 1892 baut Schichau auf seiner Danziger Werft große Handelsschiffe und seit 1898 große Kriegsschiffe. Das Werk ist heute das größte deutsche Privatunternehmen seiner Art und steht mit dem Stettiner „Vulkan“ an der Spitze aller deutschen Werften.

Diesen gewaltigen Aufschwung hat es nach oft schweren Zeiten, die sich in der schwankenden Arbeiterzahl folgender Übersicht widerspiegeln, erst in den letzten Jahren erreicht.

⁸⁴) Bericht der Kaufmannschaft, Elbing 1884. S. 4.

Wachstum der Schichauschen Arbeiterschaft in Elbing.

Jahr	Arbeiterzahl 85)	Anteil an der Bevölkerung ‰	Jahr	Arbeiterzahl 85)	Anteil an der Bevölkerung ‰
1861	305 ⁸⁶⁾	1,2	1890	2319	5,5
1871	600	1,9	1891	2499	
1872	800		1892	2388	
1873	1000		1893	2469	
1874	1250		1894	2522	
1875	1050		1895	2477	5,3
1876	830	2,5	1896	2801	
1877	970		1897	3085	
1878	1090		1898	3309	
1879	1130		1899	3903	
1880	1120		1900	4069	7,4
1881	1280	3,6	1901	3446	
1882	1585		1902	3367	
1883	1794		1903	3620	
1884	1689		1904	4390	
1885	1954	4,9	1905	4248	7,5
1886	1977		1906	4363	
1887	1912		1907	4290	
1888	2186		1908	4056	7,2
1889	2264		1909	4162	

Trotz der schwankenden Arbeiterzahl, die ihre Höhe mit 4390 im Jahre 1904 erreichte, nahm der Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt bedeutend von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu. Die Schichausche Arbeiterzahl machte 1861 1,2 ‰ aus, heute mehr als 7 ‰. Und damit ist die steigende Bedeutung des Werkes für die Stadt Elbing gegeben.

In dem Bericht der Kaufmannschaft werden in Elbing im Jahre 1909 an größeren Betrieben aufgeführt:

⁸⁵⁾ Die Zahlen beziehen sich auf das jeweilige Jahresende.

⁸⁶⁾ Rhode, Elbinger Kreis. S. 258. Die anderen Zahlen entstammen den Berichten der Kaufmannschaft.

2	Getreidemühlen
4	Dampfsägen und Holzhandlungen
1	Fischräucherei
10	Metallwarenfabriken.
3	Tabakfabriken
2	Kunststeinfabriken
1	Steinbearbeitungsfabrik
1	Ofenfabrik
1	Pinselfabrik
1	Schokoladenfabrik
1	Orgelbauanstalt
6	Holzbearbeitungsfabriken
4	Ziegeleien
1	Brauerei
<u>1</u>	<u>Molkerei</u>
39	

Doch sind diese Zahlen unvollständig. Nächste Schichau sind von besonderer Bedeutung für das Leben der Stadt von andern Industrierwerken:

Die Maschinenfabrik von F. Komnick, die hervorging aus dem Hotopschen Werke, zumeist etwas über 100 Arbeiter beschäftigte, bis sie unter dem neuen Besitzer seit 1897 schnellen Aufschwung nahm. Die Arbeiterzahl betrug 1900: 200; 1905: 400 und erreichte 1909 das erste Tausend.

Die Blechwarenfabrik von Ad. H. Neufeldt hatte 1871 75 Arbeiter; dann brachten ihr einen Aufschwung die neunziger Jahre, in denen sie bis 700 Arbeiter beschäftigte, die 1904 auf 450 Personen herabsanken.

Das Messingwerk von F. Räuber stammt aus den siebziger Jahren und wechselte mehrfach den Besitzer. Heute heißt es „Elbinger Metallwerke (G. m. b. H.)“. Es geht auf das Jahr 1875 zurück und beschäftigt 1909: 310 Personen.

Die Eisengießerei von Ed. Thiessen (errichtet 1871) hielt sich bis in die neunziger Jahre auf einem Stand von etwa 60 Arbeitern, nahm dann einen geringen Aufschwung und beschäftigte 1909: 100 Arbeiter.

Das Metallwerk von L. Wilhelm hatte in den siebziger Jahren mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Seit 1881 verzeichnet es einen regelmäßigen Aufschwung. Es beschäftigte im Jahre 1909: 105 Arbeiter.

Die Zigarrenfabrik von Loeser & Wolff ging 1878 hervor aus der Fabrik von Kohlweck & Loeser. Sie beschäftigte in Elbing 1880: 305; 1890: 1255; 1895: 1576; 1905 etwa 3000 und 1910 gegen 4000 Personen. Die Fabrik hat gerade um die Wende des Jahrhunderts eine neue Blütezeit begonnen.

In den Anfang der neunziger Jahre geht zurück die Molkerei von H. Schröter; sie beschäftigte 1892: 60; 1900: 121 und 1909: 157 Personen. Heute ist sie eines der größten Unternehmen ihrer Art in Deutschland.

Im neuen Jahrhundert hat in Elbing die Holzbearbeitungsindustrie festen Fuß gefaßt. Im Jahre 1908 beschäftigten sieben Werke über 700 Personen, von denen allein 360 auf die Holzindustrie Wittkowsky, G. m. b. H., entfielen.

Die Elbinger Aktiengesellschaft für Leinenindustrie, die in den neunziger Jahren mit über 600 Personen ihre höchste Leistungsfähigkeit erreichte, mußte im Beginn des neuen Jahrhunderts den Betrieb einstellen (1904).

Die Gründerzeit hat Elbing eigentlich nur einen Fehlschlag gebracht. Das alte Werk von Hambruch, Vollbaum & Co. übernahm 1871 die Elbinger Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial. Sie beschäftigte 1873 2000 Arbeiter und machte 1874 Konkurs (nach dem Urteil der Kaufmannschaft „durch zu große überstürzte Ausdehnung“).

Andere größere Werke, wie die Waggonfabrik Wöhlert (1880—82) und das Eisenwalzwerk von Dehring (bis 1885) vermochten sich nicht zu halten. Die Fabrik von C. F. Steckel, die schon 1861 72 Personen beschäftigte, ging 1884 in Schichau auf.

Der Seeverkehr dient jetzt im wesentlichen unsrer Industrie. Er wird von Elbinger und fremden Reedereien aufrecht erhalten. Die Entwicklung der Elbinger Reederei zeigt folgende Übersicht:

Elbinger Reederei.

Jahr	Schiffszahl		Bestimmungshäfen des regelmäßigen Verkehrs
	im ganzen	davon seewärts	
1871	18	2	Stettin
1872	15	2	„
1873	16	2	„
1874	16	3	„ Kiel
1875	17	3	„ „ Harburg
1876	17	2	Stettin
1882	—	3	Stettin, Hamburg, Wilhelmshaven, Korsör
1883	13	3	
1885	—	3	
1887	13(1 ⁸⁷)	3	
1888	17(1 ⁸⁷)	3	Häfen der Nordsee, des Rheins und der Ostsee
1889	16	3	
1895	24	6	
1900	19	5	
1905	23	6	
1909	29	5	

Die geringe Zunahme der Seeschiffe erklärt sich aus der Einstellung größerer Dampfer in den Verkehr, so daß das einzelne Schiff mehr Güter befördert als früher.

Die Flaggenverteilung auswärtiger Reedereien am Elbinger Handel stellt sich wie folgt dar:

Land	Zahl und Prozentbeteiligung (abgerundet) der Fahrten im Jahre:								Es wurde eingeführt 1906						
	1903		1904		1905		1906			1907		1908		1909	
	F.	%	F.	%	F.	%	F.	%		F.	%	F.	%	F.	%
Deutschl. ⁸⁸⁾	39	66	64	70	52	63	53	69	45	67	29	69	22	51	Roheisen, Zement, Koks, Tabak, Schlemmkreide, Gerste, Leinöl, Mais usw.
Dänemark	12	23	16	17	19	23	12	15	15	22	7	16	13	30	Zement, Kalkstein
Niederlande	3	5	9	10	5	6	8	10	4	6	1	2	4	9	Koks
Schweden	2	3	2	2	6	7	3	4	3	4	2	4	4	9	Pflastersteine
Rußland	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	3	7	—	—	Rundbirken
Summe	59		91		82		77		67		42		43		

⁸⁷⁾ Die Klammer gibt die Zahl der Segelschiffe. Seit 1889 verschwinden sie.

⁸⁸⁾ Ohne die Elbinger Rhederei; es zeigt sich in dem kurzen Zeitraum der Beobachtung eine recht bedeutende Abnahme.

Naturgemäß begann mit dem Aufblühen der Industrie, die Arbeitsgelegenheit neu schuf, ein Wachstum der Einwohnerschaft. Von etwa 1802 bis zur Mitte der fünfziger Jahre hielt sich ihre Zahl um 20 000. Dann erst begann eine gleichmäßige Zunahme:

Einwohnerzahl 1772—1908⁸⁹⁾.

Jahr	Einwohnerzahl	Schulkinder		Armenlasten ohne die Stiftungen	
		Zahl	/o d. Bevölkerung.	Summe	Auf 1 Kopf d. Bevölkerung
1772	10 733				
1802	18 208				
1820	19 021				
1831	17 761	3325 ⁹⁰⁾	13		
1840	18 617				
1843	19 984				
1846	22 020				
1849	21 386				
1852	23 929				
1855	23 702				
1858	24 562				
1861	25 091				
1864	27 081				
1867	27 708				
1870	30 572				
1871	31 162	5095	16		
1876	32 834	5451	14	<i>M</i>	<i>M</i>
1881	35 700	5974	16	78 235	2,23
1885	38 286	6762	18	75 973	2,04
1890	41 215	6797	16	84 732	2,11
1895	45 842	7648	16	98 520	2,25
1900	52 510	8474	16	120 035	2,32
1905	55 627	9194	17	211 655	3,98 ⁹¹⁾
1908	56 376	9426	17	143 986	2,56

⁸⁹⁾ Die folgenden Nachrichten sind, wo nicht anderes vermerkt wird, den Verwaltungsberichten der Stadt Elbing entnommen. Sie liegen im Druck vor für die Jahre: 1832, 1844, 1851—1908.

⁹⁰⁾ C. F. Ramsay, Chronik Bd. V S. 34. Die Zahl gilt für 1832.

⁹¹⁾ So hoch infolge des neuen Krankenhauses.

Die vorangehende Zusammenstellung weist aber auch gleich an zwei Beispielen die Lasten nach, die Elbing durch die Industrialisierung, das Anwachsen des Arbeiterstandes, und den Niedergang des Handels, den Rückgang des Mittelstandes, aufgebürdet sind. Eine langsame Zunahme der Schulkinder und damit der Schullasten und ein rascheres Anwachsen der Armenlasten im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung ist festzustellen. Allerdings bleibt die Zahl der Schulkinder hinter dem Durchschnitt des Deutschen Reiches noch um ein Beträchtliches zurück (18,8 % nur für Volksschüler), zudem muß berücksichtigt werden, daß die Elbinger Umgegend viel Kinder zur Stadt schickt.

Mit der Zunahme der Bevölkerung vermehren sich auch die Aufgaben, die die Stadt zu erfüllen hat. Dies erkennen wir deutlich am Stadthaushalt, zu dessen Ausgleich wegen der allgemeinen Armut der Bevölkerung Steuern nach hohem Satz (zumeist über 200 %) erhoben werden mußten, besonders da es galt, die alte Kriegsschuld loszuwerden, und da die neuen Aufgaben umfangreiche Anleihen erheischten.

Elbings Haushalt und die Tilgung der Kriegsschuld.

Jahr	Haushalt		Kriegsschuld	
	Gesamteinnahme	davon Steuern	jährl. Zinsen	Kapital Mk.
1844	83 105 Rtl.	42 271 Rtl.	18 666 Rtl.	
1851	105 746 "	45 819 "	18 132 "	
1877	675 526 Mk.	323 355 Mk.	19 030,20 Mk.	1 023 084,53
1881	666 602 "	357 678 "	15 958,95 "	900 173,03
1885	1 414 097 "	367 177 "	8 718,15 "	676 460,03
1890	669 450 "	374 501 "	2 136,75 "	438 867,53
1891			Die verzinsliche Schuld ist getilgt	418 133,03
1895				
1899	1 238 722 "	721 025 "		200 540,03 37 345,28
				Die Schuld wird getilgt, doch bleiben noch bisher uneingelöste Schuldscheine: 30 119,78
1900	2 060 310 "	838 452 "		25 330,50
1905	1 931 391 "	1 104 874 "		25 330,50
1908	7 845 724 "	1 371 136 "		25 330,50

Diese Übersicht zeigt, mit welchen Opfern und mit welcher Tatkraft die Stadt daran gearbeitet hat, die alte Schuld abzutragen. Heute, da mehr denn hundert Jahre nach ihrer Übernahme verstrichen sind, kann sie als völlig getilgt gelten, weil die Besitzer der Schuldscheine von 25000 Mark nicht aufzufinden sind.

Bei unserm Überblick haben wir verfolgen können, wie Elbings alter Handel, nachdem er kurze Zeit künstlich gehoben war, immer mehr zurückging, wie auch die neuen Verkehrsmittel (wegen der für Elbing ungünstigen preußischen Tarifpolitik und weil sie erst sehr spät sein Hinterland erschlossen) ihm keinen Aufschwung zu verleihen vermochten, alte und neue Wasserwege versagten, sodaß die Stadt zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken wäre, wenn nicht die Industrie hervorragenden Aufschwung genommen hätte. Sie ist zu einer in unserm Osten gar nicht für möglich gehaltenen Blüte emporgestiegen und beherrscht heute fast ganz das Leben der Stadt, die ihr das Gedeihen zu danken hat, dafür aber auch manch schwere Lasten in Kauf nehmen und sehen mußte, wie der alte, einst blühende Handelsstand beiseite gedrängt wurde durch die industriellen Unternehmer und ihr Arbeiterheer. Noch trägt sich der Kaufmann mit Hoffnungen auf Rückkehr der alten Zeiten, sobald seine nächsten Wünsche, die Nogatregulierung und die Verbindung mit der Elbinger Niederung (Tiegenhof) erfüllt sein werden. Und Elbing muß sie teilen, denn es kann ihm nur erwünscht sein, neben der Industrie einen kräftigen, wohlhabenden Kaufmannsstand in seinen Mauern zu sehen.

Von masurischen Gütersitzen, in besonderer Beziehung auf das 16. bis 18. Jahrhundert.

II.: Billstein, Lakellen und Niedzwetzken.

Von Dr. **Gustav Sommerfeldt** in Königsberg i. Pr.

(Fortsetzung.)

Daß das bis 1903 Bialla genannte, 42 Hufen große Gut Billstein¹⁾ des Oletzkoer Kreises, Kirchspiels Mierunskan, bis zum Tode des Generalmajors Johann von Dennemark († 1684) sich im Besitz dieses bewährten Truppenführers und Landwirts befunden hat,

¹⁾ Staatsarchiv zu Königsberg, Konzeptenarchiv, Foliant 1085 (unpaginiert), vom 12. März 1671, und handschriftlicher, die vorausliegende Zeit betreffender Vermerk in der Oletzkoer Amtsrechnung vom Jahre 1688 (Staatsarchiv zu Königsberg Nr. 7887) Seite 27; auch A. B. E. v. d. Oelsnitz, Stammtafeln des Geschlechts von der Oelsnitz. Diesdorf 1905. Tafel III. Die Primordialverschreibung, einen Umfang von 150 Hufen, nämlich das Gebiet der heutigen Güter Billstein, Lehnarten, der Domänen Buttken, Drosdownen etc., betreffend, war unterm 6. Mai 1553 an den im Masurischen ohnehin schon begüterten Amtshauptmann zu Rhein, Georg von Diebes erteilt worden, wie u. a. W. v. Kętrzyński in seinem bekannten Werk *O ludności* etc. Seite 512 erwähnt. Da F. Tolsdorff, Geschichte des Rittergutes Billstein, ehemals Bialla, nach den Quellen des Königlichen Staatsarchivs und den Grundakten des Gutes. 1909. Seite 3—5, nach der späteren Verbriefung dieses nämlichen Gebietskomplexes vom Jahre 1562, einen Auszug aus der Verschreibung hat drucken lassen, kann ein spezielleres Eingehen auf den Wortlaut an dieser Stelle unterbleiben. Vgl. über Georg von Diebes K. Lohmeyer, *Haushaltungsbuch des Kaspar von Nostitz* (Leipzig 1893) Seite 41, Anm. 2 und Seite 351. Auch für die unter Georgs Sohn, Hildebrandt von Diebes entstandenen Lehnswirren, das schließliche Übergehen der ganzen 150 Hufen an Heinrich von Halle und dessen Bruder Reinhardt von Halle, sowie den durch letzteren, zugleich im Namen von Heinrichs unmündigem Sohn, vollzogenen Verkauf an Johann Albrecht von Aulack (21. November 1618), sei auf Tolsdorffs ausführliche Darstellung (Seite 5—10 des zitierten Werkes) verwiesen. Über Hildebrandt von Diebes und Reinhardt von Halle (letzterer starb am 12. Juli 1635 zu Rhein) vgl. man außerdem Mitteilungen der *Masovia* 7, S. 132—139 und *Altpreußische Monatsschrift* 44 Seite 465—468.

ergeben einige unten noch näher von mir zu verwertende Nachrichten. Der pfandweise Erwerb des Gutes durch diesen Gönner des Johann von Wiersbitzki¹⁾ datierte vom Jahre 1671. Dennemark hatte es damals als Pfand an sich gebracht von dem polnischen Oberstleutnant Johann von Buddenbrock, und dieser wieder war als Besitzinhaber dem Kapitän Sigmund von Halle gefolgt, der es ihm für 12 000 Gulden verkauft hatte²⁾. Wenn Tolsdorff in seinem Werk „Geschichte des Ritterguts Billstein“³⁾ Zweifel daran ausspricht, ob wirklich der am 8. August 1650 zu Jurgaitschen (bei Insterburg) verstorbene Oberst eines Dragonerregiments in der polnischen Kronarmee, Starost auf Augustowo und Ostrolenka, Friedrich von Dönhoff ebenfalls zu den Besitzinhabern auf dem heute Billstein genannten Gut gehört hat, so kann darauf aufmerksam gemacht werden, daß nicht nur die auf uns gekommenen, den Friedrich von Dönhoff⁴⁾ betreffenden gedruckten Leichenreden das Gut Bialla (Billstein) unter den dem Friedrich von Dönhoff gehörigen Gütern (Jurgaitschen, Popelken etc.) nennen, sondern auch das genaue Datum der durch die Brüder Adam und Nikolaus von Sempkowski⁵⁾ zu Königsberg an ihn erfolgenden Besitzübertragung feststeht. Es war der 15. Juni 1645; Jonas Kasimir Freiherr zu Eulenburg, kurbrandenburgischer Kammerherr und Amtshauptmann

1) Altpreußische Monatschrift 36, Seite 587—588.

2) Staatsarchiv zu Königsberg, Etatsministerium 103 d „Bialla“. Auch Johann von Hoverbeck, der bekannte Diplomat des Kurfürsten Friedrich Wilhelm (vgl. Tolsdorff S. 11), ist vor dem General Johann von Dennemark während eines gewissen Zeitraums Pfandinhaber von Bialla (Billstein) gewesen. Zuvor hatte Johann Albrecht von Aulack es an den von mir in den Mitteilungen der Masovia 8, S. 45, Anm. 1 namhaft gemachten Kaspar von Sempkowski d. d. Oletzko, 28. Juni 1628 für 23 000 Gulden polnischer Währung verkauft.

3) a. a. O. Seite 11.

4) So auch ein auf Friedrich von Dönhoff um 1650 verfaßtes Gedicht von Simon Dach: Königliche Bibliothek zu Königsberg, Sammelband S 92, Folio, Nr. 13. — Dazu: G. Sommerfeldt, Zur Geschichte des Ritterguts Bialla (Mitteilungen der Masovia 8, 1902, S. 45 ff.), und zur Geschichte der Gehlweidener Güter (ebenda 7, S. 139).

5) Diese beiden Söhne des verstorbenen Kaspar von Sempkowski nennt v. Mülverstedt (Mitteilungen der Masovia 13, S. 92—93) zutreffend für die Jahre 1642 ff. als die Besitzer von Billstein. — Den Kaspar selbst führt er zum Jahre 1621 im Lyckischen als „von Ziembkowski“ an: Ebenda 12, S. 30.

zu Balga (seit 1644), gehörte zu den bei dem Besitzwechsel Billsteins 1645 mitbeteiligten unter den Zeugen der Verkaufsurkunde¹⁾.

Johann von Dennemark war vermählt mit der am 26. Dezember 1640 geborenen Anna Katharina von der Oelsnitz, die nach seinem Tode in zweiter Ehe sich dann vermählte mit dem Major Gotthard von Buddenbrock, Erbherrn auf Kowahlen, Sohn des genannten Johann von Buddenbrock, und Gotthard von Buddenbrock erwarb in der Folge auch die eine Hälfte (30 Hufen) des großen, bei Kowahlen gelegenen Gutes und Dorfes Lakellen [Schönhoffstädt]²⁾. Nachdem Gotthard am 5. Juni 1692 gestorben war, verkaufte seine Witwe Anna Katharina das Gut Billstein unterm 25. September 1695 an den polnischen Adligen Albrecht Kasimir von Warkoy, Erbherrn auf Polnisch-Ratzken († 1730) für 4000 Taler³⁾. Das Pfandgut Wysoky, das von Warkoy daneben noch in Samaiten (Großherzogtum Litauen) besaß, übergab er 1711 an den älteren Sohn Johann Stanislaus von Warkoy zur Bewirtschaftung. Der jüngere Sohn Anton Tadeus von Warkoy, der auf Ratzken in Polen ansässig genannt wird, verlobte sich bald nach 1726 mit Maria Anna von Wierzbicki⁴⁾, Tochter des Anton Vinzenz von Wierzbicki, ältesten, 1681 zu Niedzwetzken geborenen Sohnes des Johann von Wiersbitzki. Anton Vinzenz war nach Polen zurückgewandert, und hatte in Grodno seinen Wohnsitz genommen, wo wir ihn als Major der Kronarmee und Distriktskommissar antreffen⁵⁾. Die Eheschließung erfolgte zu Ratzken am 3. Mai 1729 in Gegenwart von Anton Vinzenz' jüngerem Bruder Daniel von Wiersbitzki, der am 16. April 1726 die Gehl-

¹⁾ Über eine durch Jonas Kasimir Freiherrn zu Eulenburg 1645 im Auftrag des Kurfürsten nach Kurland ausgeführte Mission: v. Mülverstedt, Diplomatorium Ilebursense II. S. 289. Die durch v. Mülverstedt (Mitteilungen der Masovia 13, S. 93) gegebene Notiz, Billstein sei am 8. August 1650 in den Besitz des Friedrich von Dönhoff gekommen, beruht natürlich auf Verwechslung, ebenso ist seine Angabe a. a. O. 13, S. 94, ein Christoph Friedrich von Dönhoff sei 1675 auf dem heute Billstein genannten Gut ansässig gewesen, gewiß auf einen Irrtum zurückzuführen.

²⁾ Die andere Hälfte (30 Hufen) von Lakellen hat um die Zeit von 1688 Fabian von Hohendorff.

³⁾ Tolsdorff S. 12—14.

⁴⁾ Tolsdorff S. 17.

⁵⁾ G. Sommerfeldt in Altpreußische Monatsschrift 36, S. 588.

weidener Güter (bei Goldap) vom Freiherrn Johann von Schrötter käuflich erworben hatte¹⁾, und zahlreicher Trauzeugen, zu denen Georg Friedrich von Zielenski, S. Klopmann, Friedrich Gottlob Türckel, ein von Gersdorff und der Pfarrer Gottfried Jordan gehörten, jedoch in Abwesenheit des Vaters Anton Vinzenz. Der im Original noch vorliegende, vom Oletzkoer adligen Gerichtsschreiber Georg Friedrich Flatau aufgesetzte Ehepakt vom 3. Mai²⁾ besagt, daß die Mitgift der Braut 1000 Taler preußisch betragen soll, der von Warkoy hingegen 2000 Taler aus seinem Gut Bialla, das er demnächst zu verkaufen beabsichtigt, der Braut sicherstellt. Die vereinbarten 1000 Taler wurden auch wirklich durch Anton Vinzenz von Wierzbicki dann an von Warkoy gezahlt, wie dieser in einer Erklärung d. d. Ratzken, den 28. Dezember 1729 bestätigt³⁾.

Anton Vinzenz von Wierzbicki starb 1740⁴⁾, sein Schwiegersohn Anton Tadeus von Warkoy schon vorher, etwa 1737. Die Witwe Maria Anna vermählte sich, obwohl drei Söhne und eine Tochter der Ehe mit von Warkoy entstammten⁵⁾, alsbald mit dem polnischen Jägermeister (Jagdkommissar) zu Grodno, Ludwig Kasimir von Daszkiewicz⁶⁾. Zwischen diesem, der samt seiner Gemahlin von

1) Ebenda 36, S. 596—598. — Wie Rob. Freiherr von Schrötter, Beiträge zur Geschichte der freiherrlich von Schrötterschen Familie, Berlin 1905, Seite 6—8 erwähnt, ist Johann Freiherr von Schrötter als Sohn eines Kaufmanns Justus Schrötter 1646 zu Königsberg geboren, und starb zu Wilna am 6. September 1726.

2) Staatsarchiv zu Königsberg, Etatsministerium 103 d, „Bialla“, wonach (bis auf die Zeugenreihe) gedruckt bei Tolsdorff S. 17—21.

3) Etatsministerium 103 d „Bialla“.

4) a. a. O. — Eine sicher unzutreffende Vermutung v. Mülverstedts ist es aber, wenn dieser (Mitteilungen 13, 1908, S. 96) andeutet, ein von Wiersbitzki sei als Erbfolger der von Warkoy zeitweilig der Besitzer von Billstein (Bialla) gewesen.

5) Tolsdorff S. 21 nennt die Söhne Michael, Stanislaus und Andreas von Warkoy und die Tochter Barbara von Warkoy. Diese ging nach Grodno ins Kloster, während die Söhne das Kadettenkorps durchmachten, und in die preußische Armee als Offiziere eintraten.

6) Die Angabe von Mülverstedts (Mitteilungen der Masovia 13, S. 97, Anm. 1), daß Ludwig von Daszkiewicz schon im Jahre 1735 Billstein besessen habe, ist hiernach zu berichtigen; ebenda 12, S. 34 erwähnt von Mülverstedt den Daszkiewicz zwar richtig auf Billstein zum Jahre 1740, nennt ihn aber „Ludwig Otto“.

Billstein Besitz ergriff, und für die Erben bewirtschaftete, und der Witwe des bei Prag am 6. Mai 1757 gefallenen Michael von Warkoy, dessen drei Kindern, und der weiteren von Warkoy'schen Verwandtschaft, kam es zu einem wechselvollen und langwierigen Prozeß, der schließlich zu ungunsten des Daszkiewicz'schen Ehepaares ausfiel¹⁾.

Im Jahre 1762 treffen wir auf Billstein ansässig an den 24 jährigen Karl Ludwig von Bergen, der ein Neffe des genannten Michael von Warkoy ist, und dessen hinterbliebene Witwe Johanna Justina geborene Richter geheiratet hat²⁾. Als letzter männlicher Sproß der Familie von Warkoy, die in Preußen noch im 18. Jahrhundert ausstarb, wird ein Kornet von Warkoy des Husarenregiments von Lossow, zum Jahre 1771 genannt³⁾.

Als Karl Ludwig von Bergen am 5. Mai 1771 starb⁴⁾, ließ Johanna Justina namens der von Warkoy'schen Unmündigen das Gut meistbietend versteigern, und der Oberst des von Lossowschen Husarenregiments Nr. 5 (seit 1777 selbst Chef des Husarenregiments Nr. 7) Adolf Detlef von Usedom erwarb es am 24. Januar 1772 für 8200 Taler⁵⁾. Bei seinem Tode — er starb als Generalleutnant 1792⁶⁾ — erbt seine Tochter Heinriette Dorothea von Usedom, vermählt mit Kreisjustizrat von Zacha zu Bromberg, die unterm 18. Juli 1792 das Gut für 18 000 Taler in der Erbteilung annahm⁷⁾. Sie behielt es aber nur bis zum 28. Oktober 1793, und verkaufte es unter diesem Datum für eine sehr wesentlich erhöhte Summe weiter an den Ökonomen und Inspektor Johann Girod, in dessen

1) Die genauere Beschreibung siehe bei Tolsdorff S. 23—39.

2) Staatsarchiv zu Königsberg, Vasallentabellen vom Jahre 1762 sub „Oletzko“; vorher soll er fürstlich Herfordischer Stallmeister gewesen sein. (Mitteilungen der Masovia 12, S. 36.)

3) Neuer Siebmacher, Wappenbuch VI, 4. Nürnberg 1874, Seite 114.

4) Das Datum nach Mitteilungen der Masovia 12, S. 36; Tolsdorff S. 40 nennt 1769.

5) Mitteilungen der Masovia 8 S. 45, 13 S. 98 und Tolsdorff S. 40.

6) W. v. Voß, Die Regimentsnamen der altpreußischen Armee, Berlin 1904, S. 88. Die Angabe bei L. v. Zedlitz, Pantheon des preußischen Heeres I, Berlin 1835, S. 305, daß v. U. im Jahre 1790 gestorben sei, ist danach falsch.

7) Ein Flüchtigkeitsversehen bei v. Mülverstedt ist es jedenfalls, wenn er (Mitteilungen der Masovia 13, S. 98) den Wert des Erbguts zum Jahre 1800 nur auf 8200 Taler angibt.

Familie das Gut bis Anfang Januar 1838 verblieben ist. Am 17. Januar 1838 kaufte es für 20 220 Taler der ehemalige Gumbinner Regierungskondukteur Karl Gustav Berent, geboren am 18. August 1805 zu Gansenstein, bei Kruglanken¹⁾. Über die wichtigen Meliorierungen, die er auf dem im besten Zustand befindlichen Gute vornahm — Buttken im Norden (heutige Domäne), und Monethen im Westen (jetziges Dorf), dienten als Vorwerke —, hat Tolsdorff in seiner darstellenden Schrift ausführlich gehandelt²⁾. Nach dem Tode des Karl Gustav Berent, der zu Billstein am 13. Januar 1859 erfolgte, übernahm das Gut der 1836 in Regulowken geborene älteste Sohn Friedrich Berent, der an der Universität Berlin juristische und kameralistische Studien betrieb, und sodann die Stellung eines Bergassessors bekleidet hatte³⁾, am 10. September 1862

1) Mitteilungen der Masovia 8, S. 45—46. Genaueres ließ sich nicht ermitteln, da die Taufbücher der zuständigen Kirche Kruglanken für diesen Zeitraum verloren gegangen sind. Gansenstein gehörte, zusammen mit Regulowken, um 1800 dem königlichen Kammerkondukteur Karl Alexander von Schlichting. Die Angabe bei Tolsdorff Seite 42, Berent sei aus Regulowken gebürtig, bedarf der Berichtigung, nur seine zahlreichen Kinder (vgl. die Aufzählung in Mitteilungen der Masovia 13, S. 46 ff., sind der Mehrzahl nach in Regulowken geboren. Im Gut adlig Siewken (im Angerburgischen) ward Berent ansässig genannt, als er am 24. August 1830, damals noch Regierungskondukteur, seine Verehelichung mit Ida Emilie Salkowski vollzog. — Einen frühesten Sohn dieser Ehe, Leo, der zu Gansenstein starb, wie Tolsdorff S. 43 erwähnt, hatte ich nicht berücksichtigt, weil Leo ein höheres Alter nicht erreichte. Auf Gansenstein war zu der betreffenden Zeit der Amtmann Johann Friedrich Schulz, ein jüngerer Stiefbruder des Gustav Berent, aus zweiter Ehe von Berents Vater, der maßgebende Besitzer. Gustav Berent war bei der Erbfolge mit Geld abgefunden worden. Der Amtmann Schulz vererbte Gansenstein am 7. August 1843 auf seinen Sohn Friedrich Ludwig Hermann Oskar Schulz.

2) Seite 42—43.

3) Tolsdorff S. 43—44. Die an den Biallasee (südlich von Billstein gegen Judzicken hin gelegen) anknüpfende alte Gerechtsame erlosch um diese Zeit. Eine zum Zwecke der Trockenlegung des Sees zusammengetretene Gesellschaft hatte ihn 1842 dem Staate für 504 Taler abgekauft, und im Jahre 1868 erfolgte wirklich das Ablassen des Sees, wodurch Moorwiesen gewonnen wurden, und die angrenzenden älteren Sumpfwiesen melioriert werden konnten. Neben dem Biallasee wird hier noch in den Urkunden älterer Zeit ein Biallafließ genannt, z. B. in der am 27. April 1573 an Balthasar Zenger erteilten Verschreibung über 34 Hufen zu Lehnarten (von Kętrzyński S. 524). Das Fließ ist heute zu einem Karpfenteich umgewandelt.

zur Taxe von 80 000 Talern. Die Schuldenlast, die im Jahre 1868 für die Güter Billstein und Buttken — letzteres unter der Bewirtschaftung von Konstantin Beymel stehend — 27 900 Taler betrug, war 1870 auf 32 000 Taler angewachsen. Am 3. März 1870 beantragte Berent, daß ihm 3525 Taler in Pfandbriefen von der Landschaft hinzugewährt würden. Nachdem es geschehen, wünschte Berent unterm 22. Februar 1871 die Umwandlung der 5-prozentigen Pfandbriefe in $4\frac{1}{2}$ -prozentige¹⁾, zahlte auch sogar im Jahre 1877 an die Landschaft 5100 Mark Pfandbriefe zurück²⁾. Gleichwohl geriet das Gut infolge von Fehlern, die in der Bewirtschaftung gemacht wurden³⁾, immer mehr in Verfall. Ein Brand des Wohnhauses, das infolge unglücklichen Zufalls am 29. Dezember 1877 in Flammen aufging⁴⁾, und das nur mit 18 000 Mark versichert war, gab den Rest. Die im Jahre 1878, unter zeitweiliger Zedierung des Guts an die Frau Schulz, eingeleitete Subhastation wurde unterm 21. April 1879 definitiv ausgeführt. Friedrich Berent, dessen Familie, unterstützt durch den auf Buttken als Besitzer verbliebenen K. Beymel, sich nach Berlin wandte, nahm an dem Fabrikunternehmen einer Knochenmühle in Russisch-Polen teil, ohne seine Vermögenslage bessern zu können, lebte dann als Kommissionär für Güterverkäufe in verschiedenen Städten Masurens, und ist am 9. August 1906 zu Marggrabowa verstorben.

1) Akten der Generallandschaft zu Königsberg, Departement Angerburg, das Gut Billstein betreffend, Faszikel I, Blatt 104, wo Berent den diesbezüglichen Vorschlag schon mit Schreiben vom 29. Oktober 1870 dem Landschaftssyndikus Winckler unterbreitet. Die Landschaftsschuld hatte ihren Ausgang genommen von der Umschreibung eines auf den Namen einer Frau Betty Eichelbaum lautenden Dokuments. Außer dem für die Samuel Simonschen Erben (aus Königsberg) eingetragenen hohen Schuldbetrag (vgl. Mitteilungen der Masovia 8, S. 49, Anm. 6) und den für die Angehörigen der Familien Berent, Albers, Cludius usw. gefertigten Hypotheken handelte es sich sodann besonders noch um ein auf 5500 Taler lautendes Zweigdokument, das Friedrich Berent auf den Namen des zu Berlin, Waterloo-Ufer Nr. 6 wohnhaften Fräuleins Mathilde Fleischer ausgestellt hatte.

2) Ebenda Faszikel I, Blatt 108 ff.

3) Einzelheiten siehe von mir mitgeteilt in den Mitteilungen der Masovia 8, Seite 49—52.

4) Tolsdorff S. 44.

Unter dem neuen Besitzer, dem ehemaligen Kaufmann Eduard Reuter aus Marggrabowa, dem Sohn eines Mälzenbräuers eben dieser Stadt, wurde das ganze, heute Billstein genannte Gut einer gründlichen Dränierung unterzogen, verschiedene massive Stallungen neu errichtet, der Ersatzbau für das 1877 niedergebrannte Gutshaus, den der Vorgänger, Friedrich Berent, zu einem Teil ausgeführt hatte, vollendet, vor allem aber die alte, in der Quellgegend des Leegaflusses auf dem Gut befindliche, schadhaft gewordene Wassermahlmühle Bialla, die bis 1864 der oben Seite 284 genannte Heinrich Borkowski von Reuters Vorgänger gepachtet hatte¹⁾, abgebrochen und das so entstandene Bauschuttmaterial, soweit es noch verwendbar war, dazu mitgebraucht, auf einem zu Berents Zeiten noch von Kiefernwald bestandenen Terrain, den dieser aber hatte abholzen lassen, das jetzige Billsteiner Gutsvorwerk Neufelde zu errichten²⁾.

Der gegenwärtige Besitzer Billsteins erwarb dieses nicht 1897, wie ich in den Mitteilungen der Masovia 8, Seite 53, angab, sondern schon am 1. Oktober 1895, und hat durch eine Reihe von wertvollen, durchweg praktischen Einrichtungen das Gut auf der Höhe der Zeit zu erhalten vermocht, was ihm um so mehr auch erleichtert wurde, als beim Bau der neuen Kleinbahn Marggrabowa—Garbassen, die 1911 eröffnet wurde, Billstein zur Haltestelle der Züge bestimmt wurde, und mit einer Bahnhofsanlage, ebenso wie auch Buttken, versehen ist. Im Frühjahr 1912 endlich ließ Friedrich Tolsdorff das 1878 bis 1880 errichtete Wohngebäude des Guts bis auf die Fundamente abreißen, und an seiner Stelle ein neues Gutshaus bedeutenderen Stils errichten.

Über Schönhoffstädt-Lakellen — Band 36, Seite 589 bis 591 eingehend von mir erwähnt — könnte ich mich begnügen auf die

1) Zur Zeit als von Bergen das Gut bewirtschaftete, an den Müller Christian Mikisch in Erbpacht für den erstmaligen Kaufpreis von 100 Talern ausgegeben (17. November 1766), wurde die Mühle unter der Kammerrätin Christina Girod, geborenen v. Mankiewitz, am 1. Dezember 1829 vom Gute abgeschrieben, nach der Besitzübernahme durch Gustav Berent dann aber am 14. August 1838 aufs neue dem Gut hinzugefügt.

2) Tolsdorff S. 45—46. Der Name wurde unterm 24. Juni 1896 durch die Gumbinner Regierung beigelegt: Mitteilungen der Masovia 10, S. 26.

ausführliche Darstellung der Entwicklung dieses ehemaligen Ritterguts (bis 1724) — heute nur Dorf — hinzuweisen, die ich in den Mitteilungen der Masovia 12, 1907, Seite 158—166 gegeben habe. Es hat aber seitdem von Mülverstedt auch über dieses Gut allerhand Notizen beigebracht, in denen „Wahrheit und Dichtung“ aufs sonderbarste sich mischen. Zum 19. September 1570 stellt von Mülverstedt ein im Stradaunenschen befindliches, 20 Hufen großes Gut fest, das er „Zanden-Schedlisken“ nennt, und fragt, ob damit Zanden-Scheden oder Soffen(-Zawden) im heutigen Lycker Kreis gemeint sein könnte¹⁾. Ich hatte aber in meiner ein Jahr zuvor erschienenen, und Herrn von Mülverstedt bekannt gewordenen Abhandlung Seite 161 erwähnt, daß die Bezeichnung, unter der durch den Herzog Albrecht dem Johann von Wolffeldt für seine langjährigen, dem Herzog geleisteten Dienste 60 Hufen nebst $\frac{1}{2}$ Morgen um jene Zeit verliehen wurden, „Zudna-Schidliski“ gelautet hat. Zanden ist also vorerst einer der bei von Mülverstedt so häufigen Lesefehler. Jedenfalls geht Herrn von Mülverstedt aber auch die Kenntnis des Polnischen ab, er würde sonst gemerkt haben, daß das vermeintliche Schedlisken nichts anderes ist als das polnische siedlisko (= Wohnstätte). Das vorgesetzte Zudna aber ist Adjektivform aus cudny (soviel wie ein verstärktes schön, etwa „wunderschön“ bedeutend). Der Name Schönhoffstädt ist nichts anderes als die deutsche Übersetzung des Namens Zudna-Schidliski, den das heutige Dorf Lakellen bei seiner Begründung im Jahre 1566 unter Johann von Wolffeldt²⁾, und auch geraume Zeit später noch, geführt hat. Eine müßige Erfindung ist es daher zugleich, wenn eine bei der Dorfschule zu Lakellen befindliche, nur handschriftlich existierende Lokalchronik den Namen „Schönhoffstädt“ von demjenigen eines schwedischen Feldmarschalls ableiten will, der wahrscheinlich nie gelebt hat.

1) Mitteilungen der Masovia 13, 1908, S. 87—88.

2) Zu den Grenznachbarn des Johann von Wolffeldt gehörte der Lycker Landrichter Gregor von Langheim, der hier eine Anzahl Hufen bei den Ortschaften Kutzen und Borkowinnen 1565 erhalten hatte (nicht Johann von Langheim, den ich in den Mitteilungen der Masovia 12, S. 162 erwähnt habe). Über die Begrenzung siehe auch v. Kętrzyński S. 537.

Daß dem Sohne des Johann von Wolffeldt, Friedrich von Wolffeldt, am 24. Januar 1621 die Erlaubnis erteilt sei, 2000 Mark auf sein Gut Schönhoffstädt aufzunehmen¹⁾, ist eine Ungenauigkeit; diese Berechtigung wurde ihm vielmehr, wie die Akten ergeben²⁾, d. d. Königsberg, 24. Januar 1610 schon zuteil. Und der Schwiegersohn („Tochtermann“), in dessen Interesse die 2000 Mark preußisch aufgenommen werden sollten, hieß nicht Benedikt von Grudzinski, wie von Mülverstedt angibt³⁾, sondern Michael von Grodzinski⁴⁾. Zum Jahre 1664 nennt von Mülverstedt zwar zutreffend die Brüder Johann Kasimir und Stephan von Wolffeldt als die Besitzer von Schönhoffstädt, verfällt aber dann aufs neue dem Irrtum, daß Schönhoffstädt in den Kriegsläuffen jener Zeit nur einen Umfang von 20 Hufen gehabt habe⁵⁾. Über den Erwerb des größeren Teiles von Schönhoffstädt durch Fabian von Hohendorff⁶⁾ im Jahre 1666, siehe Mitteilungen der Masovia 12, Seite 168; daß sich in den Jahren 1680 bis 1690 der Umfang seines Besitzes an diesem Ort verringert habe, wie von Mülverstedt scheint glauben machen zu wollen⁷⁾, ist wenig wahrscheinlich. Der Sachverhalt ergibt sich der Hauptsache nach durch eine im Todesjahr des Fabian von Hohendorff ergangene Kabinettsorder an die Lehnskommission bei der preußischen Regierung zu Königsberg⁸⁾:

1) v. Mülverstedt in Mitteilungen der Masovia 13, S. 91, Anm. 3.

2) Staatsarchiv zu Königsberg, Adelsarchiv „von Wolffeldt“. Daß der Friedrich von „Woffeld“, den von Mülverstedt 13, S. 88 zum 12. Mai 1612 nennt, mit dem Friedrich von Wolffeldt identisch ist, entging Herrn von Mülverstedt vollständig.

3) a. a. O. 91, Anm. 3.

4) So von mir schon bemerkt: Mitteilungen der Masovia 12, S. 168.

5) a. a. O. 13, S. 93, Anm. 4.

6) Er starb 1696.

7) a. a. O. 13, S. 95.

8) Staatsarchiv zu Königsberg Foliant 286 (Grundbücher von Oletzko). Eine auf Schönhoffstädt bezügliche spätere Order des Kurfürsten d. d. Cölln an der Spree 17./27. März 1696 (Staatsarchiv zu Königsberg, Etatsministerium, Generalia 88 d) hat es ebenfalls mit dem wenige Jahre später an von Weckhorst übertragenen Hauptteil des Gutes zu tun.

„Friedrich der dritte. Wir haben ersehen, was Ihr wegen des im Amt Oletzko belegenen Guts Schönhoffstädt unterm 6./16. Januarii 1696 berichtet. Nun sind wir gnädigst geneigt, dem Possessori und bisherigen Vassallo der einen Helffte dieses Guts, George Wolffelden, den gesuchten Consens zu der vorhabenden Alienation seines Antheils zu ertheilen, doch dergestalt, daß dadurch demjenigen, welchem wir die andere caducirte Halbscheid dieses Lehngutes in Gnaden zuge-dacht und conferiret, einem Recht nicht präjudiciret, ihm auch der Näherkauff auf die andere Helffte, wann er selbige erhandeln wollte, vorbehalten werden. Seind euch in Gnaden gewogen. Potsdam, den 4./14. Februarii 1696.“

Im Anschluß hieran sei nun der Pfandkontrakt mitgeteilt, den der Leutnant Daniel von Wiersbitzki († 18. Mai 1768), des oben genannten Anton Vinzenz von Wierzbicki jüngerer Bruder, d. d. Groß-Wolfsdorff (bei Rastenburg), 1. Januar 1713, damals im Begriff mit seiner Braut Sophie Juliane Kalau sich zu verehelichen¹⁾, wegen der einen Hälfte des Guts Schönhoffstädt auf 20 Jahre eingegangen ist²⁾. Die Beziehungen Daniels zum Oberstleutnant (zuletzt Oberst) im Graf Dönhoffschen Regiment zu Fuß (Nr. 2) Julius Friedrich von Weckhorst, der diese 30 Hufen des Dorfs Schönhoffstädt bis zu seinem Tode (1. November 1710) im Arrendevertrag gehabt hatte, und hier 1701 ein Hospital „vor blessirte und gekwetschte

1) Ein ausführlicheres Lebensbild des Daniel von Wiersbitzki gab ich in der Altpreußischen Monatsschrift 36, Seite 588—603. Daten über Lakellen als „Vorwerk“ von Schönhoffstädt, wobei es sich aber nur um eine Art Abbau handelte, siehe im Etatsministerium 103 d sub „Lakellen“. Die Nachrichten gehen hier bis 1735.

2) Königliches Staatsarchiv zu Königsberg Nr. 425: Lehnregister des Amts Oletzko vom Jahre 1714 (unfoliiert sub 19). Auch das Oletzkoer Lehnregister vom Jahre 1715 (Staatsarchiv Königsberg Nr. 426), Blatt 99, enthält diesen Vertrag abschriftlich. — Die andere Hälfte des Dorfs und Guts Schönhoffstädt hatte der Major Gotthard von Buddenbrock, d. d. Kowahlen, 12. Januar 1687 für geliebene 3000 Gulden von dem Vorbesitzer Georg von Wolffeldt überwiesen erhalten: Ebenda 425, sub 16. Den Namen eines auf Schönhoffstädt ansässigen Gottfried von Buddenbrock, als des Kirchenvorstehers der Kirche zu Schareyken vom Jahre 1692, gibt die Inschrift auf einer der in der Schareyker Kirche hängenden Glocken (Bötticher, Bau- und Kunstdenkmäler, Heft 6, S. 98).

Soldaten“ hatte anlegen wollen¹⁾, erhalten dabei gleichzeitig ihre genauere Aufklärung. Der mit dem Generalmajor Boguslaus Friedrich von Dönhoff a. d. H. Beynuchen, am 1. Januar 1713 geschlossene Vertrag lautet:

„Pfandcontract über Schönhoffstädt²⁾ alias Lackellen“. — „Denen daran gelegen, und solches zu wissen nöthig ist, sey vermöge diesem kundt und offenbar, daß, nachdem der wollseelige Herr Julius Friderich von Weckhorst²⁾, Seiner Königlichen Majestät in Preußen hochbedienter Brigadier, durch testamentliche Verordnung dem Groß-Wulffsdorffischen Hospithal 3000 Thaler legiret, und deßhalben des Herrn Boguslaw Friderichs Graffen von Dönhoff Generalmajoren Excellenz dergestaltige Disposition gelassen, daß aus dem Guth Schönhoffstädt, sonst Lackellen genannt, solche gehoben, und wenn dieses Gut in dem Stande nicht wäre, die Interessen von 3000 Thalern auszutragen, ein Capital von 750 Thalern, so bey den Herrn Regimentsquartiermeister Merklein auf Obligation gestanden, und noch ein anderes Capital von 200 Thalern, so von des seeligen

1) Schreiben von Weckhorst's aus dem Dezember 1701: Staatsarchiv zu Königsberg, Etatsministerium 103 d, Schönhoffstädt. Ein ebenda befindliches Schreiben des Daniel von Wiersbitzki, d. d. Daniellen, 30. September 1715, wegen entlaufener Gutsuntertanen aus Schönhoffstädt, nimmt auf den Vertrag vom 1. Januar 1713 Bezug. Der Aufenthalt zu Daniellen beim damaligen Besitzer dieses Guts, dem Oberstleutnant der polnischen Kronarmee Sigmund von Knobelsdorff, rührt daher, daß im Jahre 1714 Schönhoffstädt (beide Hälften) abgebrannt war: Altpreußische Monatsschrift 36, S. 590. Der Vertrag vom 1. Januar 1713 ist a. a. O. S. 589 von mir nur nach den knappen Notizen, die die „Protokolle der Lehnskommission“ (Staatsarchiv zu Königsberg Nr. 1190) darüber enthalten, herangezogen worden.

2) von Weckhorst war 1710 gestorben, nachdem er seit 1672 ununterbrochen einem und demselben Regiment, zuletzt als dessen Kommandeur, unter dem Grafen Otto Magnus von Dönhoff a. d. H. Friedrichstein als Chef, angehört hatte. — 1700 gehörten die von ihm innegehabten 30 Schönhoffstädter Hufen noch dem Wilhelm von Hohendorff. Staatsarchiv zu Königsberg; Kirchenrechnungen der Kirche Schareyken der Jahre 1581 ff. Diese Kirchenrechnung bemerkt zum Jahre 1714 u. a.: „Weilen dieser Rest (des Kirchendezems aus den Jahren 1704 ff.) von Zeiten des seeligen Herrn von Weckhorst herrühret, und Herr Leutnant von Wiersbitzki ohne Schulden das Gut von Seiner Excellence dem Herrn Grafen von Dönhoff acquiriret, als soll dieserwegen an hochgedachte Excellenz geschrieben, und Ansuchung gethan werden“.

Herrn Frischeysens Erben in Angerburg laut Obligation zu fordern sind, angewendet werden sollte. Indessen vor gedachtes Gut Schönhoffstädt oder Lakellen mehr nicht denn nur 2000 Thaler als ein Pfandtgeldt erlanget werden können, und darumb nach Verordnung angezogenen Testamenti die legirte und bey dem Herrn Regimentsquartiermeister Merklein auf Obligation gehafftete 750, als auch die bey des seeligen Frischeysens Erben noch stehende 200 Thaler dem Hospitahl zum Besten angewandt werden müssen, und darumb des Herrn Graffen von Dönhoff Excellence, die bey Herrn Merklein gestandene 750 Thaler baar empfangen, auch die übrigen 200 Thaler mit restirenden Interessen von des seeligen Frischeysens Erben abzufordern begriffen ist: so hat Herr Daniel von Wierzbicki, Lieutenant¹⁾, so mit der zweyten Weckhorstischen Erbin, Sophia Juliana Kalauin sich verlobet, von dem dieser seiner verlobten Braut gehörigen Gelde, mit Consens des Herrn Regimentsquartiermeisters Merklein, als Miterben und Vormunths der Weckhorstischen Erbin, noch 2000 Thaler als ein Pfandtgeldt vor das Gutt Schönhoffstädt, oder Lackellen, hochgedachtem Herrn Graff Boguslaw Friderich von Dönhoff, Königlichen Generalmajoren, dergestalt gezahlet, daß er sie von denen bey Herrn Friderich Wilhelm Graffen von Dönhoff auf denen Beynunschen Güttern stehenden Capitalien empfangen möchte, wie denn darumb Herr Pfandgeber solch Pfandtgeldt der 2000 Thaler an gewissen Obligationen, die sofort denselben eingehändigt werden sollen, angenommen und davor das Gutt Schönhoffstädt, oder Lackellen genandt, mit dem darauf hafftenden Inventario, nebst dem in denen Scheunen und auf dem Speicher vorhandenen Getreude, Viehe, Pferde, sambt allen darzu gehörigen Freyheiten und Gerechtigkeiten, und allen andern Att- und Pertinentien ohne einzige darauf hafftende Schulden, mit denen Schönhoffstätischen Unterthanen dem Herren Lieutenant von Wierzbicki, seinen und seiner verlobten Braut zu hoffenden Erben, als ein reales Pfandt auf 20 Jahre innezuhaben,

¹⁾ Er hatte am 3. März 1711 infolge seiner zwei Jahre vorher in der Schlacht bei Malplaquet erlittenen Verwundung den Abschied aus der preußischen Armee (Graf Dönhoffsches Regiment zu Fuß) erhalten: Altpreußische Monatschrift 36, S. 588.

und solches nach beliebigem Gefallen zu nutzen und gebrauchen, mit dem Anhange tradiret, eingeräumet und übergiebet, daß er und seine Erben vor außgelauffenen '20 Jahren, und ehe ihm, seiner verlobten Braut und ihren Erben die 2000 Thaler zurückgekehret, und außgelegte Contributiones, auch auf das Gutt gewandte Meliorationes zur Nohtwendigkeit sumptus necessarii werden vollkommen erstattet und gutt gethan seyn, solch Gutt abzutretten und zu quitiren nicht gehalten seyn sollen. — Weiln im übrigen dieses Gutt zu Lehnrechten verschrieben, und hochgemelter Herr Pfandgeber die allerunterthänigste Hoffnung hat, Seine Königliche Majestät werden, in Consideration daß solcher Contract denen Armen und miserablen Personen zum besten behandelt worden, solchen allergnädigst zu bestätigen sich gefallen lassen, alß nimmt Herr Pfandgeber auf sich, vor das Hospithal die allergnädigste Confirmation dieses Contracts auszubitten, und den Herrn Pfandnehmer desfalls mit keinen Unkosten zu beschweren. Wie dieser Contract nun wollbedächtigt beschlossen, also ist er auch mit beyder Contrahenten und Interessenten Nahmen eigenhändig unterschrieben, besiegelt, und daß derselbe ohne fernere Recognition — weil beyderseitige Hände hiemit pro recognitis gehalten werden —, denen Oletzischen Ambtsbüchern ingrossiret werde, gewilliget worden. Alles treulich und ohne Gefährde. Groß-Wulffsdorff, den 1. Januarii 1713. B. F. Graf von Dönhoff, als Verpfänder des Wulffsdörffischen Hospithalgutts Schönhoffstädt, quitire zugleich, daß oben benannte Obligationes mir sofort in Originali übergeben worden. M. Graf von Dönhoff als hiezu erbethener Zeuge; D. von Wierzbicki als Pfandteinnehmer; G. K. Merklein als Zeuge und Interessent.“ — Als Schlußbemerkung findet sich in einem abschriftlichen Exemplar des Vertrags¹⁾ hinzugesetzt: „Diesen Contract hat Herr Boguslaw Friderich Graff von Dönhoff Excellence der königlichen Lehnscommission zur Confirmation überreichen lassen, und auf sich genohmen, den Consens von Seiner königlichen Majestät zu erbitten, praesentatum, den 7. July 1714.“ — [Boguslaus Friedrich von Dönhoff hatte ehemals

¹⁾ Staatsarchiv zu Königsberg Foliant 426, Blatt 99.

als Regimentskamerad des von Weckhorst und des Daniel von Wiersbitzki im genannten Regiment zu Fuß von Dönhoff gestanden, war aber am 27. Dezember 1692^r als Major in das Regiment zu Fuß des Generals, seit 1695 Feldmarschall, Johann Albrecht von Barfuß, Nr. 4, versetzt worden¹⁾.]

Ehe wir andern Gütern der masurischen Gegend uns zuwenden, sei anhangsweise auf die Lebensschicksale des einen der Söhne des Daniel von Wiersbitzki aufmerksam gemacht, Fabian Gottlieb von Corvin-Wiersbitzki, der als Polizeibürgermeister zu Kulm gestorben ist, und auf die Nachkommenschaft des Fabian Gottlieb. Die im Jahre 1772 auf Grund der Zerstückelung Polens erfolgende Besitznahme der Gebiete des heutigen Westpreußen durch den König Friedrich II. brachte es allenthalben dahin, daß preußisches Wesen und preußische Verwaltungsgrundsätze zur Geltung kamen. So wurde auch in Kulm ein dem Offizierstand angehöriger preußischer Veteran, der ehemalige Infanteriekapitän Fabian Gottlieb von Corvin-Wiersbitzki, zum Bürgermeister eingesetzt. Wiersbitzki war 1718 zu Schönhoffstädt (Lakellen) als Sohn des Daniel von Wiersbitzki geboren und machte, nachdem er bei den Jesuiten in Rössel und auf der Altstädtchen Schule zu Königsberg, sodann seit 1735 auf der Universität zu Königsberg vorgebildet war, im Regiment zu Fuß des Generals Heinrich Karl von der Marwitz [† 1744]²⁾ und unter dessen Nachfolger, dem General von Bredow, den Feldzug von 1743 und den Siebenjährigen Krieg (nur bis 1759) mit³⁾. Zwanzig Jahre hindurch stand er dann als „Dirigens“ und Polizeibürgermeister dem Gemeinwesen der Stadt Kulm zur Zufriedenheit der Einwohner und in gutem Vernehmen mit den vorgesetzten Behörden vor.

Seine Gemahlin, Rahel Christine geborene von Paulitz, mit der er seit 1759 vermählt war, gebar ihm neben andern Kindern drei

¹⁾ Nach v. Zedlitz, Pantheon II, S. 124, ist Johann Albrecht von Barfuß am 27. Dezember 1704 gestorben.

²⁾ Das Regiment hatte nach damaliger Zählung die Nummer 21.

³⁾ Er wurde 1752 Leutnant, 1755 Kapitän. Über die Daten zu seiner Lebensgeschichte siehe auch: G. Sommerfeldt in den Mitteilungen der Masovia 5, Seite 150—151.

Söhne, die ein höheres Alter erreichten und Offiziere in der preußischen Armee wurden. Nachdem Wiersbitzki am 1. April 1793 in Kulm gestorben war, richtete sie das nachfolgende, über ihre und ihrer Angehörigen Lage Auskunft gebende Schreiben vom 10. April an die westpreußische Kriegs- und Domänenkammer¹⁾:

„Hochedelgebohrne Herren! Ewer Hochedelgebohren ist es bekannt, daß ich durch den am 1. Aprilis erfolgten Tod meines über alles geliebten Mannes, des gewesenen Dirigenden und Polizeibürgermeisters hierselbst, in den für mich so schmerzhaften Wittwenstand versetzt worden bin, der mir umso empfindlicher sein muß, als ich zu gleicher Zeit mich von aller menschlichen Hülfe entblößet, und wenn Seine Königliche Majestät nicht bewogen werden sollte, mir eine außerordentliche Unterstützung zu gewähren, in einem Zustand versetzt sehe, der der elendeste genannt zu werden verdient. Indessen traue ich es der bekannten Gnade Seiner Königlichen Majestät zu, daß, wenn Höchstdieselben von allen Umständen, und von meiner jetzigen traurigen Lage genau unterrichtet werden, ich gewiß diesem Kummer entrissen werden würde. Es ist bekannt, daß mein Mann seit den Zeiten des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm I. durch 34 Jahre im Militärstande, und nachden er seiner Invalidität wegen, da er nach dem Schlesischen Feldzug im anno 1743, und hinterher den ganzen siebenjährigen Krieg mitgemacht, und darin fünfmal leicht blessirt worden, als Capitain, der eine Compagnie gehabt, den Abschied erhalten, noch beinahe durch 20 Jahre im Zivildache als Bürgermeister hierselbst treu und redlich gedient habe. Es ist ferner bekannt, daß drei meiner Söhne, Seiner Königlichen Majestät noch bis jetzt, nämlich der Älteste als Lieutenant bei dem hochlöblichen Regiment Graf von Schwerin²⁾, jetzt in Pohlen, der zweite als Lieutenant unter dem hochlöblichen Regiment

1) Akten des Magistrats zu Kulm. Das Offizierspatent eines von Wiersbitzki befand sich vor einigen Jahren noch bei dem Städtältesten zu Kulm, Herrn Leopold Eitner. Frau Rahel Christine von Wiersbitzki starb zu Kulm am 3. Oktober 1823 im Alter von 86 Jahren.

2) Ludwig Friedrich von Corvin-Wiersbitzki wurde 1763 in Magdeburg geboren, seit 31. Dezember 1799 ist er Oberleutnant, erhielt am 4. September 1802 den Abschied, da er in auswärtige Dienste treten will, und starb am 24. Dezember 1839 zu Kulm. Das Regiment führte nach damaliger Zählung die Nummer 52.

von Borch¹⁾, jetzt am Rhein, und der dritte als Fähnrich bei dem hochlöblichen Regiment von Möllendorff²⁾ dienen, die alle drei nicht einmal den Trost gehabt haben, bei dem Tode ihres alten Vaters zugegen gewesen zu sein, und die zum Theil noch bis jetzt nicht einmal den harten Schlag wissen, der sie getroffen hat. Endlich ist es jedermann bekannt, daß mein seelig verstorbener Mann sich im Civildach nicht so viel zu erwerben Gelegenheit gehabt hat, daß er etwas zurücklegen könne, sondern alles, was er erwarb, seinen nur bemeldeten Kindern zuwandte und zuwenden mußte, da sie seiner Unterstützung so sehr bedurften. — Mit dem Tode meines Mannes hört nun also für mich alles auf, und da ich nicht das geringste Vermögen habe, so ist ohne außerordentliche Hülfe mein Loos entschieden, daß ich in meinem Alter darben und zu Unterstützung meiner so sehr geliebten Kinder, für die ich doch allein zu leben wünschte, nun nichts mehr beitragen kann. Dieser Zustand ist äußerst hart für mich, und ich bin überzeugt, daß eine Königlich Preußische Kammer, deren hohen Gnade sich mein verstorbener Mann allemal würdig zu machen suchte, zu dessen Linderung eben-sobald das ihrige beitragen werde, als sie von meiner betrübteten Lage unterrichtet sein wird. Euer Hochedelgebohren rechtschaffnen Denkungsart und Liebe zu meinem seeligen verstorbenen Mann aber kenne ich zu genau, als daß ich eine Fehlbitte zu thun fürchten dürfte, wenn ich Sie ersuche, sich gemeinschaftlich für mich zu verwenden und höheren Orts zu vermitteln, daß mir eine lebens-längliche Pension, deren Bestimmung ich lediglich höheren Beurtheilung überlasse, allernädigst bewilligt werden müßte. — Ich bin mit ausgezeichnete Hochachtung Euer Hochedelgebohren ganz ergebenste Dienerin von Wiersbitzki, gebohrene von Paulsin. Culm, den 10. Aprilis 1793.“

1) August Ferdinand von Corvin-Wiersbitzki, geboren 1768 zu Kulm, seit 1802 Stabskapitän zu Neiße, wo er auch am 11. Januar 1803 sich vermählte mit Charlotte Auguste Beate von Adlersfeld aus dem Hause Ritterswalde. Im Jahre 1814 wurde er pensioniert, und ist zu Neiße am 13. Februar 1845 gestorben.

2) Moritz Wilhelm von Corvin-Wiersbitzki, geboren 1771 zu Kulm, wurde 1794 Leutnant, 1821 Kapitän, erhielt am 18. April 1832 seinen Abschied als Major und starb am 16. September 1843.

Die in den Lehndorffmemoiren (Mitteilungen der Masovia 15, Seite 52) zum August 1761 erwähnte Frau von Wiersbitzki ist mit der obigen nicht identisch, sondern wohl sicher Juliane Sophie geborene von Grävenitz, die seit 22. September 1750 mit Fabian Gottliebs älterem Bruder, George Ludwig von Wiersbitzki, dem nachmaligen Kürassiergeneral, vermählt ist. Einige Briefe aus ihrer späteren Lebenszeit (als Witwe, 1778), siehe mitgeteilt in Zeitschrift für Kulturgeschichte 4, 1897, Seite 442—451.

Aus den Wierzbickifamilien der anderen Wappenstämme machte M. Bär¹⁾ neuerdings auf einige Angehörige aufmerksam. So nennt er den Joseph von Wierzbicki, der 1789, im jugendlichen Alter von 26 Jahren, zusammen mit seinen um einige Jahre jüngeren Brüdern Xaver und Franz von Wierzbicki auf Trzianno (im heutigen Kreis Briesen gelegen, ehemals aber zu Kulm gehörig) ansässig war. Zu seiner Familie, die sich dem Wappenstamm Nieczuja zurechnet²⁾, gehört jedenfalls auch Petronella von Wierzbicki, die etwa ums Jahr 1800 Geld stehen hat auf dem Gute Lindenhof (ehemals Lipnicki genannt, im Kreis Thorn) und die Frau eines um jenes Jahr nicht mehr lebenden Lukas von Thur ist³⁾. Dagegen werden wir betreffs einer Rosalie von Wierzbicki, verheirateten von Gaikowski, die 1785 eine Hypothek auf dem im Kreise Berent der Provinz Westpreußen gelegenen Gut Plachty stehen hat⁴⁾, leicht anderer Meinung sein können. Jedenfalls ist zu beachten, daß das gegenwärtig in bezug auf Adelforschungen als maßgeblich geltende Werk Zernicki's⁵⁾ neun unter sich der Herkunft und dem Wappenstamm nach verschiedene Adelfamilien des Namens von Wierzbicki (die von Corvin-Wiersbitzki miteingerechnet), klassifiziert⁶⁾.

(Fortsetzung folgt.)

1) M. Bär, Der Adel und der adlige Grundbesitz in Polnisch-Preußen zur Zeit der preußischen Besitzergreifung (Mitteilungen der königl. preußischen Archivverwaltung, Heft 19). Leipzig 1911, S. 35.

2) Das Wappen Ostrzew, wie es der Neue Siebmacher, Wappenbuch III, 2: Adel Preußens (Nürnberg 1878), Tafel 488 (vgl. auch die Angaben des Texts, Seite 448), gibt, entspricht im wesentlichen dem Wappen Nieczuja.

3) Bär, a. a. O. S. 187.

4) Bär, a. a. O. S. 82.

5) E. von Zernicki-Szeliga, Der polnische Adel, Hamburg 1900, S. 506.

6) Niesiecki's, einer viel älteren Zeit angehöriges Wappenbuch kennt nur fünf derartige Familien, die den Namen von Wiersbitzki führten.

Sitzungsberichte des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreussen (E. V.) für 1912—1913.

Vom

Schriftführer des Vereins Professor **Dr. E. Loch.**

1912—1913.

I. Sitzung vom 14. Oktober 1912. Der Vorsitzende, Herr Geh. Archivrat Dr. Joachim, begrüßte die erschienenen Mitglieder und Gäste, insbesondere auch das auswärtige Ehrenmitglied, Prof. Dr. Rühl, und hielt dann einen Vortrag „Zur Kenntnis der alten Landgerichte im Ordenslande Preußen“.

Diese nahmen zu jener Zeit eine von der übrigen Rechtspflege ganz gesonderte Stellung ein, über die bisher noch nicht völlig Klarheit in der Forschung erzielt werden konnte. Nach genauer Prüfung und Berichtigung der bisher von Voigt u. a. Forschern über deren Kompetenzen entwickelten Ansichten bestimmt der Vortragende die Aufgaben der Landgerichte dahin, daß vor ihnen keinerlei Prozesse geführt werden konnten, sondern daß sie nur für Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständig waren, wobei es in der Natur der Dinge lag, daß in streitigen Fällen der Landrichter mit den Schöppen eine gütliche Einigung unter den verschiedenen Interessenten zuwege zu bringen versuchte, damit langwierige Prozesse vermieden würden. Es waren also sozusagen Notariats- und Hypothekenämter für die Grundbesitzer eines bestimmten Verwaltungsbezirks, die ihre Verträge über Besitz und Erbschaft, Kauf, Verkauf und dergleichen im Landschöppenbuch urkundlich festlegen mußten, wenn sie ihnen rechtliche Gültigkeit und gesetzliche Dauer sichern wollten. Diese Erkenntnis schöpfte der Vortragende aus einem kürzlich im Königsberger königlichen Staatsarchiv hinterlegten alten Schöppenbuche des Landgerichts zu Gilgenburg aus der Zeit von 1384 bis 1519, und auf Grund dieses Buches entwarf er ein durch viele einzelne Züge belebtes, fesselndes Bild von den rechtlichen und Kulturzuständen in jenem Koloniallande zu der angegebenen Zeitperiode. Am häufigsten handelte es sich bei diesen Eintragungen um Kauf, Verkauf, Eintausch und Verpfändung von Gütern, wobei es auffallend ist, wie ungeheuer beweglich damals der Grundbesitz dort war. Auch Ehe-, Erb- und Pachtverträge, Schuldverschreibungen, Zahlungen, Auseinandersetzungen von Eltern und Kindern, Ehegatten, Geschwistern, Regelung von Fischerei- und Mühlengerechtsamen ganzer Gemeinden und mancherlei Vergleiche, die durch die vermittelnde Tätigkeit des Landrichters und seiner Schöppen zustande kamen, füllen die Seiten dieses Buches und lassen uns einen

tiefen Einblick tun in die keineswegs glänzende Lage jenes oft recht hart um seine Existenz ringenden Geschlechts. Die Zeiten, in denen gar die Kriege des Ordens mit Polen oder mit den Städten jene Grenzgebiete verheerten, lassen sich deutlich an dem gänzlichen Mangel an Eintragungen und an dem Ausfall der Landgerichtssitzungen erkennen. Auch das allmählich immer stärkere Eindringen polnischer Besitzer in die ursprünglich preußisch-deutschen Güter als Folge der Verödung des Landes seit dem Ende des 15. Jahrhunderts findet in den Eintragungen seinen Ausdruck; allerdings ist daraus auch wieder zu entnehmen, wie der polnische Adel damals durch die überlegene deutsche Kultur aufgesogen und im zweiten oder dritten Gliede dem Deutschtum gewonnen wird. Interessante Einzelheiten sind auch für die Organisation des Landgerichts Gilgenburg und seine Geschichte aus diesem Schöppenbuche zu gewinnen. An seiner Spitze stand als Vorsitzender ein Landrichter, ihm zur Seite ein Schöppenmeister und, wenigstens zur Zeit der Gründung, neun Schöppen, alle von ritterbürtiger Herkunft und wohl stets angesehene, von dem Vertrauen ihrer Standesgenossen zu diesem Ehrenamte berufene Männer. Sitzungen wurden mehrere im Jahre abgehalten, im Frühling, Sommer und Herbst. Auch die Landesregierung war dabei vertreten durch die Vögte von Gilgenburg und Soldau, später auch durch die Komture von Osterode, deren Bezirk das Landgericht Gilgenburg ebenfalls umfaßte. Manche Namen angesehener Männer jener Zeit sind uns in diesem Buche erhalten, das in jeder Hinsicht als eine Geschichtsquelle ersten Ranges zu bezeichnen ist.

In der lebhaften Besprechung des Vortrages wurden noch mancherlei Einzelheiten des Rechtswesens alter und neuerer Zeit erörtert und aufgeklärt.

II. Sitzung vom 11. November 1912. Herr Rektor Sahn brachte kulturgeschichtliche Bilder aus Friedlands Vergangenheit, die er dem Manuskript einer von ihm verfaßten und inzwischen im Jahre 1913 im Drucke erschienenen Geschichte genannter Stadt entnahm.

Einleitend bemerkte der Vortragende, daß die Geschehnisse der älteren Städte des Ordenslandes im allgemeinen eine gewisse Übereinstimmung erkennen lassen, da sich in ihnen die allgemeine Landesgeschichte widerspiegelt, wie in den Jahresringen des Baumes die Witterungserscheinungen während der Wachstumsperiode. Die äußeren Geschehnisse eines Gemeinwesens hinwiederum seien mitbestimmend für die kulturellen Zustände desselben. Es lasse sich ziemlich für jedes Jahrhundert die Wiederkehr gewisser kirchlicher und bürgerlicher Erscheinungstypen nachweisen. Sodann ging der Vortragende auf das kirchliche Leben der Stadt ein und machte die in Friedland vorhandenen sechs vorreformatorischen „Gillen“ oder frommen Bruderschaften zum Ausgangspunkte seiner Schilderung. Es wurde gezeigt, wie diese nicht allein die Sorge um ein standesgemäßes Begräbniß beim Ableben der Mitglieder sowie die Erstrebung des Seelenheils durch Gebete und Totenmessen zum Zwecke hatten, sondern daß sie auch

in charitativer, geselliger und vor allem in sittlicher Beziehung nicht zu unterschätzende Faktoren im bürgerlichen Leben der damaligen Zeit bedeuteten. Galt doch in ihren Statuten der Grundsatz: „Trunkenheit ist ein niedriges Begräbnis der Vernunft“. Hieran anschließend wurden die scheinbar mehr lokale Bedeutung besitzenden mittelalterlichen Begriffe des „gemeinen Kastens“ sowie der des „Erbgeldes“ in den Kreis der Erörterung gezogen und Mitteilungen über die Auflösungen der alten Verbindungen gebracht, die um so mehr interessierten, da sich hieraus die Tatsache ergab, daß die noch bestehende Schützengilde als ein Rest jener mittelalterlich-kirchlichen Bruderschaften anzusehen ist. Sodann ließ der Vortragende an seinen Zuhörern die Träger des kirchlichen Gedankens, die Geistlichen und Kirchenväter, die Tolken und einfachen Kirchendiener in bunter Reihe vorüberziehen, die er als Menschen von Fleisch und Blut in ihren erhebenden und menschlich verzeihlichen Charaktereigenschaften schilderte. Die mangelhaften Wohnungs- und Besoldungsverhältnisse, die traurige Lage der Relikten, die Schmausereien beim „Bienenbroch“, beim Lichtmachen, bei Einhebung des Kirchendezems, vor allem aber bei Introdution der Geistlichen, fanden eine eingehende Würdigung an konkreten Beispielen. Daß aber das Verhältnis zwischen den Geistlichen und der Gemeinde nicht zu allen Zeiten einwandfrei war, zeigte der Vortragende u. a. an dem 1642 ausgebrochenen Kaplanstreit, in dem sich die Gemüter dergestalt erhitzten, daß eine Deputation an den Polenkönig als obersten Landesherrn seitens der Bürger gegen den Entscheid der Regierung über den mißliebigen und aufgedrungenen Kaplan abgesandt wurde. Mit Hilfe solcher Einzelbilder gab sodann der Vortragende eine Schilderung der allgemein kirchlichen Zeitverhältnisse, indem der kirchliche Einfluß auf das Leben eines Friedländer Bürgers von der Wiege bis zum Grabe verfolgt wurde.

Auf Grund der vorhandenen Gewerksrollen, der Grundzinsbücher und Ratsprotokolle ging dann der Vortragende zur Schilderung der mehr kommunalen und gewerklichen Verhältnisse über und zeichnete ein Bild des Zunftlebens mit seinen vorwiegenden Schattenseiten. Schweres Bürgergeld, hohe Kosten bei Erwerbung des Meisterrechtes, schwierige Bedingungen in betreff der Wanderjahre, das waren die wesentlichsten Hilfsmittel, deren man sich bediente, um sich eine unliebsame Konkurrenz fern zu halten. Und zopfig und steif wie das Zunftleben des 16. und 17. Jahrhunderts waren auch die weiteren bürgerlichen Verhältnisse, wenn man auch im allgemeinen nicht abgeneigt war, nach der Devise zu leben: „Adams Ribb' und Rebensaft sei allzeit meines Herzens Kraft“, eine Inschrift, die das einst dem Grunde des Mühlenteiches entnommene Schalenfragment enthielt. Auch das Kapitel „Malefiz- und Greuelsachen“ wurde noch berührt, um ein abgerundetes Bild der „guten, alten Zeit“ zu geben. Am Schlusse erwähnte der Vortragende noch eine jedem Friedländer bekannte Zunft, die „Griesfüßler“, die er historisch zu begründen suchte und in der Hübnerzunft des 17. Jahrhunderts wiedererkannte.

Zu Beginn der Sitzung hatte Professor Dr. Loch Mitteilungen aus einem Kriegstagebuche von 1813 bis 1815 gemacht. Der Verfasser, Friedrich Th. H. Hartwich, war als Sohn eines Pfarrers im Dorfe Lichtfelde bei Marienburg im Jahre 1791 geboren, wurde als Kaufmann in Königsberg ausgebildet, war dann im Elternhause als Landwirt tätig und trat im März 1813 voll patriotischer Begeisterung unter den ersten als Kriegsfreiwilliger in das ostpreußische National-Kavallerieregiment ein. Er schildert in seinem Tagebuch zunächst kurz die Unglückszeit von 1806 bis 1812, soweit sie ihn und sein Vaterhaus betraf, dann genau mit regelmäßigen Angaben der täglichen Märsche, Exerzitien, Nachtquartiere, Bivaks, Anstrengungen und Kämpfe die Feldzüge von 1813 und 1814, die er beim Yoreksechen Korps unter Blücher mitmachte, den Feldzug in Belgien von 1815, ebenfalls unter Blücher, bis zur Schlacht bei Ligny am 16. Juni, in der er verwundet wurde, sowie seinen Aufenthalt in Frankreich mit der Okkupationsarmee bis Mai 1818. Die interessantesten Partien bilden die Abschnitte über Blüchers Siege an der Katzbach und bei Leipzig (Möckern, den 16. Oktober 1813), den Frühjahrsfeldzug in Frankreich 1814, während dessen er zum Offizier ernannt wurde, und die Schlacht bei Ligny, die er als Leutnant im 2. Berg. Infanterieregiment mitmachte. Außer diesen persönlichen Erlebnissen und Stimmungsbildern verleihen die genauen täglichen Itinerare und Ortsangaben des quartiermachenden Offiziers dem Tagebuch einen gewissen historischen Wert. — Zum Schluß verlas noch Herr Prof. Czygan aus dem Bericht des Oberbürgermeisters Horn vom Jahre 1816 einige Worte, die Johann Michael Hamann über den entwichenen Geist der Gründlichkeit in den Schulen und die Mittel, ihn wieder einzuführen, gesprochen hat.

III. Sitzung vom 9. Dezember 1912. Herr Privatdozent und Archivar Dr. Krollmann hielt auf Grund handschriftlichen Materials im fürstlich Dohnaschen Archiv in Schlobitten einen Vortrag über „Theodor von Schön und die Veranlassung der Landwehrkontroverse“.

Den Ausgangspunkt des langjährigen Streites über das Maß der Verdienste der verschiedenen, bei der Errichtung der Landwehr im Jahre 1813 beteiligten Personen, namentlich Scharnhorsts und des Burggrafen Alexander zu Dohna-Schlobitten bildet die Biographie Dohnas, die bald nach dessen Tode Johannes Voigt 1833 auf Veranlassung des Oberpräsidenten Theodor von Schön herausgegeben hat. Voigt bezeichnet Dohna als den Stifter der Landwehr und spricht Scharnhorst jedes Verdienst darum ab. Letzterer habe vielmehr, als Ludwig Dohna, Alexanders Bruder, im Auftrage der Stände nach Breslau kam, um die Genehmigung des Königs für die ostpreußischen Landwehrpläne zu erwirken, den heftigsten Widerstand geleistet. Diese, wie er selbst sagt, befremdliche Behauptung sucht Voigt dadurch plausibel zu machen, daß er erklärt, Scharnhorst sei vor allem Linien солдат gewesen und habe aus dem Grunde nur die Vermehrung des

stehenden Heeres betrieben, wofür er durch die Landwehr vielleicht Schwierigkeiten befürchtet habe. Voigt beruft sich ferner auf Briefe von Ludwig und Alexander Dohna aus jener Zeit, die den Widerstand Scharnhorsts beweisen sollen, und bringt Auszüge daraus. In Voigts Darstellung spiegelt sich aber die Auffassung Schöns, durch dessen Vermittlung er auch jene Briefe und einen Abriß der Lebensgeschichte Alexander Dohnas von dessen Bruder Wilhelm erhalten hatte.

In Wirklichkeit enthalten jene Briefe kein Wort über Scharnhorsts Widerstreben gegen die Landwehrpläne der Ostpreußen, sondern Voigt hat Derartiges nur hineingelesen, weil er unter Schöns Suggestion stand. Dieser glaubte sich aber zu erinnern, Auszüge aus Briefen, die seine Ansicht bewiesen, selbst gelesen und leider vernichtet zu haben. Da die vorhandenen Briefe Ludwig Dohnas aus Breslau vom 28. Februar und später datiert sind, behauptete er, jene ihm bekannten Briefe, in denen von Verhandlungen Dohnas mit Knesebeck und Scharnhorst berichtet sei, wären zwischen dem 19. und 28. Februar geschrieben worden, und bildete sich ein, da solche in Schlobitten nicht zu finden waren, man wollte sie ihm vorenthalten. Das war aber sicherlich eine Selbsttäuschung, denn wie der Vortragende zur Evidenz aus dem Schlobitter Akten- und Briefmaterial nachwies, hat Ludwig Dohna in der Tat vor dem 28. Februar an seinen Bruder Alexander aus Breslau, wo er am 21. Februar angekommen war, nicht geschrieben. Es ist aber völlig unbegründet, wenn Schön und nach ihm Voigt sich auf Dohnasche Dokumente als Beweis für ihre vorgefaßte Meinung über Scharnhorst berufen, und es läßt sich erklären, daß die bei Erscheinen der Biographie Alexander Dohnas noch lebenden Brüder desselben, Burggraf Wilhelm und Burggraf Friedrich (Scharnhorsts Schwiegersohn) nicht damit einverstanden waren, daß die dargebotenen Briefe zu Unrecht gegen Scharnhorst ausgespielt worden, dagegen die von Wilhelm zur Verfügung gestellten Materialien zur Lebensgeschichte in diesem Punkte nicht berücksichtigt waren. Es war in ihnen nämlich ausdrücklich gesagt, daß Burggraf Alexander, mit den Kräften des Staates sowie mit den vom General v. Scharnhorst schon früher vorbereiteten Bewaffnungsvorschlägen genau bekannt, seinen Mitständen die Errichtung der Landwehr empfohlen habe. Die Dohnas bedauerten daher auch lebhaft die durch Voigts ungerechtfertigte Behauptung ins Leben gerufene literarische Fehde, wobei insbesondere General v. Boyen für Scharnhorst eine Lanze brach, ohne Dohnas Verdienste zu schmälern.

Widerstand hatten freilich die ostpreußischen Landwehrpläne in Breslau gefunden, aber nicht bei Scharnhorst, sondern bei den Französlingen wie Ancillon, Hatzfeld und ähnlichen Menschen, deren Einfluß beim König in der Tat nicht leicht zu überwinden war, zumal er auch noch durch Eingaben der Bürger von Königsberg und Elbing, die gar nichts von der Landwehr wissen wollten, unterstützt wurde. Mit Scharnhorsts Hilfe aber focht Ludwig Dohna seine Aufgabe durch und erreichte, daß den Ostpreußen sogar ihre besondere, von der

Scharmhorstschcn in vielen Punkten abweichende Landwehreinrichtung belassen wurde. Er setzte auch durch, daß sein Bruder Alexander, den die Stände zum Vorsitzenden der Generalkommission für die Landwehr gemacht hatten, Zivilgouverneur der Lande zwischen Weichsel und russischer Grenze wurde, und daß Präsident Wißmann, der in gänzlicher Verständnislosigkeit für die glorreiche Erhebung Preußens den ostpreußischen Adel „Landesverräter“ geschimpft hatte, aus Marienwerder entfernt wurde. — Wenngleich also Schön mit Unrecht gegen Scharmhorst kämpfte, so ist doch nicht zu leugnen, daß Alexander Dohna an der Errichtung der ostpreußischen Landwehr, die etwas anderes als die allgemeine ist, das größte Verdienst hatte. Er hat den Gesetzentwurf gemacht (Clausewitz hat ihm nur die rein militärischen Unterlagen geliefert), er hat diesen Gesetzentwurf nach Kräften gegen die Verschlechterung durch die Stände verteidigt und seine Annahme durchgesetzt, er hat die Organisation trotz des heftigsten Widerstandes der höchsten Beamten in Königsberg (Auerswald und Sydow) begonnen, ehe die Genehmigung des Königs da war, und mit größter Energie ausgeführt, als Ludwig sie endlich aus Breslau brachte.

Der Vortragende schloß mit einem programmatischen Briefe Alexander Dohnas an seinen Bruder Wilhelm vom 17. März 1813, worin er die erhebende Tagung der ostpreußischen Stände vom 5. bis 10. Februar, die Begeisterung bei Annahme des Landwehrentwurfs in bescheidenster Weise berichtet und seine Wünsche für die Neuordnung des deutschen Vaterlandes im Steinschen Sinne ausführt.

IV. Sitzung vom 13. Januar 1913. Herr Professor Dr. Seraphim hielt einen Vortrag „Aus dem Leben des Oberbürgermeisters Heidemann“, den er den Vorarbeiten zu seiner für die Jahrhundertfeier vom 5. Februar 1913 im Auftrage der Stadt Königsberg geplanten Festschrift entnahm. Er behandelte darin besonders eingehend die Studienzeit Heidemanns in Halle und seine juristische und akademische Tätigkeit in Königsberg bis zur Übernahme des Oberbürgermeisterpostens und dem Beginn seiner aufopfernden Tätigkeit als Mitglied des ständischen Komitees. Von einer Wiedergabe kann Abstand genommen werden, weil das Buch über Heidemann inzwischen erschienen ist.

V. Sitzung vom 10. Februar 1913. Herr Professor Dr. Krauske hielt einen Vortrag über das Thema „Zur Geschichte des Regierungsantritts Friedrich Wilhelms I.“. Er brachte darin äußerst interessantes neues Material zur Geschichte von 1711 bis 1713 aus den bisher noch ganz unbenutzten Gesandtschaftsberichten, die der hannoversche Resident am Berliner Hofe Heusch in dieser Zeit nach Hannover gesandt hat.

Der Kronprinz und spätere König Friedrich Wilhelm I. war mit der hannoverschen Prinzessin Sophie Dorothea vermählt; durch diese erhielt Heusch genaue Nachrichten über alle Vorgänge am Hofe Friedrichs I. und hatte nichts

Eiligeres zu tun, als alle solche Dinge, selbst den unbedeutendsten Hofklatsch, in seinen Berichten mitzuteilen. Er hat dadurch nicht wenig zu dem gespannten Verhältnis beigetragen, das sich in den letzten Regierungsjahren zwischen den Höfen von Hannover und Berlin entwickelte, da Kurfürst Georg den König Friedrich I. und auch den Kronprinzen, seinen Schwiegersohn, ganz in die welfische Politik verstricken wollte. Dieser verbot daher schließlich seiner Gemahlin jede Einmischung in die Politik. Sie glaubte, darin den Einfluß der beiden Räte Ilgen und Grumbkow zu erkennen, denen der Kronprinz sehr vertraute, so daß diese auch in Heusch's Berichten recht schlecht wegkommen. Intime Einblicke gewinnen wir aus ihnen ferner in das Verhältnis des Kronprinzenpaares zur Königin Sophie, der dritten Gemahlin Friedrichs I. Dieser hatte die mecklenburgische Prinzessin nach dem Tode seiner zweiten Gemahlin Sophie Charlotte von Hannover und nach des Kronprinzen Vermählung mit deren Nichte Sophie Dorothea geheiratet. Daher fand sie bei der ganzen hannoverschen Partei an seinem Hofe eine sehr ungünstige Aufnahme, zumal nun auch die Kronprinzessin, die solange die erste Rolle am Hofe gespielt hatte, hinter der neuen Königin zurücktreten mußte. So sind die Berichte voll von gehässigen und unfreundlichen Bemerkungen über die fürstliche Frau, die außer dem alternden Könige keinen einzigen Freund in Berlin hatte. Der König selbst aber, der nach dem Sturze des Ministers Graf Wartenberg alles allein leiten wollte, war zu schwach, um zwischen den beiden feindlichen Hofparteien, der des Kronprinzen mit Ilgen, Grumbkow, Leopold von Anhalt-Dessau, und der seines Generalkommissars (Finanzministers) von Blaspiel, ihre Stellung besonders zu stärken. So warf sie sich zeitweise dem Pietismus in die Arme, suchte dann wieder Zerstreuung in Festen und Spielen, verfiel aber immer mehr in einen krankhaften Geisteszustand, der sie auch körperlich ganz elend machte, und der schließlich in Verfolgungswahn ausartete.

Aus den Berichten Heusch's gab der Herr Vortragende besonders genaue Auszüge über die Jahre 1711 bis 1713 und berührte darin u. a. mehrfache Besuche des Zaren Peter des Großen, der Preußens Beistand im nordischen Kriege zu gewinnen suchte, die Geburt und Taufe Friedrichs des Großen, Januar 1712; ferner des Kronprinzen Beziehungen zu Dankelmann, die schon 1711 wieder angeknüpft wurden und nach der Thronbesteigung zu seiner Rückberufung führten, sowie zu Fürst Leopold von Anhalt-Dessau, dem Heusch und andere durchaus nicht die Ernennung zum Feldmarschall im Dezember 1712 gönnten. Aufs eingehendste verfolgte er dann den Verlauf der Krankheit bei der Königin und vom 7. bis 25. Februar 1713 beim Könige, der an Brustbeschwerden und Erstickungsanfällen litt und endlich nach qualvollem Leiden am Abend des 25. Februar 1713 durch den Tod erlöst wurde. So sind am 26. Februar gerade 200 Jahre seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. vergangen. Auch über dessen erste Regierungshandlungen weiß Heusch aufs genaueste zu berichten

und zerstört dadurch mancherlei Legenden über die Plötzlichkeit, mit der der junge König den ganzen Hofstaat umgestürzt haben soll; allerdings macht sich schon bald sein Sinn für Sparsamkeit durch Entlassung des Hofstaates der kranken Königin, durch Verminderung des Marstalles und Entlassung der Schweizergarde sowie seine Vorliebe für alles militärische Wesen geltend; besonders aber fällt das stolze und entschiedene Wesen des jungen Königs in der inneren und äußeren Politik auf, dem er sogar gegenüber Leopold von Dessau, Georg von Hannover und den Gesandten von England offen Ausdruck verleiht.

VI. Sitzung vom 10. März 1913. Herr Professor Dr. Seraphim hielt einen Vortrag über das 1911 im Verlage von Kirchheim in Mainz erschienene Buch: „Der Untergang des Ordensstaates Preußen und die Entstehung der preußischen Königswürde“, dessen Verfasser sich unter dem Pseudonym Vota verbirgt.

Pater Vota hieß bekanntlich ein rühriger Jesuit, der in der Geschichte der Erwerbung der preußischen Königskrone eine bemerkenswerte Rolle spielte. Der Vortragende behandelte eingehend die Darstellung der Geschichte des Unterganges des Ordensstaates durch den Verfasser, die sich als völlig verzeichnet erweise. Die im Ordensstaate liegenden Gegensätze und Keime zur schließlichen Auflösung sind überhaupt nicht gewürdigt, die Auflösung des Staates erscheint bei dem Verfasser nicht als der Abschluß einer Entwicklung, die längst eingesetzt hatte, sondern vor allem als das Ergebnis der ruchlosen Politik des letzten Hochmeisters, der selbst bewußt auf den Untergang des Ordensstaates hingearbeitet habe, um sich dann auf seinen Trümmern einen weltlichen Staat zu begründen. Andere gewissenlose Leute, wie die Bischöfe Polenz und Queis, hätten ihm in die Hände gearbeitet, nicht minder diejenigen Ordensritter, die durchaus das Zölibat loswerden wollten. Der Vortragende gab in großen Zügen eine Darlegung des Unterganges des Ordens und zeigte im einzelnen, wie vielen Irrtümern der Verfasser verfallen sei. Eine Karikatur sei auch sein Lutherbild, und wenn der Verfasser die Überordnung des Staates über die Kirche als das Wesen der lutherischen Reformation hinstelle, so übersehe er, daß die Tendenz zur Bildung von Landeskirchen bereits in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters in sehr erkennbarer Weise sich geltend mache. Die weiteren Teile des Votaschen Buches konnte der Vortragende bei der vorgerückten Stunde nur noch kürzer behandeln. Sie geben eine Darlegung, wie die Versuche des Ordens, Preußen zurückzugewinnen, vergeblich blieben, wie Albrecht das unrechtmäßig Erworbene zu behaupten wußte, wie der Große Kurfürst dann die Souveränität in Preußen, der Kurfürst Friedrich III. die Königswürde gewann. In diesen Abschnitten springt die Tendenz zum moralisierenden Aburteilen der brandenburgisch-preußischen Politik besonders stark ins Auge; für die großen geschichtlichen Zusammenhänge fehlt dem Verfasser der Blick, und seine Kenntnis der Literatur über seinen Gegenstand ist eine so

unzureichende, daß sein Buch nicht einmal als Registrierung des Tatsachenmaterials genügt. Das neue Material, das der Verfasser aus Wiener Archiven beibringt, hat nur den Wert von Einzelheiten, und die Neigung, die langatmigsten Aktenstücke ganz in die Darstellung zu übernehmen, überlastet diese und verwirrt sie.

Der Vortragende zeigte noch an Beispielen die Arbeitsweise des Verfassers. Das Buch, das in sehr lebhafter Weise angepriesen worden sei, stelle sich als eine Tendenzschrift heraus, bei der die Abneigung gegen das neue Preußen unverkennbar sei. Wissenschaftlich sei vor dem Buche zu warnen, Innere und äußere Indizien, auf die der Verfasser einging, ließen das Lager, aus dem diese pseudogeschichtliche Publikation stamme, unschwer erkennen. Trotz der gegenteiligen Versicherung der Vorrede zeige das Buch, daß sein Verfasser, unbekümmert um die Mahnung Spinozas „zu begreifen, aber sich nicht zu ereifern“, seinem Stoff so befangen gegenüberstehe, daß ihm Verständnis und Blick für die großen Linien der geschichtlichen Entwicklung völlig fehlten.

VII. Sitzung vom 14. April 1913. Se. Exzellenz Herr Kanzler Dr. von Plehwe hielt einen Vortrag über „Erinnerungen zweier alten ostpreußischen Familien aus dem Siebenjährigen Kriege“.

Die beiden Familien Plehwe und Eckert gehören zu den ältesten Ostpreußens. Die erstere führt ihren Ursprung zurück auf einen Ritter v. d. Spreu, der zur Ordenszeit nach Preußen gekommen sein soll, dann aber nach Polen auswanderte und dort den Namen Plewa (polnisch Spreu) angenommen hat. Ein Nachkomme von ihm, mit dem Namen Plehwe, soll in den Dienst des Herzogs Albrecht getreten und der Stammvater des jetzt in Preußen und Rußland in einem bürgerlichen und einem adligen Zweige blühenden Geschlechts Plehwe geworden sein. Der Ahnherr des adligen Zweiges war ein Plehwe, Besitzer mehrerer Güter, der nach einer im Königsberger Königlichen Stadtarchiv befindlichen Urkunde im Jahre 1708 Elisabeth Löbel heiratete, die letzte überlebende Erbin eines größeren Güterkomplexes, mit dem nach einer ebenfalls erhaltenen Urkunde ein Burchardt Löbel in Ragnit 1566 von Herzog Albrecht zu Lehnrechten mit männlicher und weiblicher Sukzession belehnt worden war; zu dieser Herrschaft gehörte u. a. auch das Rittergut Dwarischken im Kreise Pillkallen. Aus dieser Ehe entstammte ein Sohn Joachim Plehwe, der am 24. August 1729 an der Universität Königsberg immatrikuliert wurde, später in Pillkallen ein Hausgrundstück erwarb und dort von 1735 bis 1758 als Ratsmann und Bürgermeister gelebt hat. Aus der Erbschaft seiner Mutter, die sich nach dem frühen Tode ihres Gatten wieder verheiratete, hatte er 1743 das adlige Rittergut Dwarischken als Erb- und Gerichtsherr erhalten.

Im schlesischen Kriege hatte er als Dragoner Joachim von Plehwe an der Schlacht bei Hohenfriedberg 1745 teilgenommen, war bei dem großen

Reiterangriff unter den Augen des Königs verwundet und von diesem ausgezeichnet worden. Er war der Urgroßvater des Vortragenden. Im Siebenjährigen Kriege, als der Feldmarschall Lehwaldt zum Schutze Ostpreußens gegen die Russen einen Landsturm und eine Landmiliz in sechs Kompagnien errichtete, ernannte er den Leutnant Joachim von Plehwe als inaktiven Offizier und angesessenen Grundbesitzer zum Kommandeur einer dieser sechs Kompagnien. Er erhielt den Auftrag, beim Einfall der Russen 1757 den Wald zwischen Pillkallen und Ragnit mit seiner Kompagnie in einzelnen Abteilungen zu besetzen, die Landstraße und alle Zugänge zu beobachten, den Feind, besonders seine Kosaken, nicht durchkommen zu lassen und ihm allen nur möglichen Schaden zuzufügen. Die Instruktion hierüber ist im Wortlaut erhalten; über sie und die ganze Einrichtung jener Landmiliz, die ein Vorläufer der Landwehr von 1813 ist, machte der Vortragende eingehende Mitteilungen. Der Leutnant von Plehwe hat sich auf seinem Posten vorzüglich bewährt, er hat auf der ganzen Linie von Pillkallen bis Ruß und Memel den Russen so großen Abbruch getan, daß diese sogar 4000 Rubel auf seine Gefangennahme aussetzten, und ist auch später, während der russischen Okkupation, stets mit den königlichen Behörden in Preußen und besonders mit dem getreuen Oberpräsidenten von Domhardt in Verbindung geblieben.

Als die Russen 1762 das Land verließen, kehrte er zunächst in seinen bürgerlichen Beruf zurück und übernahm dann ganz die Verwaltung seines Gutes Dwarischken. Dort hatte sich allerdings schon das Gerücht verbreitet, er sei im Kampfe gegen die Russen umgekommen, und die Dwarischker Bauern hatten einen großen Teil des scheinbar herrenlosen Landes für zwei Tonnen Bier und ein Ohm Branntwein an die Nachbarstadt Schirwindt verkauft. Da der zurückgekehrte Gutsherr diesen seltsamen Handel nicht anerkannte, die Schirwindter aber mit ihrem Bürgermeister an der Spitze durch Waffengewalt sich in den Besitz des Landes setzen wollten, kam es zu der auch in der Chronik von Schirwindt genau beschriebenen Schirwindter Fehde, in der der alte Kriegsmann Joachim von Plehwe mit seinem zweiten Sohne Otto Siegfried und seinen Leuten und den Nachbarn das Feld und Gut behaupteten. Diesem zweiten Sohne übereignete er 1783 das adlige Gut Dwarischken und erhielt auch vom Könige als Lehnsherr die Genehmigung dazu mit öffentlich rechtlicher Wirkung dieser Eigentumsübertragung; er starb 1788.

Sein getreuer Freund und Kriegskamerad war der Wildnisbereiter und Oberförster Wilhelm Eckert in Klooschen bei Prökuls (1724 bis 1777), ein Sohn eines von drei Brüdern Eckert, die im Anfang des 18. Jahrhunderts aus der französischen Schweiz in Ostpreußen einwanderten. Auch aus dieser Familie Eckert haben sich zahlreiche Nachkommen als Landwirte, Gewerbetreibende, besonders aber als Forstbeamte in der Provinz verbreitet, wie denn das Verzeichnis des reitenden Feldjägerkorps (von 1740 bis 1890) neunzehn Eckerts aufweist. Der erste von ihnen ist ein Stiefbruder des eben genannten Freundes

von Joachim von Plehwe, der Oberförster Leopold Heinrich Eckert, der auch in dem Siebenjährigen Kriege hier eine nicht unbedeutende Rolle in der Landesverteidigung und den Kämpfen gegen die Kosaken gespielt hat. Er machte schon die Schlacht bei Mollwitz mit, in der er wie durch ein Wunder dem Tode durch einen Bajonettstich entging. Im Siebenjährigen Kriege hat er mit seinen Unterförstern, Söhnen und Bauern eine Landsturmarteilung errichtet, mit der er den Russen vielen Abbruch tat, unabhängig von der durch Lehwaldt organisierten Landmiliz. Er starb 1803. Zu seinen Nachkommen gehört der 1830 geborene Senior der Beamten unserer Ostpreussischen Landschaft, der Landschaftsdirektor a. D. Adolf Eckert, früherer Besitzer von Czerwonken bei Lyck. Jener Mitstreiter von Plehwes, Wilhelm Eckert, hatte in ähnlicher Weise eine berittene Landmilizabteilung geführt, die sogenannten Landhusaren, mit denen der kühne und mit seinen Wäldern eng verwachsene Forstmann sogar zahlreiche glückliche Angriffe auf die russischen Irregulären machte, so daß er sich selbst bei den gefürchteten Kosaken in gewaltigen Respekt zu setzen wußte. Einer seiner Söhne, Oberförster in Uszupönen, hatte eine im Jahre 1802 geborene Tochter Amalie Concordia. Diese heiratete im Jahre 1830 den Sohn jenes oben genannten Otto Siegfried von Plehwe, den Rittergutsbesitzer Carl Siegfried von Plehwe in Dwarischken, Vater des Vortragenden, so daß durch die Nachkommen jener gemeinsamen Kämpfer aus dem Siebenjährigen Kriege die beiden Familien aufs engste vereinigt wurden.

Zum Schlusse berichtete der Vortragende noch über den Fund des größten Stückes Bernstein, das auf dem dem Oberförster Eckert in Uszupönen gehörigen Gute Schlappachen zwischen Gumbinnen und Insterburg im Jahre 1803 von einem Arbeiter ausgegraben wurde. Es hat ein Gewicht von 13 Pfund 15 $\frac{3}{4}$ Lot damaligen bürgerlichen Gewichts, es wurde auf mindestens 10 000 Taler Wert abgeschätzt. Das Stück wird jetzt in Berlin aufbewahrt; ein Abguß davon befindet sich im Königsberger Bernsteinmuseum (vergl. den Bericht darüber von Hagen in den Beiträgen zur Kunde Preußens, Bd. VI [1824] S. 507 ff.).

Im Anschluß an diesen Vortrag berichtete noch der ebenfalls anwesende Landschaftsdirektor a. D. Eckert über Einzelheiten aus dem Leben seiner vorher erwähnten Vorfahren aus dem 18. Jahrhundert.

VIII. Sitzung vom 5. Mai 1913. Generalversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende, Professor Dr. Krauske, trug zunächst den Jahresbericht für das Jahr 1912/13, das 40. Geschäftsjahr, vor.

Von Publikationen ist erschienen der zweite Teil von Band II der Matrikel der Universität Königsberg, herausgegeben von Geheimrat Professor Dr. Erler, durch den die Studentenverzeichnisse bis 1829 vollständig abgeschlossen sind, von welchem Jahre an bereits die jährlichen gedruckten Studentenverzeichnisse vorliegen. Außerdem erhielten die Mitglieder die dreijährigen Sitzungsberichte für 1909 bis 1912 von dem Schriftführer, Professor

Dr. Loeh. Für das nächste Jahr stehen ein Ergänzungsband der Matrikel (Einleitung zu Band II) und die schon angekündigte Ausgabe des Briefwechsels Scheffners von Archivar Dr. Möllenberg in Aussicht. Den Kassenbericht erstattete sodann der Schatzmeister, Stadtrat Arnheim. Danach hat sich das Vermögen des Vereins nicht wesentlich verändert; die Zahl der Mitglieder beträgt 198. Die Rechnungen waren von Amtsrichter Warda und Oberlehrer Jander geprüft worden; dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt. — Im Vorstande sind mehrere bedeutsame Veränderungen eingetreten. Professor Dr. G. Krause, der dem Vorstand 22 Jahre angehört hatte, hat aus Gesundheitsrücksichten seinen Austritt aus dem Vorstande erklärt; der Vorsitzende sprach mit anerkennenden Worten den Dank des Vereins für seine verdienstvolle Tätigkeit aus; Geh. Archivrat Dr. Bär in Danzig ist wegen seiner Versetzung aus dem Verein ausgeschieden. An Stelle beider Herren hat der Vorstand im Herbst Gymnasialdirektor Professor Dr. Brettschneider und Geh. Archivrat Dr. Warschauer in Danzig kooptiert. Die drei satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder: Stadtbibliothekar Professor Dr. Günther in Danzig, Kanzler Dr. von Plehwe und Professor Dr. Loch wurden wiedergewählt.

Darauf hielt Herr Hollack einen Vortrag über „Wend von Eulenburg als Hauptmann von Brandenburg und Botschafter in Preußen“. Der Redner, der seit längerer Zeit mit den Vorarbeiten zu einer Geschichte des Geschlechts der Eulenburgs beschäftigt ist, brachte darin auf Grund Königsberger Archivalien und unbenutzter Urkunden aus Prager und Wiener Archiven mancherlei neues Licht für die Geschichte des ersten Auftretens der Hohenzollern in der Mark und ihr Verhältnis zum damaligen Ordensstaate Preußen. Nach einer kurzen Einleitung über die drei verschiedenen Linien des in Meißen, der Lausitz, Brandenburg und Böhmen reich begüterten Geschlechts der „Eulenburg“ im 12. bis 14. Jahrhundert gab er ein anschauliches Bild von dem Leben, den Kriegszügen und politischen Taten des dem Stammhause Eulenburg an der Mulde angehörenden Wend von Eulenburg, der, 1359 geboren, im Jahre 1399 auch Sonnenwalde erwarb und so einer der reichsten Grafen in jenen Gegenden wurde. Mit Kaiser Wenzel und Sigismund befreundet, hat er beiden oft mit Geld ausgeholfen und wurde durch sie mit dem Burggrafen Friedrich VI. von Nürnberg, dem Hohenzollern, bekannt, den Sigismund 1411 als seinen Statthalter nach der Mark Brandenburg schickte. Als seinen Stellvertreter und Hauptmann während seiner Abwesenheit am kaiserlichen Hofe setzte Friedrich den Wend von Eulenburg ein. Doch wollten ihn die sehr selbständigen Stände der Mark, insbesondere die mächtigen Adligen, nicht anerkennen und verweigerten ihm und dem kaiserlichen Statthalter Friedrich von Nürnberg die Huldigung, bis 1412 dieser selbst in die Mark einzog und sich die Anerkennung erzwang. Wend von Eulenburg ging wieder zu König Sigismund zurück, der ihn dann noch mehrfach zu diplomatischen Sendungen, u. a. auch ins Ordensland Preußen, verwandte.

Auch ein Bruder von ihm, Otto VIII. von Eulenburg, fand in diesen Missionen mehrfach Verwendung, so schon 1409, als er in des Kaisers Auftrag noch ein letztes Mal zwischen Jagiello und dem Orden vermitteln sollte, und 1421, als er in Friedrichs Auftrag nach Polen ging, um ein Heiratsprojekt und ein Bündnis mit Polen zu verabreden. In dem damals entbrennenden Hussitenkriege entfaltete Wend eine sehr erfolgreiche Tätigkeit als kaiserlicher Vertreter in der Lausitz und focht im Verein mit seinem in Böhmen begüterten Bruder Potho so energisch und glücklich gegen die Hussiten, daß dank ihrer beider Auftreten noch heute der ganze Nordrand Böhmens deutsch geblieben ist. Für die damals dem Kaiser vorgeschossenen Gelder erhielt er dann Stadt Eger und Egerburg als Pfandbesitz, aus dem er allerdings in späteren Jahren, als der Kaiser Sigismund ihm nicht mehr so wohl wollte, ohne Zahlung der Schuldsomme wieder verdrängt wurde. Besonders eingehend behandelte der Vortragende dann noch den Reichstag zu Nürnberg 1422, auf dem der Kaiser mit Eifer darauf hinarbeitete, mit einem großen deutschen Heere dem von Polen arg bedrängten deutschen Orden zu Hilfe zu kommen. Wiederholt bedient er sich in diesen Zeiten Wends als Botschafter nach Preußen und läßt den Hochmeister Paul von Rußdorf zu ausdauerndem Widerstand gegen Polen ermahnen. Doch da außer Worten und Briefen nichts erfolgte, mußte der Hochmeister endlich im September 1422 den schmachvollen Frieden vom Melnosee schließen. — In der lebhaften Besprechung, die sich an den Vortrag anschloß, wurde besonders von Professor Krauske die Politik König Sigismunds erörtert.

Kritiken und Referate.

Immanuel Kants Werke. In Gemeinschaft mit Hermann Cohen, Artur Buchenau, Otto Buek, Albert Görland, B. Kellermann herausgegeben von **Ernst Cassirer**. Band III. (Kritik der reinen Vernunft.) Herausgegeben von **Dr. Albert Görland**. Verlegt bei Bruno Cassirer. Berlin 1913.

In rascher Folge liegt nun der dritte stattliche Band von 571 Textseiten nebst 104 Seiten Lesarten etc., enthaltend Kants Hauptwerk, vor. Der Herausgeber hat nach dem Verfahren der meisten Herausgeber den Text der zweiten Originalauflage der K. d. r. V. zugrunde gelegt. In den Lesarten sind nach kurzer Anführung der Originalausgaben die von 1838 an erschienenen Ausgaben der K. d. r. V. und die textkritischen Spezialarbeiten verzeichnet, wie sie bereits aus dem dritten Bande der Akademieausgabe bekannt sind, nebst Angabe von zwei seit 1904 erschienenen Schriften Goldschmidts, dem der Herausgeber seiner Angabe nach in Hinsicht der Rechtfertigung und Wiederherstellung des Originaltextes wertvolle Belehrung verdankt. Es ist das Bestreben des Herausgebers gewesen, den Originaltext möglichst unverändert zu lassen, soweit derselbe nur sich sachlich rechtfertigen ließ. Die eigentlichen Lesarten, hier Anhang genannt, zerfallen in zwei Abteilungen, deren erste sowohl die Abweichungen der ersten Auflage als auch die Textänderungen durch Spätere und die Begründung der vorliegenden Textgestaltung enthält, die zweite aber lediglich die Abweichungen des Textes der ersten Auflage nochmals zusammenstellt. Wir können diese Anordnung nicht als geschickt bezeichnen. Wenn man zwar auch, wie der Herausgeber es rechtfertigen will, Kants eigene Umarbeitung deutlich herausgehoben wissen und nicht im allgemeinen Lesartenapparat aufgehen lassen möchte, so hätte dem dadurch Rechnung getragen werden können, daß diese Abweichungen durch hervortretenden Druck (kursiv) ausgezeichnet wurden. Hierdurch wäre der nochmalige Abdruck aller geringfügigen Abweichungen der ersten Auflage vermieden — die längeren Textabweichungen sind ja auch hier nicht in der ersten Abteilung wiedergegeben, sondern es ist dieserhalb auf die zweite Abteilung verwiesen. Ueberhaupt aber ist der textkritische Apparat mit Sorgfalt aufgestellt, und es dürften manche neuen Textkonjekturen und Erläuterungen Anlaß zu weiteren Erörterungen geben.

A. W.

E. T. A. Hoffmann, Sämtliche Werke. Historisch-kritische Ausgabe mit Einleitungen, Anmerkungen und Lesarten von C. G. v. Maaßen. Bd. 1, 2, 3, 4, 6. Zweite unveränderte Auflage. Georg Müller, München 1912.

Daß die so bedeutenden Werke dieses genialen Spätromantikers endlich in einer vorzüglichen und voll genügenden Ausgabe erscheinen, ist mit lebhafter Freude zu begrüßen. Den Texten sind die Originaldrucke oder die Ausgaben erster Hand zugrunde gelegt. Alle sprachlichen Eigentümlichkeiten sind gewahrt, „selbst syntaktische Freiheiten und kleine Inkonsistenzen“. Dagegen sind Orthographie und Interpunktionen im ganzen modernisiert, da die Drucke nicht Hoffmanns Gewohnheiten wiedergeben und außerdem das archaisch-retardierende Moment alter Schreibweise den Genuß der Schriften nur stören würde. Die ausführlichen und streng sachlichen Einleitungen behandeln die Entstehungsgeschichte der betr. Werke, unter besonderer Berücksichtigung des Briefwechsels; eine Biographie soll als Nachtrag folgen. Die Anmerkungen sind in den Anhang verwiesen und können sich daher ohne Rücksicht auf Äußerlichkeiten ausdehnen. Der Anhang enthält auch die Berichte über die Vorlagen, Lesarten und verschiedenen Beigaben. Diese letzteren sind eine besondere Zierde der Ausgabe! Sie bringen vor allem Zeichnungen von Hoffmann selbst, Bilder von ihm, Illustrationen der alten Ausgaben, Faksimiles etc. Da auch die andere Ausstattung der Ausgabe würdig ist, so vereinen sich Äußeres und Inneres zur Harmonie, und wir können dem Herausgeber wie dem Verleger nur aufrichtig für diese Leistung danken.

Der erste Band bringt die „Fantasiestücke in Callots Manier“ (mit 10 Bildbeigaben und einem Faksimile), der zweite die „Elixire des Teufels“ (mit 6 Bildbeigaben und einer Stammtafel), der dritte die „Nachtstücke“ (mit 9 Bildbeigaben und einem Faksimile), der vierte „Seltsame Leiden eines Theaterdirektors“ und „Klein-Paches, gen. Zinnober“ (mit 15 Bildbeigaben und einer Vignette), der sechste „Serapionsbrüder“ Bd. 2 (mit 9 Bildbeigaben). Da der fünfte Band die Einleitung zu allen vier Bänden der Serapionsbrüder bringen soll, erscheinen zunächst noch 7 und 8, dann erst 5. Soweit ich sehe, sind die Texte sehr sorgfältig und Druckfehler kaum zu finden. Die Einleitungen und Anmerkungen sind sehr gründlich und gediegen und geben alles Notwendige und manches Neue; überall beruhen sie auf eigenen genauen Studien. So ist also eine Ausgabe geschaffen, die der Bedeutung Hoffmanns entspricht und Laien wie Forschern gleich willkommen sein muß. Die Lektüre seiner eigenartigen Schriften zieht einen immer wieder an, und gerade unsere Zeit wird viel übrig für diesen Romantiker haben. So sei also die monumentale Ausgabe aufs wärmste empfohlen.

Münster i. Westf.

Privatdozent Dr. Otto Braun.

In unserm Verlage erschien als 16. Heft der Schriften der Synodal-
kommission für ostpreußische Kirchengeschichte:

**Das ostpreussische evangelische
:: Pfarrhaus in Kriegsnöten ::**

Von

Richard Geelhaar

Pfarrer in Schmauch, Kr. Pr. Holland.

Preis Mark 2.75.

Ferd. Beyers Buchhandlung (Thomas & Oppermann) Königsberg i. Pr.

Verlag von Reuther & Reichard, Berlin.

Kants Einfluss auf die englische Ethik.

Von

Dr. Karl Schmitt-Wendel.

Preis Mark 2.80.

**Immanuel Kants
Transzendente Deduktion.**

Von

Dr. Henri Clemens Birven.

Preis Mark 2.50.

Im Verlage der **Hartungschen Verlagsdruckerei** erschien:

**:: Beiträge zur Chronik des ::
ostpreussischen Grundbesitzes.**

Herausgegeben von **Jenny Kopp.**

Preis Mark 5.—.

Das Werk stellt einen wertvollen Beitrag zur Heimatkunde dar;
es schildert in anschaulicher Weise die geschichtliche Entwicklung
einzelner Orte und Besitztümer und legt den Wert der Familientradition
der bodenständigen Bevölkerung klar.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

In unserm Kommissionsverlage erschien soeben:

Mitteilungen
der
Literarischen Gesellschaft Masovia

herausgegeben von dem
Vorsitzenden Prof. Dr. **K. Ed. Schmidt**
in Lötzen.

18. Heft (18. Jahrgang)

Preis Mark 4.—

Aug. Herm. Lucanus'
Preussens uralter und heutiger Zustand.
1748.

(Manuskript in der Königl. und Universitäts-Bibliothek
in Königsberg i. Pr.)

Band II Lieferung 1.

Im Auftrage der Literarischen Gesellschaft Masovia zu Lötzen
herausgegeben von

Emil Hollack.

Preis Mark 3.—

Ferd. Beyers Buchhandlung (Thomas & Oppermann) Königsberg i. Pr.

Im Verlage von **Oscar Eulitz**; Lissa i. P. erschien:

Die deutsche Ostmark

Herausgegeben vom Deutschen Ostmarkenverein

Mit 40 Bildertafeln, 3 Karten und 3 Textzeichnungen

Eleg. Lwb. Mark 10.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.